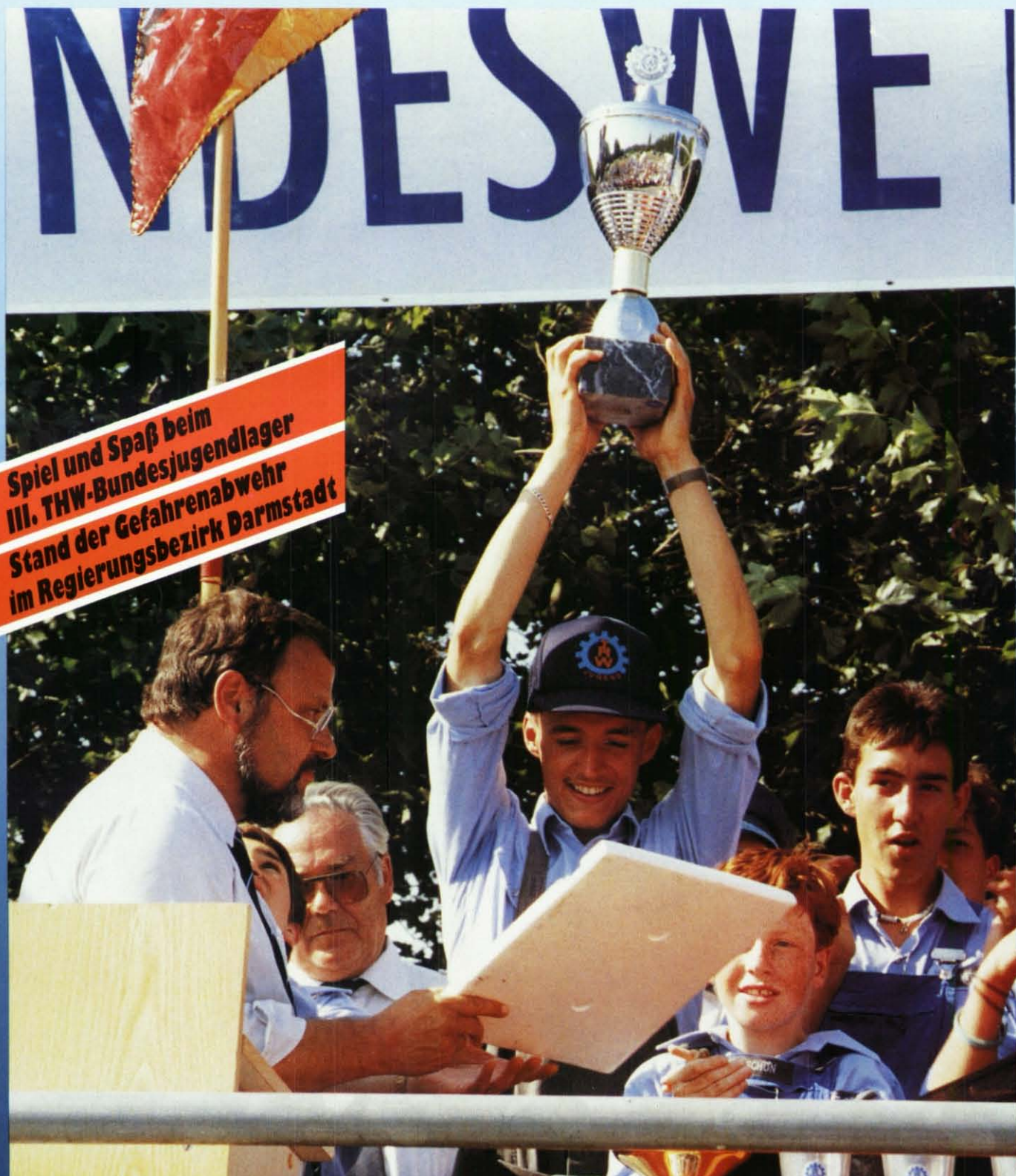


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Spiel und Spaß beim
III. THW-Bundesjugendlager
Stand der Gefahrenabwehr
im Regierungsbezirk Darmstadt**





In einer Panzerwaschanlage der Bundeswehr wurden die verseuchten Fahrzeuge durch ABC-Züge der Feuerwehr dekontaminiert.

(Foto: dpa)

Dekontamination nach Giftunfall

Nach einem Giftunfall auf der Bundesstraße 465 im baden-württembergischen Munsingen/Kreis Reutlingen mußten jüngst rund 660 Fahrzeuge durch die Feuerwehr dekontaminiert werden. Mindestens 46 Menschen erlitten Vergiftungen.

Einige Tage zuvor fanden städtische Angestellte sechs Glasbehälter mit einer nicht identifizierbaren flüssigen Substanz im Keller des Jugendheims von Munsingen, ehemaliges Rathaus des Ortsteils Hundsingen, nachdem die Decke in dem Gebäude einzustürzen drohte.

Die Behälter, über deren tatsächliche Brisanz sich die städtischen Mitarbeiter aufgrund unleserlicher Etiketten anfangs nicht im klaren waren, wurde am Fundort auf einen nicht besonders gekennzeichneten Unimog geladen. Sie sollten zu einer Entsorgungsstelle auf dem städtischen Bauhof gebracht werden.

Auf dem Weg dorthin platzten zwei der sechs Glas-Transportflaschen, nachdem der Fahrer des Unimogs an einer Ampel scharf bremsen mußte. Der Inhalt der geplatzten Behälter, rund 50 Liter, floß von der Pritsche auf die Bundesstraße 465, wo nachfolgende Wagen die Chemikalie über die Fahrbahn verteilten.

Erst nach vergeblichen Versuchen

der städtischen Arbeiter, die Substanz mit den üblichen Bindemitteln zu entfernen, stellte die herbeigerufene Feuerwehr fest, daß es sich bei der Flüssigkeit um das hochgiftige und explosive Pflanzenschutzmittel Raphatox handelt. Bei den Feuerwehren rangiert dieses Mittel in der höchsten Gefahrenkategorie.

Raphatox enthält den Wirkstoff Dinitroorthoecresol, der seit 1978 nicht mehr hergestellt wird und für welchen im Jahre 1980 die Genehmigung abliefe. Das Pflanzenschutzmittel selbst wird nach Angaben der Berliner Herstellerfirma seit Ende der 40er Jahre nicht mehr in flüssiger Form produziert.

Nachdem zwischenzeitlich Hunderte von Autos durch die Giftpfütze gefahren waren, sperrte die Feuerwehr Reutlingen die Fahrbahn. Kurze Zeit später löste das Landratsamt Reutlingen Katastrophalarm aus.

Der überwiegende Teil des ausgelaufenen Raphatox war mittlerweile verdunstet, Reste davon auf der Fahrbahn festgefahren. Die verbliebene gelbe, kristallisierende Substanz wurde von Gefahrgut-Gerätewagen sowie vom ABC-Zug der Reutlinger Feuerwehr aufgenommen und gesichert.

Über Rundfunk wurden Autofahrer und Fußgänger, die die Unfallstelle passiert hatten, aufgerufen, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen und jeden Kontakt mit Autos zu vermeiden, die mit dem giftigen Stoff bespritzt waren.

Beim Auftritt von Übelkeit, Atembeschwerden, Fieber sowie Schleimhaut- und Augenreizungen sollten sich die Betroffenen umgehend in einem Krankenhaus melden. Nach Angaben eines Tübinger Toxikologen reichen bereits 70 Milligramm dieses Giftes aus, um die genannten Symptome hervorzurufen. Eine Dosis von 0,3 Gramm kann tödlich sein.

Unklarheit herrschte bei den zuständigen Stellen zunächst, wie viele Menschen mit dem Gift in Berührung gekommen waren. Dem Aufruf des Landratsamtes Reutlingen folgten über 100 Autofahrer. Neun Personen wurden zur stationären Beobachtung ins Krankenhaus gebracht. Rund 70 Betroffene wurden ambulant behandelt.

Das Landratsamt richtete in einer Munsinger Kaserne umgehend ein Dekontaminationszentrum ein. Dort wurden durch die ABC-Züge der Feuerwehren der Landkreise Reutlingen und Alb-Donau rund 660 Fahrzeuge entgiftet, indem man sie mit Wasser und

heißem Dampf abspritzte. Das aufgefangene Spritzwasser wurde anschließend auf seine Belastung untersucht.

Schon bald nach dem Dekontaminationsaufruf bildete sich eine lange Schlange von betroffenen Personenzug, dies hatte eine Wartezeit von bis zu vier Stunden zur Folge.

Das Autofahren zur Entgiftungsstelle sei ungefährlich, „da eventuelle lose Teile des Giftes bereits bei der nach Passieren der Unfallstelle sich anschließenden Fahrt verlorengegangen seien“, erklärte das Landratsamt Reutlingen.

„Falls Fahrzeuge aus weiter entfernten Regionen entgiftet werden müßten, könne das auch in einer Auto-waschanlage geschehen“, so die zuständige Behörde.

Zunächst wußte niemand, warum und seit wann das Gift in dem alten Gebäude in Munsingen lagerte. Der Leiter des Hauptamtes der Stadtverwaltung Munsingen, Hans-Heinrich Walter, vermutet, daß es im Zweiten Weltkrieg dort hingebracht worden war. Der baden-württembergische Wirtschaftskontrolldienst nahm umgehend die Ermittlungen auf. —sm—



Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das Bevölkerungsschutz-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Rüdiger Holz, Sabine Matuszak,
Günter Sers, Paul Claes

Layout:

Horst Brandenburg

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. (09561) 647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau

2

Aktuelles im Blickpunkt

„Einsame Spitze“

6

III. Bundesjugendzeltlager der THW-Jugend

Friedrichshafen als Mekka der Feuerwehr

11

Rückblick auf den 26. Deutschen Feuerwehrtag

Den Katastrophenschutz in Bewegung halten

27

Aufgabendarstellung am Beispiel des Regierungspräsidenten Darmstadt

Zivildienstreduzierung – der einen Freud, der andern Leid 33

Hilfsorganisationen befürchten Probleme

118 Jahre Feuerwehrgeschichte

38

Oldtimer-Festival in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Bundesverband für den Selbstschutz

40

Technisches Hilfswerk

43

Warndienst

50

Deutsches Rotes Kreuz

52

Arbeiter-Samariter-Bund

54

Johanniter-Unfall-Hilfe

56

Malteser-Hilfsdienst

58

Deutscher Feuerwehrverband

59

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

62

Wissenschaft und Technik

63

Bücher

64

Minimagazin

U3



Zu schnell ist schnell zu spät

Die Berufsgenossenschaften führen zusammen mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat eine Gemeinschaftsaktion durch, um dem Unfallgeschehen im innerörtlichen Bereich entgegenzuwirken.

In der Öffentlichkeit über Großflächenplakate, Funkspots, Anzeigen und Presseinformationen, in den Betrieben über Faltblätter, Wandzeitungen und Plakate soll unter dem Motto: „zu schnell ... ist schnell zu spät“ auf die Problematik nicht angepaßter Geschwindigkeit aufmerksam gemacht werden.

Dazu heißt es: „Viele Risiken sind kalkulierbar geworden. Aber weil die Welt so sicher scheint, hält sie für uns unverhoffte Gefahren bereit. Besonders auf den Straßen in den Städten und Gemeinden. Dort ereignen sich zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Leben, das täglich so gefährdet ist, verliert an Qualität. Passen Sie deshalb Ihre Geschwindigkeit den Gegebenheiten an. Zur Sicherheit aller. Angepaßte Geschwindigkeit und Partnerschaft schützen Leben. Das Ihre und das der anderen Verkehrsteilnehmer.“ (Foto: DVR)

Laßt die Kinder toben

Kinder leben im Straßenverkehr gefährlich. Sie sind lebhaft und für den Autofahrer kaum berechenbar. Das Verkehrszeichen, das auf sie aufmerksam machen soll, läßt allerdings das Gegenteil vermuten. Die beiden stilisierten Figuren erwecken eher den Eindruck, als spazierten Hänsel und Gretel einträchtig durch die Landschaft.

Verkehrspsychologen sind sich sicher, daß Autofahrer das Zeichen „Achtung Kinder“ deshalb kaum beachten oder leicht übersehen, weil das dargestellte Piktogramm der tatsächlichen Situation von Kindern im Stra-



ßenverkehr nicht entspricht. Kinder spazieren nicht Hand in Hand auf dem Gehweg dahin, sondern können ohne nach rechts und links zu schauen plötzlich losrennen. Sie lassen sich leicht ablenken und sind oft in Eile.

Auf dieses Verhalten müssen sich Autofahrer einstellen. Der ADAC hat deshalb dazu aufgerufen, ein realistischeres Verkehrszeichen „Achtung Kinder“ zu entwerfen, auf dem der kindertypische Bewegungsdrang besser zum Ausdruck kommt. Eine Fachjury wird die besten Entwürfe prämiieren, die dann dem Verkehrsministerium als Vorschläge für ein zeitgerechteres Kinderschild vorgelegt werden sollen. (Foto: ADAC)

ARKAT befürchtet Nachteile für Regieeinheiten

Am 10. August 1990 hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung die Änderung des Wehrpflichtgesetzes und die damit verbundenen Änderungen der Verpflichtung von Helfern nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (§ 8 KatSG) und der Bereitstellung von Freistellungsquoten (§ 13a WehrpflG) beraten.

Wie der Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (ARKAT Bund e. V.) mitteilt, wird die Verpflichtung zum Dienst im Katastrophenschutz nur noch acht statt bisher zehn Jahre betragen. Für bereits nach seitherigem Recht verpflichtete Helfer soll die Dienstzeit ebenfalls verkürzt werden.

Der Fachverband befürchtet nun, daß die Helfer sofort nach Ablauf des Verpflichtungszeitraums die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes verlassen und somit nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies kann besonders für diejenigen Einheiten/Einrichtungen folgeschwer werden, die teilweise zu 98 Prozent aus Freigestellten nach Paragraph 8, Absatz 2 KatSG, bestehen. Außerdem fehlen nach Einführung dieser Neuregelung aus Sicht des Verbandes im Bereich der ohnehin schon knapp bemessenen Aus- und Fortbildung dadurch etwa 400 Ausbildungsstunden für die Helfer.

Nunmehr will die ARKAT verstärkt junge Frauen ansprechen und für eine ehrenamtliche Mitarbeit gewinnen. Hierbei biete sich insbesondere Brand-

schutz-, Sanitäts-, Betreuungs- oder Fernmeldedienst an, aber auch Bergungs-, Instandsetzungs-, Veterinär- und ABC-Dienst, heißt es in der Mitteilung.

Internationales Kolloquium: „Werbung von Blutspendern“

Jeden Tag müssen nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes allein in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 10000 Bürger für eine freiwillige Blutspende gewonnen werden, um die Versorgung der Krankenhäuser zu garantieren.

Deshalb trafen sich vom 21. bis 24. August zum dritten Mal Experten aus aller Welt, um über Themen aus dem Bereich „Werbung von freiwilligen und unentgeltlichen Blutspendern“ zu beraten. Die Veranstaltung, die vom Roten Kreuz federführend koordiniert wurde, fand erstmalig in der Bundesrepublik statt.

Ziel des Kolloquiums von 80 Experten aus über 40 Ländern in Hannover war es, internationales Know-how und neueste Erkenntnisse zur Motivation von freiwilligen Blutspendern auszutauschen. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse auf die heimische Blutspenderwerbung ist besonders wichtig, da der Blutbedarf aufgrund des medizinischen Fortschrittes ständig steigt und es immer wieder zu lebensbedrohenden Engpässen in der Blutversorgung kommt.

Nur mit Helm aufs Fahrrad

Die Zahl der tödlich verletzten Radfahrer hat im vergangenen Jahr stark zugenommen. Insgesamt 808 von ihnen starben auf unseren Straßen, 66000 wurden verletzt. Während beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Getöteten bei Pkw-Unfällen um 14 Prozent abgenommen hat, stieg sie bei den Fahrradfahrern im gleichen Zeitraum um 44 Prozent.

Drei Viertel der so verunglückten erliegen den Folgen von Kopfverlet-

zungen. Vor einigen Wochen hat die Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschlands Fahrradfahrer daher zum Tragen von Schutzhelmen aufgefordert.

Besonders gefährdet ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Das Fahrrad ist heutzutage kein reines Fortbewegungsmittel mehr, sondern auch ein Sportgerät. Damit aber kein falscher Eindruck entsteht: Radfahren an sich ist für Kinder natürlich nicht gefährlich. Auch ein Sturz geht meist glimpflich ab, mit Hautabschürfungen oder höchstens einem Arm- oder Beinbruch.

Gefährdet sind radfahrende Kinder in erster Linie durch den Straßenverkehr. An zwei von drei Stürzen der bis zu 15jährigen sind Autos beteiligt. Eine Kollision mit einem Pkw heißt aber fast automatisch: das Kind wird wie mit einem Katapult durch die Luft geschleudert und fällt auf den Kopf. Ein Schutzhelm könnte hier Abhilfe schaffen.

In einer amerikanischen Studie wird belegt, daß durch das Tragen eines solchen Helmes das Verletzungsrisiko am Kopf um 85 Prozent, für Gehirnschäden sogar um 88 Prozent gemindert wird.

Angesichts solcher Zahlen wird deutlich, daß für einen wirksamen Schutz des Kopfes das Tragen eines Helmes für Radfahrer dringend notwendig ist.

Gefordert sind jetzt vor allem Hersteller und Handel, denn wer sich zum Kauf eines Kinderhelmes entscheidet, wird feststellen, daß Angebot und Auswahl derzeit noch nicht als üppig bezeichnet werden können.

Ausnahmeregelung aufgehoben

Mit Schreiben vom 18. März 1988 informierte der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor unter anderem die Regierungspräsidenten, die Technischen Überwachungsvereine, den Landesfeuerwehrverband, die Hilfsorganisationen sowie die Landesanstalt Technisches Hilfswerk über die Einführung des beschränkten und unbeschränkten Führerscheins der Klasse 2 für die Angehörigen der Feuerwehr und des friedensmäßigen Katastrophenschutzes. Gleichzeitig erfolgte der Aufruf des Ministers zur Bildung von Behördenfahrschulen gemäß Paragraph 30, Absatz 1 des Fahrerregesetzes.

Grund für diesen Runderlaß war die

Verschärfung der Ausbildungsanforderungen zum Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse 2 zum 1. April 1988. Seitdem sind nur noch Lastkraftwagen einer bestimmten Mindestlänge und mit Anhänger und Sattelkraftfahrzeuge für die Ausbildung und Prüfung der Fahrerlaubnis Klasse 2 zugelassen.

Eine dadurch zu erwartende erhebliche Verteuerung der Fahrausbildung sowie im Hinblick auf die seit Jahren für diesen Zweck knapp bemessenen Haushaltsmittel wurde nach einer Möglichkeit gesucht, kostengünstig in ausreichender Anzahl Fahrer für die Einsatzfahrzeuge sowie die Katastrophenschutzfahrzeuge ausbilden zu können.

Da aber die üblichen Feuerwehr- und Katastrophenschutzfahrzeuge die neuen gesetzlichen Prüfungsanforderungen nicht erfüllten und es auch nicht den Bedürfnissen der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes entspricht, Fahrausbildung für Sattelkraftfahrzeuge und Gliederzüge durchzuführen, traf der Innenminister NRW im Einvernehmen mit dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr eine Ausnahmeregelung. Nach ihr sollte von den Angehörigen der Feuerwehren und den Helfern im Katastrophenschutz künftig eine eingeschränkte Fahrerlaubnis erworben werden, die nur für die speziellen Einsatzfahrzeuge Gültigkeit hat. Eine Nutzung dieser Fahrerlaubnis für andere Zwecke war ausgeschlossen.

Die Ausbildung für diese eingeschränkte Fahrerlaubnis sollte nach Möglichkeit bei Behördenfahrschulen durchgeführt werden, da diese über die bei Feuerwehren und im Katastrophenschutz verwendeten Spezialfahrzeuge und die Ausbilder mit entsprechender Erfahrung auf diesen Fahrzeugen unter Einsatzbedingungen verfügen.

Es war laut Dr. Schnoor von vornherein vorgesehen, die neue Regelung zunächst zu erproben. Eine deshalb bereits im August 1989 eingeleitete Erfolgskontrolle hatte dann ergeben, daß sich die Einführung des ausschließlich auf das Führen von Feuerwehrfahrzeugen und Fahrzeugen des Katastrophenschutzes bezogenen Führerscheins in der Praxis nicht bewährt hat, weil diese beschränkte Fahrerlaubnis von dem angesprochenen Personenkreis abgelehnt wurde.

Tatsächlich haben fast alle Fahrschüler den uneingeschränkten Führerschein Klasse 2 erworben. Für die praktische Fahrausbildung wurden entsprechend hergerichtete Einsatzfahrzeuge und Lastkraftwagen priva-

ter Fahrschulen verwendet. Die vom nordrhein-westfälischen Innenminister verfügte Ausnahmeregelung wurde aufgrund dessen wieder aufgehoben.

Der Trabi läßt kaum eine Chance

Der Trabant, momentan noch das am meisten verbreitete Auto in der DDR, ist so unsicher, daß seine Insassen bereits bei Unfällen im niederen Geschwindigkeitsbereich von etwa 15 bis 30 Stundenkilometern extrem in Gefahr geraten.

Der Tank dieses Autos ist im Motorraum untergebracht und liegt somit in der am meisten gefährdeten Kollisionszone. Lenksäule und Lenkrad sind derart ungünstig angeordnet, daß sie bei einem Zusammenstoß wie eine Lanze ins Wageninnere geschoben werden.

Ein typischer Autobahn-Auffahrunfall hätte fatale Folgen: Die Außenhaut des Fahrzeugs würde sofort zusammenbrechen und splintern. Crashversuche haben ergeben, daß bei einem Heckaufprall mit nur etwa 35 km/h die Insassen kaum eine Überlebenschance hätten.

Großeinsatz wegen akuter Waldbrandgefahr

Angesichts akuter Waldbrandgefahr wurde Anfang August ein landesweiter Einsatz der Luftrettungsstaffel Bayern (LRST) angeordnet. Von 20 Stützpunkten aus starteten Flächenflugzeuge mit Luftbeobachtern der Staatsforstverwaltung, der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes.

Diese haben den Auftrag, waldbrandgefährdete Zonen wie Naherholungsgebiete oder nicht geräumte Windbruchflächen zu überwachen. Hierdurch ist es möglich, Waldbrände noch im Entstehungsstadium zu erkennen und eine erfolgreiche Brandbekämpfung einzuleiten.

Über Funkgeräte des Katastrophenschutzes können die Beobachter direkt vom Flugzeug aus Löschkräfte alarmieren und zur Brandstelle lotsen. 41 der Flächenflugzeuge sind für den schnellen Einbau solcher Spezialfunkgeräte vorgerüstet, die von den Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Die Luftrettungsstaffel, die vom bayerischen Innenministerium gefördert wird, war in den vergangenen Jahren häufig zur vorbeugenden Waldbrandüberwachung eingesetzt worden, zweimal davon landesweit. Im ersten Halbjahr 1990 flogen die ehrenamtlichen Piloten zu diesem Zweck bereits 137 Einsätze.

Bei diesen Einsätzen und bei weiteren freiwilligen Kontrollflügen sichten die Beobachter 21 Wald-, elf Flächen- und zwei Gebäudebrände. Ferner wurden im vergangenen Frühjahr bei 28 Einsätzen nach den schweren Orkanen Windbruchflächen erkundet.

Die meisten Unfälle mit Kindern passieren nachmittags

Schulanfänger stehen in der Regel vor zwei Herausforderungen: Nicht nur die Gewöhnung an den Schulalltag, sondern auch der Schulweg stellt die Kinder häufig vor große Probleme. Meist ist es für sie schwierig, die komplizierten Vorgänge unseres Straßenverkehrs richtig zu verarbeiten, um dann entsprechend reagieren zu können. Dazu fehlen ihnen meist noch die körperlichen und entwicklungspsychologischen Voraussetzungen.

Der häufigste Ort für Unfälle mit Kindern ist aber nicht ihr Schulweg, sondern ihr „Spielweg“. Zwei Drittel davon verunglücken vor der eigenen Haustür, vornehmlich nachmittags zwischen 15 und 17 Uhr, die Zeit, in der Kinder normalerweise draußen herumtollen.

Dr. Franz-Josef Antwerpes, Regierungspräsident von Köln, fordert daher: „Die Schulwegsicherung kann nur eine unter anderen Maßnahmen sein, um das hohe Unfallrisiko von Kindern zu senken. Leitbild muß nicht das verkehrsgerechte Kind sein, sondern die kindgerechte Verkehrsgestaltung.“

Steigende Verkehrsdichte, hohe Geschwindigkeit, eine starke Mischung des Verkehrs und die Sichtbehinderung durch parkende Autos überfordern Kinder. Die meisten von ihnen verunglücken deshalb, weil sie in unmittelbarer Umgebung ihrer Wohnung keine ausreichenden Spielmöglichkeiten vorfinden.

Die fast vollständige Beschlagnahme des öffentlichen Raumes durch den Autoverkehr in einer Stadt läßt keinen freien spontanen Bewegungsraum für

Kinder mehr übrig. Sie werden, wie es Psychologen formulieren, in das „Ghetto der Spielplätze“ vertrieben. Spielplätze aber seien „isolierte Ersatzwelten – Schönräume ohne Leben.“

Antwerpes weiter: „Verkehrsberuhigungsmaßnahmen des Individualverkehrs in den Stadtbereichen sind wesentliche Punkte, den Verkehr für Kinder sicherer zu gestalten. Ziel soll es sein, den Straßenraum stärker als Kommunikations- und Lebensraum nutzbar zu machen.“

Ein Vergleich internationaler Unfallstatistiken zeige, daß die Unfallgefahr für Kinder in der Bundesrepublik besonders hoch sei, höher als beispielsweise in der Schweiz oder in Italien, so der Regierungspräsident.

Straßenbahnwagen gegen Betonpfeiler geprallt

Bei einem schweren Straßenbahnunfall in Düsseldorf ist Anfang August ein 62 Jahre alter Fahrgast ums Leben gekommen. Sechs weitere Personen mußten mit zum Teil schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Kurz nach Verlassen der unterirdischen Haltestelle „Hauptbahnhof“ hatte sich der Anhänger mit insgesamt rund 20 Fahrgästen vom Triebwagen gelöst und war in voller Fahrt gegen einen Betonpfeiler gestoßen. Durch die Wucht des Aufpralls wurde der Wagen im vorderen Teil gespalten und wie eine Blechbüchse zusammengedrückt.

Warum der Anhänger sich nach dem Passieren einer Weiche löste, konnte noch nicht geklärt werden. Ein Sprecher der Rheinbahn brachte zum Ausdruck, vermutlich sei ein Achs-

bruch die Ursache. Dies sei bei Straßenbahnen sehr ungewöhnlich.

(Foto: dpa)

Landesweite Fernmeldeübung „GABRIEL '90“

Vom 17. bis 19. August 1990 nahmen die Fernmeldedienste der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin an der landesweiten Fernmeldeübung „GABRIEL '90“ teil.

Etwa 600 Helfer und Helferinnen der Fernmeldezüge sowie aus den Fachdiensten Bergung, Instandsetzung, Betreuung, Versorgung und ABC waren auf dem Truppenübungsplatz Hohn nahe Rendsburg im Einsatz.

Aufgabe der Fernmelder während dieser drei Übungstage war es, Feldkabel zu bauen und zu unterhalten, Fernsprechvermittlungen und Endstellen einzurichten und zu betreiben sowie das schulmäßige Aufbauen von Funkstellen, das Abholen und Verlängern von Posthauptanschlüssen zu trainieren.

Eine von drei Sprechfunkübungen wurde in Form einer Sprechfunkrallye durchgeführt. Dabei hatten die einzelnen Funktrupps bei bestimmten Koordinaten festgelegte Informationen zu suchen und diese an die Leitstelle zu übermitteln.

Der Fernmeldedienst der Stadt Neumünster unterstützte die Übungsleitung, die von der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein gestellt wurde. Dazu mußten Sprechfunkverkehrsreise eingerichtet und betrieben sowie Leitstellenfunktionen wahrgenommen werden.

Weiterhin wurde eine Fernsprechvermittlungsstelle 8/30 eingerichtet

und betrieben, an der 14 weitere Fernsprechvermittlungen und etwa 50 Teilnehmer über OB- oder Wählbetrieb erreicht werden konnten. Darüber hinaus waren zwei Posthauptanschlüsse, eine Telefax- und Fernsprechverbindung einzurichten.

Der Zugführer des Fernmeldezuges Neumünster, Ralf Meinsen, unterwies die Funktrupps im schulmäßigen Aufbau der abgesetzten Antenne, im Anschließen von Stromaggregaten und im Verlängern von Posthauptanschlüssen.

Der Schulleiter der Katastrophenschutzschule G. Brüggemann und Fachlehrer Peter Pubanz bedankten sich bei den Helfern und bei der Übungsleitung für die hervorragende Zusammenarbeit bei „GABRIEL '90“.

Tankzug ging in Flammen auf

Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der Bundesautobahn A 60 Mainz-Rüsselsheim ist Ende Juli ein Tanklastzug umgekippt und in Flammen aufgegangen. Das Feuer breitete sich

nächst die Zugmaschine und dann der Auflieger um und rutschte auf der Seite liegend die Straße entlang. Dabei wurden die Kammern des mit etwa 30000 Litern Diesel und Benzin beladenen Zuges aufgerissen. Auf der Fahrbahn habe sich der Kraftstoff sofort entzündet.

Zahlreiche Feuerwehren aus der Umgebung waren an der Brandbekämpfung beteiligt und konnten schließlich den bis ins angrenzende Ackergelände fließenden brennenden Benzinstrom löschen.

Bei den anschließenden schwierigen und gefährlichen Bergungsarbeiten gelang es, noch etwa 10000 Liter Treibstoff aus dem Auflieger in einen anderen Sattelzug umzupumpen (unser Bild).

Als sehr gering bezeichnete die Untere Wasserbehörde des Landratsamtes Groß-Gerau die Gefahr, daß durch ausgelaufenes Benzin und Diesel Erdreich oder Grundwasser beeinträchtigt worden sein könnten. Wegen des Feuers sei davon auszugehen, daß kein Kraftstoff in das Erdreich eingedrungen, sondern darauf verbrannt sei. Mit Löschwasser vermischten Kraftstoff habe die Feuerwehr abgepumpt, hieß es.

(Foto: dpa)



so schnell aus, daß für den im Führerhaus eingeklemmten 56jährigen Fahrer jede Hilfe zu spät kam.

Zwei Sattelzüge waren in den frühen Morgenstunden von einem Tanklager kommend bei der Anschlußstelle Ginsheim-Gustavsburg auf die Autobahn eingebogen, wobei einer von ihnen aus bislang ungeklärten Gründen ins Schleudern geriet.

Wie die Autobahnpolizei Wiesbaden mitteilte, stürzte offensichtlich zu-

Hohe Erwartungen an SECURITY '90

Die Sicherheitsindustrie geht mit großen Erwartungen nach Essen, wo vom 20. bis 23. November die neunte internationale Sicherheitsfachmesse „SECURITY '90“ stattfindet. Die Zahl der Aussteller dürfte um etwa 20 Prozent höher liegen als vor zwei Jahren.

„Diese erfreuliche Entwicklung ist zugleich Ausdruck der Chancen im europäischen Binnenmarkt“ konstatierte Messebeiratsvorsitzender Helmut Ristow. Das gestiegene Auslandsinteresse unterstreiche den Stellenwert dieser Messe als „Weltmarkt der Sicherheitstechnik“.

Die SECURITY umfaßt alle Bereiche moderner Sicherheitstechnik. Angebotserweiterungen zeichnen sich bei der Sicherungselektronik sowie insbesondere bei Hard- und Software für Informationsschutz- und Datensicherungseinrichtungen ab.

Die bereits vorliegenden Exponat-Ankündigungen lassen nach Mitteilung der Messeleitung eine anhaltende Tendenz zur Komplettierung erkennen. Immer mehr Aussteller präsentieren nicht nur Einzelprodukte, sondern bieten umfassende Sicherheitspakete an. Abzusehen sei auch das Anwachsen des High-Tech-Anteils an der gesamten Produktpalette.

Insgesamt acht Hallen mit über 40000 Quadratmetern stehen im erweiterten Essener Messegelände zur Verfügung, darunter auch die derzeit im Bau befindliche neue Messehalle 1 im Südbereich.

Drei verdiente Zugführer verabschiedet

Die diesjährige Fernmeldeübung des Regierungspräsidenten Detmold Anfang Juni 1990 in Bad Driburg-Neuenheerse war für drei verdiente Zugführer der Abschluß ihrer langjährigen aktiven Mitarbeit im Katastrophenschutz.

Friedhelm Zielenka war in dieser Funktion 26 Jahre, Helmut Hesse 27 und Wolfgang Säger 29 Jahre tätig. Die Übung, als Wettbewerb angelegt, stellte hohe Anforderungen an jeden Teilnehmer. Über 50 Kilometer Kabel

mußten verlegt werden, wobei es Straßen, Eisenbahngleise, Bäche und unwegsames Gelände zu überwinden galt.

Der Schiedsrichterdienst, gestellt von der Katastrophenschutzschule des Landes Nordrhein-Westfalen überwachte neben dem Zusammenwirken der Einheiten auch die Einhaltung sämtlicher Sicherheitsbestimmungen. Nach drei Tagen harter Arbeit konnte der Fernmeldezug des Kreises Lippe unter Leitung von Zugführer Andreas Weiß als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgehen.

Die Übungsleitung zeigte sich mit den erbrachten Leistungen der Einheiten sehr zufrieden. Regierungsdirektor Rolf-Erich Wandhoff überreichte der siegreichen Mannschaft den vom Regierungspräsidenten Detmold gestifteten Wanderpokal, die diesen im kommenden Jahr in Paderborn zu verteidigen sucht.

Unser Bild zeigt die dienstältesten Fernmeldezugführer des Regierungspräsidenten Detmold: Friedhelm Zielenka, Helmut Hesse, Horst Schröder, Wolfgang Säger (von links).

Nicht angekündigte Katastrophenschutzübung

Großes Engagement und hervorragende Leistungen angesichts der hochsommerlichen Hitze attestierte Oberkreisdirektor Dr. Günter Terwey den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der ersten nicht angekündigten Katastrophenschutz-Vollübung „Miteinander Nordhorn '90“ im Landkreis Grafenschaft Bentheim.

Am letzten Augustwochenende wurde zu Übungszwecken Katastrophenschutzalarm aufgrund einer „Gasexplosion in einer Wohnsiedlung“ ausgelöst. Die rund 140 Feuerwehrleute, Helfer des Deutschen Roten

Kreuzes und des Technischen Hilfswerks, sowie die Mitarbeiter der Fernmeldezentrale, des Katastrophenschutzstabes und der Technischen Einsatzleitung wurden am frühen Samstagmorgen vom Alarm überrascht. Deren private Vorhaben für diesen Tag mußten zwangsläufig auf die Nachmittagsstunden verschoben werden.

Innerhalb kurzer Zeit konnten die Einsatzkräfte 15 „Verletzte“ aus der „total zertrümmerten Siedlung“ bergen und versorgen. Die dabei gezeigte Einsatzbereitschaft hat die Übungslei-

tung als sehr gut eingestuft. Bei der Koordinierung einzelner Maßnahmen zwischen Stäben und Einheiten seien noch Verbesserungen möglich, so das Fazit von Reinhold Volken, verantwortlicher Leiter und Chef des Ordnungsamtes des Landkreises Grafenschaft Bentheim. Um die Schulung der Stabsarbeit wolle man sich daher in Zukunft verstärkt bemühen.

Auch der Verpflegungstrupp des DRK Schüttheim konnte die organisatorischen Widrigkeiten überwinden und den Teilnehmern zum Abschluß ein komplettes Mittagessen servieren.

Termine

Die Technische Akademie Esslingen führt am **26. und 27. November 1990** in Ostfildern ein Seminar über „**Werk-, Objekt- und Betriebsschutz**“ durch. Behandelt werden unter anderem die Themen: Rechtliche Grundlagen, notwendige Aufgaben und betriebliche Analyse für Ausrüstung und Einsatz. Die Leitung der Veranstaltung hat Rechtsanwalt H. Loy.

Auskunft: Technische Akademie Esslingen
Postfach 1269, 7302 Ostfildern
Telefon: 0711/3400823-25

.....

Vom **19. bis 20. November 1990** findet ebenfalls in Ostfildern unter Leitung von Brandschutzingenieur Bernhard Knepper eine Fachveranstaltung zum Thema „**Brandschadenverhütung für Schalt- und Meßwarten, EDV-Anlagen und Rechenzentren**“ statt.

Auskunft: Technische Akademie Esslingen
Postfach 1269, 7302 Ostfildern
Telefon: 0711/3400823-25

.....

Der Verband Deutscher Rettungssanitäter veranstaltet vom **19. bis 21. Oktober 1990** in der Stadthalle Hanau/Main den „**Internationalen Notfall-Kongreß 1990**“. Schwerpunkt der Veranstaltung sind „Pädiatrische Notfälle“. Die wissenschaftliche Leitung hat Professor Dr. med. V. von Loewenich, Frankfurt. Der Kongreß richtet sich an alle, die mit Notfallpatienten Kontakt haben: Ärzte, Rettungssanitäter, Feuerwehr, Katastrophenschutz.

Auskunft: Verband Deutscher Rettungssanitäter e. V.
Kongress-Organisation, Postfach 102211
6072 Dreieich, Telefon: 06103/32203

.....

Das Haus der Technik e. V., Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, veranstaltet vom **27. bis 28. November 1990** im Eurogress Aachen eine Fachtagung zum Thema: „**Umweltschutz durch Brandschutz**“. Die Leitung hat Bernhard Knepper.

Auskunft: Haus der Technik e. V.
Postfach 101543, 4300 Essen
Telefon: 0201/18031



„Einsame Spitze“

700 Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet trafen sich im fränkischen Unterland – Erstmals mit dabei: 50 Jugendliche aus der DDR

Schwaigern, zirka 15 Kilometer westlich von Heilbronn gelegen, ein typischer Weinort im fränkischen Unterland mit 5500 Einwohnern, verwandelte sich vom 21. bis 31. Juli 1990 in eine belagerte Stadt. Unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble schlugen 700 Jungen und Mädchen der THW-Jugend im Alter zwischen 10 und 18 Jahren rund um das Schwaigener Leintal-Schulzentrum ihre Zelte auf. Erstmals nahmen auch 50 Jugendliche aus der DDR, Schüler und Auszubildende aus Thüringen, an einem Zeltlager der THW-Jugend teil.

Auf großes Entgegenkommen der Schwaigener Rathausmannschaft unter der Leitung von Bürgermeister Horst Haug stießen Landesjugendleiter Klaus Müller und sein Vorbereitungsteam. So konnten neben zwei großen Grünflächen ein Pavillon der Leintalschule, eine große Sporthalle, die sanitären Anlagen des Sportzentrums sowie zwei Sportplätze durch die THW-Jugend genutzt werden. Angesichts der hochsommerlichen Temperaturen erwies sich das unmittelbar angrenzende Freibad der Stadt Schwaigern als besonderer Anziehungspunkt für die Jungen und Mädchen der THW-Jugend.

Geschicklichkeit und Schnelligkeit waren bei der lustigen Lagerolympiade gefordert. Die Sportler unter den Teilnehmer/innen maßen ihre Kräfte im Tischtennis und im Fußballspielen. Hoch ging's her beim Fußballspiel der Zeltlager-Organisatoren gegen die Auswahl der Jugendlichen. Unter den An-

feuerungsrufen von 200 Zuschauern gelang dem Organisationsteam ein knappes 3:2.

Scharfsinn war bei der Fotosafari in Heilbronn gefragt. Anhand von Bildern suchten die Jugendlichen zahlreiche Objekte in der Kernstadt Heilbronn auf und beantworteten hierzu knifflige Fragen.

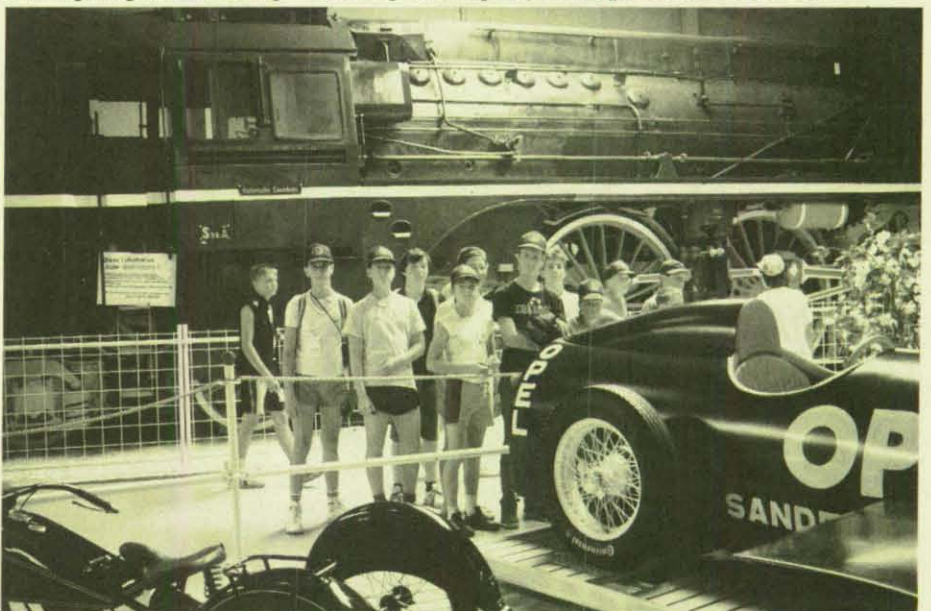


Zehn Tage lang steht das Zeltlager in Schwaigern. Genug Zeit, sich als „Waschfrau“ zu versuchen.

Zehn Tage Aktion, Spiel, Spaß und Abenteuer

Erstmals fand das Bundesjugendzeltlager in den Sommerferien über einen Zeitraum von zehn Tagen statt. Ein umfangreiches Programm über den gesamten Zeitraum gab allen Jugendlichen die Gelegenheit, die interessante Landschaft zu erkunden, sich spielerisch und sportlich zu betätigen, kreativ zu sein und eigene Ideen zu verwirklichen.

Neben dem umfangreichen Programmangebot blieb natürlich auch Zeit, Aktivitäten auf eigene Faust durchzuführen, Ausflüge in die reizvolle Umgebung zu machen oder sich einfach im Freibad zu entspannen. Eines jedoch war sicher: die breite Programmpalette bot für jeden etwas und ließ Langeweile nicht aufkommen.



Da schlägt jedes Jungenherz höher: Faszinierende alte und neue Technik im Sinsheimer Technik-Museum.



Wer ist hier nicht dabei – Fahrten mit der „Feuerwalze“ im Gelände.



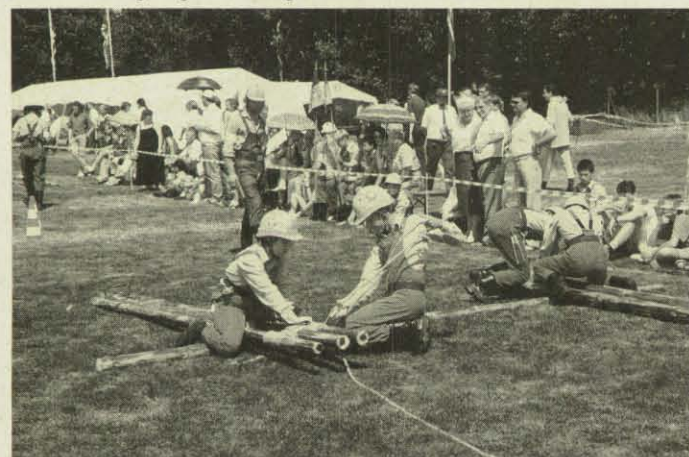
Jetzt wird's Ernst: Beim Bundeswettkampf ist u. a. Geschicklichkeit bei der Holzbearbeitung gefragt.



Teamwork ist gefragt. Im Hintergrund ein kritischer Schiedsrichter.



Noch ein paar Handgriffe, dann steht der geforderte „Wasserturm“.



Kein Problem für die Jugendlichen ist das Binden von Dreiböcken. Konzentriert sind sie bei der Sache.



Mit dem selbstgezimmerten Transportkarren wird das Wasserfaß zum Turm gezogen.

Auch die Autofans kamen auf ihre Kosten. Bei namhaften schwäbischen Automobilherstellern konnten sie hinter die Kulissen schauen. Einblicke in die Planung, Fertigung und Montage von Go-Karts erhielt die THW-Jugend bei der Firma Hentschel. Die kleinen schnellen Flitzer zogen die Jugendlichen natürlich besonders an. Abgerundet wurde das Technik-Programm mit Besuchen des Sinsheimer Technikmuseums.

Im Salzbergwerk Bad Friedrichshall-Kochendorf, 180 Meter unter der Erdoberfläche in angenehmer Kühle, erfuhren die Jugendlichen etwas zur Geologie, Geschichte sowie der Technik des Steinsalzabbaus, und eindrucksvolle Flugvorführungen von Adlern und Geiern erlebten sie in der führenden Zucht- und Forschungsstation für bedrohte Greifvögel auf der Burg Guttenberg.

Etwas selber machen

Selber etwas machen stand im Vordergrund bei verschiedenen Arbeitsgemeinschaften. In der Batik-AG färbten die Jungen und Mädchen T-Shirts nach eigenen Vorstellungen, in der Metall-AG fertigten sie Kerzenständer und Flaschenöffner aus Kupfer. Besonders attraktiv erwies sich bei den 10- bis 18jährigen die Film-AG. Hier konnten sie sich als Regisseure und Kameramänner und -frauen betätigen. Auf einer Video-Großleinwand in der Sporthalle war dann die selbst zusammengestellte Nachrichtensendung „Lagernews“ zu sehen.

Einen neuen Spielplatz für die Stadt Schwaigern bauten Jungen und Mädchen in der Holz-AG. Sie montierten einen Kletterturm und eine Schaukel, stabil in Beton eingegossen in einer Ecke des Schulzentrums.

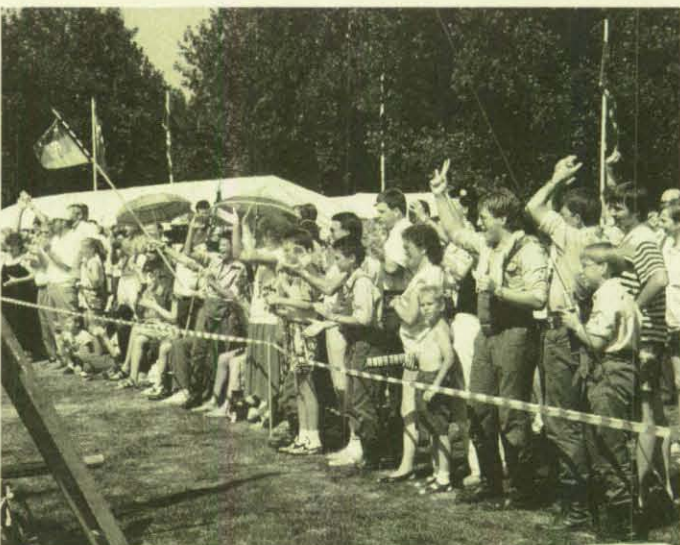
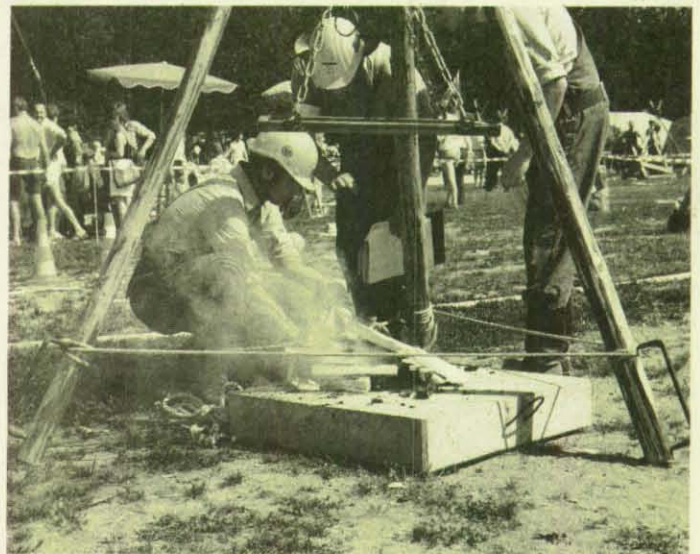
Mit Elan gingen die Jugendlichen auch daran, etwas Sinnvolles für die Umwelt zu tun. Bei einer Waldputzaktion betätigten sie sich als Saubermänner und -frauen und befreiten ein Waldstück von achtlos weggeworfenem Papier, Kleidungsstücken, Autoreifen, leeren Flaschen und vielem mehr.

Eigens für das Zeltlager arrangierte das Vorbereitungsteam ein Rockkonzert in der Sporthalle des Schwaigener Schulzentrums. „Marsh mellow overdose“ und die Gruppe „simply mad“ heizten mit ihren heißen Rhythmen kräftig ein. Beim Bunten Abend waren alle aufgefordert, ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen. Einige Jugendliche hatten Sketche und Musikbeiträge im Repertoire: ein Programmpunkt, der allen Jungen und Mädchen, als Zuschauer oder als Künstler, viel Spaß gemacht hat. Olaf und Wiebke aus Bremen meinten: „Der Bunte Abend war einsame Spitze.“ „Voll nach unserem Geschmack“, fanden Melanie, Mandy und Beate aus Sömmerda/DDR. Besonders angetan waren sie davon, wie locker es im Zeltlager zuging.



Spuren die Kameraden nicht richtig? Die Geste eines Mitglieds der Gruppe deutet darauf hin.

Da muß auch mal kräftig gepustet werden, bis das Feuer unter dem Grillrost brennt.



Die Anfeuerungsrufe der sachkundigen Zuschauer sind das Salz in der Suppe für die Wettkampfteilnehmer.

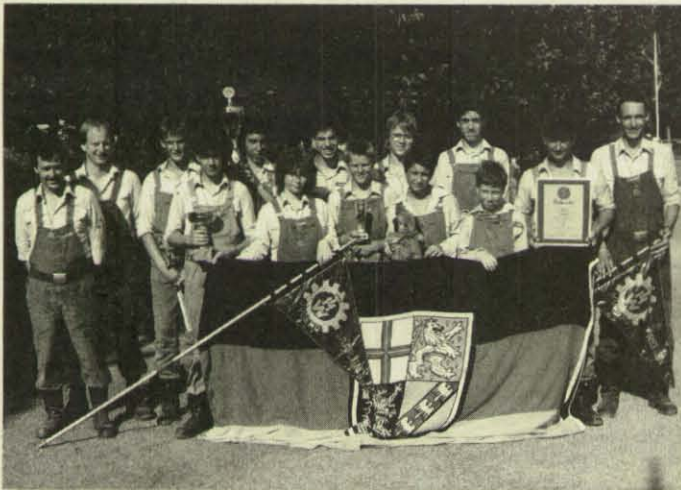


Ein Renner ist die von den Jugendlichen gebaute „Schiffsschaukel“.

Eine Geräteschau, hier der Instandsetzungsdienst, rundet den Wettkampf ab.



Sie haben es geschafft. Mit berechtigtem Stolz präsentiert sich die Siegermannschaft aus Freisen.



Mit Freude dabei: der Präsident der THW-Bundeshelfervereinigung und Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster (links) und THW-Bundesjugendleiter Paul-Josef Wilmes.



Versorgung und Technik

22 Feldköche und -köchinnen aus ganz Baden-Württemberg mit drei Feldküchen sorgten dafür, daß die 700 Zeltlagerteilnehmer mit schmackhaften Mahlzeiten versorgt wurden. Harry Riegg, Ortsbeauftragter des THW Weinsberg, verantwortlich für die Versorgung, hatte alle Hände voll zu tun, um für zehn Tage Verpflegung für ein Zeltlager dieser Größenordnung zu beschaffen. Beachtlich waren die Mengen schon, die die Jungen und Mädchen so wegputzten. Zirka 2000 Laib Brot, 1500 Kilogramm Fleisch, 2000 Kilogramm Wurst und Käse, 2500 Kilogramm Kartoffeln und Teigwaren, 1000 Kilogramm Butter sowie 25 000 Liter Getränke waren zu beschaffen, zu transportieren und von der Küchenmannschaft zuzubereiten.

„Ich finde, daß das Essen prima schmeckt. Aber manche von uns ‚Nordlichtern‘ haben so ihre Schwierigkeiten mit den schwäbischen Spezialitäten wie Maultaschen, Schupfnudeln oder Spätzle“, fand Christian vom Ortsverband Heide.

Auf Einweggeschirr zu verzichten und somit Müll zu vermeiden, war das Ziel der Verantwortlichen des Zeltlagers. An alle anreisenden Jugendgruppen erging deshalb die Bitte, eigenes Geschirr und Besteck mitzubringen. Ein eigens konzipiertes Geschirrspülzelt, bestehend aus zwei 3000 Liter fassenden Wasserbehältern, kombiniert mit zwei Warmwasserbereitern aus der Ausstattung des ABC-Zuges, sorgte für die nötige Hygiene bei der Geschirreinigung.

Bundeswettkampf der Jugendgruppen

Im Rahmen des III. Bundesjugendzeltlagers fand am Samstag, dem 28. Juli 1990, der Bundeswettkampf der THW-Jugend in Heilbronn statt. Für die Ausarbeitung und die Auswertung wurde ein eigener Arbeitskreis der THW-Jugend gebildet. Für die Organisation und Durchführung des Wettkampfs zeichneten der THW-Geschäftsführer für Heilbronn, Hariolf Irtenkauf, und Ortsbeauftragter Hansjürgen Hampel verantwortlich.

Folgende Jugendgruppen hatten sich zuvor als Landessieger für den Bundeswettkampf qualifiziert:

- Luisenlund (Schleswig-Holstein)
- Hamburg-Eimsbüttel (Hamburg)
- Bremen-Osterholz (Bremen)
- Stade (Niedersachsen)
- Bocholt (Nordrhein-Westfalen)
- Frankenberg (Hessen)
- Hauenstein (Rheinland-Pfalz)
- Pforzheim (Baden-Württemberg)
- Simbach am Inn (Bayern)
- Berlin (Berlin)
- Freisen (Saarland)

Für jede Mannschaft stand eine Wett-

kampfbahn zur Verfügung. Um 14 Uhr fiel der Startschuß, und die Jugendgruppen gingen mit Feuereifer daran, die gestellten Aufgaben zu erfüllen. So hatte jede Mannschaft ihr Zelt SG 30 aufzubauen, vor dem Zelt waren ein Klappstisch und zwei Klappbänke aufzustellen. Die Wettkampfbahn leuchteten die Akteure mit einem 1000-Watt-Flutlichtscheinwerfer aus, das Zeltinnere mit einer Fluorexlampe. Die Stromversorgung erfolgte mit einem Notstromaggregat.

Des Weiteren hatten die Jugendlichen einen Schwenkgrill aufzustellen und darunter ein Feuer zu entzünden. Das Feuerholz mußte natürlich vorher gehackt werden. Eine weitere Aufgabe war es, einen Transportkarren zu zimmern und damit ein Wasserfaß zu transportieren. Aus zwei Dreiböcken erstellten die Jugendlichen einen Wasserturm, das Wasserfaß mußte anschließend hochgezogen und mit Hilfe einer Schmutzwasserpumpe gefüllt werden. Aus dem Faß befüllten die Akteure dann zwei Wasserrucksäcke. Mit dem Wasserstrahl aus dem Rucksack galt es dann, fünf Bälle über einen Hindernisparcours zu befördern und in ein vorher gebautes Holztor zu bringen.

Nachdem alle Aufgaben erfüllt waren, setzten sich die Wettkampfteilnehmer auf die Bänke. Mit dem Hissen der THW-Jugendfahne war der Wettkampf dann beendet.

Angesichts der hochsommerlichen Witterung legten die einzelnen Mannschaften nach einer dreiviertel Stunde eine Erholungspause von 15 Minuten ein, um sich zu erfrischen. Die Schiedsrichter wachten darüber, daß während der Pause keine Arbeiten durchgeführt wurden.

Objektive Bewertung

Zur Bewertung zogen die Schiedsrichter das genaue Arbeiten der Jugendgruppe sowie die benötigte Zeit heran. Als Fehlerpunkte wurden auch Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen gewertet. Ein für alle gleicher Fehlerkatalog trug zur Objektivität bei der Bewertung bei. Nach Auswertung der Unterlagen stand die Jugendgruppe aus Freisen (Saarland) als Sieger fest, dicht gefolgt von der Jugendgruppe aus Louisenlund (Schleswig-Holstein) und der bayerischen Gruppe aus Simbach am Inn. Der Preis für genaues und fast fehlerloses Arbeiten ging ebenfalls an die Jugendgruppe aus Freisen.

Nach dem Wettkampf nahmen einige Jugendliche und Betreuer ein freiwilliges, zum Teil auch unfreiwilliges Bad in den mit Wasser gefüllten Faltbehältern. Für alle aber eine willkommene Erfrischung bei der Hitze.

Fahrzeug- und Geräteschau

Anläßlich des Bundeswettkampfs präsentierten die Hilfsorganisationen aus dem Be-



Strahlend hebt der Betreuer der Jugendgruppe aus Louisenlund den Pokal für den 2. Sieger hoch. Links das „Käthchen von Heilbronn“.

reich Heilbronn in einer Fahrzeug- und Geräteschau ihre Mittel und Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr rund um die Uhr. Beteiligt waren die Feuerwehr Heilbronn, die Sanitätsorganisationen, die Rettungshundestaffel Unterland und das Technische Hilfswerk. Der

Bundesverband für den Selbstschutz informierte interessierte Besucher über die schnelle und wirksame Selbst- und Nachbarschaftshilfe im Notfall. Abgerundet wurde die Präsentation mit einer eindrucksvollen Vorführung der Rettungshundestaffel Unterland.



Die Wettkampfmannschaft aus Simbach/Bayern erkämpfte sich den 3. Platz.

Er kann stolz sein auf den THW-Nachwuchs: THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel bei seinem Grußwort. (Fotos: Kurt Hilberath)



Friedrichshafen als Mekka der Feuerwehr

Bodenseemetropole war Treffpunkt für über 100 000 Floriansjünger

Sechs Tage lang, vom 14. bis zum 19. Juni 1990, war die Stadt am Bodensee in aller (Feuerwehr-)Munde: Friedrichshafen und der 26. Deutsche Feuerwehrtag zogen das Interesse nicht nur der deutschen Feuerwehren auf sich. Mehr als 100 000 Brandschützer aus 29 Nationen – darunter über 3000 aus der DDR – zog es in die Zeppelinstadt, die sich bestens auf den ungewohnten Ansturm vorbereitet hatte. Und alle Besucher kamen voll auf ihre Kosten. Nicht nur die mustergültige Organisation, auch die Programmviefalt des Feuerwehrtages und die Palette der auf der Fachausstellung präsentierten Technik waren es, die Friedrichshafen zu einem Erlebnis werden ließen.

„Feuerwehr = Mensch + Technik“, das Motto des Feuerwehrtages hat gerade für

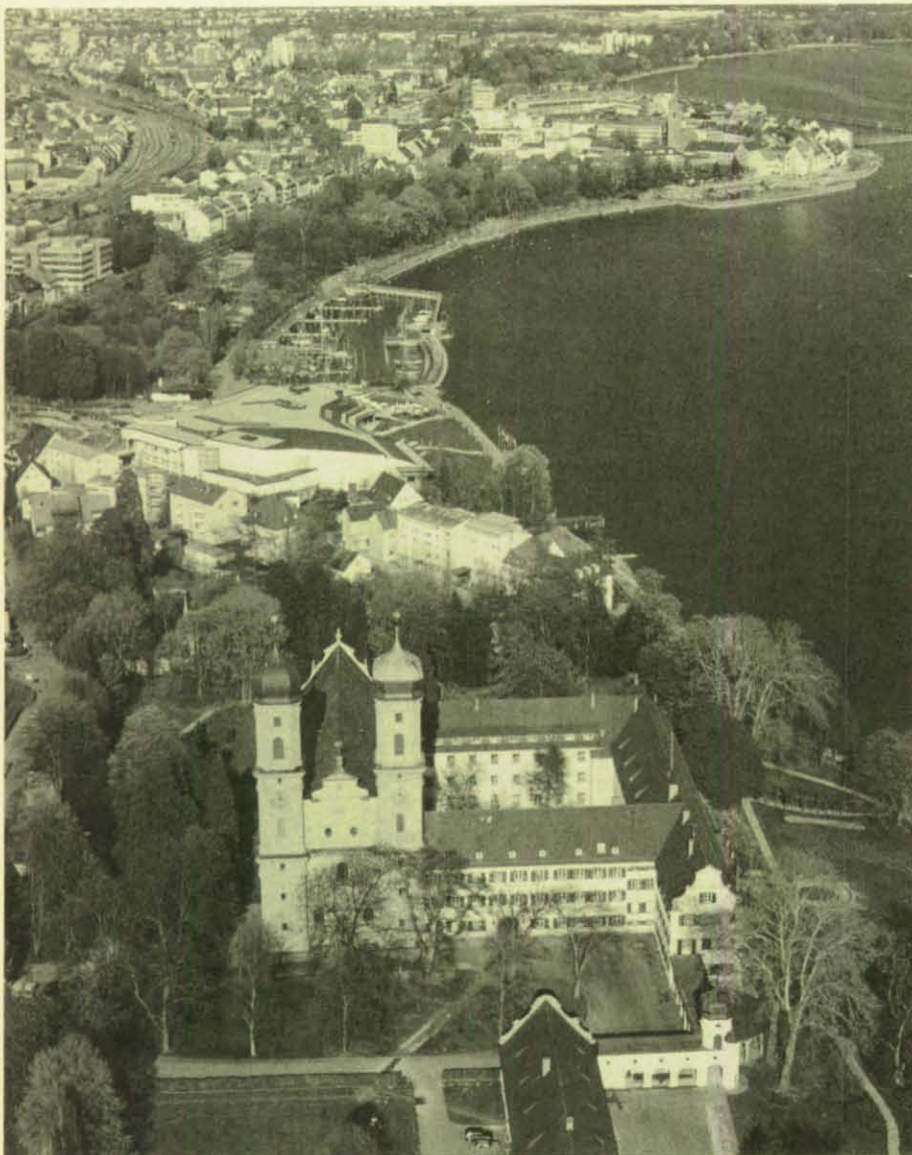
Friedrichshafen eine besondere Bedeutung, finden doch die Produkte der heimischen Industrie – Motoren, Getriebe, Lenkungen und Achsen – nicht zuletzt auch beim Bau von Feuerwehrfahrzeugen Verwendung. Daß die romantisch am Bodenseeufer gelegene Stadt ein bedeutender Industriestandort ist, wird auf den ersten Blick nicht deutlich, hat aber eine lange Tradition: Von Friedrichshafen aus begann mit dem ersten Aufstieg eines Zeppelin-Luftschiffs am 2. Juli 1900 das Zeitalter der Luftschiffahrt. Pioniere des Motoren- und Flugzeugbaus wie Maybach und Dornier errichteten in Friedrichshafen ihre Werke. Der internationale Ruf der Stadt, durch die Luftfahrtindustrie begründet, findet auch heute noch seine Bestätigung durch die sich praktisch über die ganze Welt erstreck-

kenden Geschäftsbeziehungen der heimischen Industrie.

Im Bestreben, der Wirtschaft des Raumes belebende Impulse zu geben und gleichzeitig die geografisch günstige Lage der Stadt im Dreiländereck Deutschland–Österreich–Schweiz zu nutzen, wurde 1950 im Bewußtsein des internationalen Rufs der Grundstein für die Messestadt Friedrichshafen gelegt. Mit ihren diesmal von der „Internationalen Fachausstellung für Brandschutz, Rettungswesen und Katastrophenhilfe“ genutzten neun modernen Hallen und einer gesamten Ausstellungsfläche von 55 000 Quadratmetern ist die Bodenseemesse Friedrichshafen aus dem Messereschehen in der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken.



War sechs Tage lang fest in der Hand der Feuerwehr: Friedrichshafen am Bodensee.



Einst Sommerresidenz württembergischer Könige, hat Friedrichshafen trotz des Aufstiegs zur Messestadt nichts von seinem Charme verloren.

Kein Verkehrschaos

Stadtverwaltung, Polizei, Messegesellschaft, Feuerwehr und über tausend Helfer waren bereits seit über Jahresfrist im Einsatz, die Weichen für einen reibungslosen Ablauf der Großveranstaltung zu stellen. Heute steht fest, daß sich die Vorarbeiten ausgezahlt haben, trat doch das auch von der Lokalpresse befürchtete Chaos nicht ein.

Die vom Deutschen Feuerwehrverband erstellte Auswertung der mit den Teilnehmersmeldungen vorliegenden Daten über Reisedaten, -weg und -tage hatte daran wesentlichen Anteil. Denn hiermit war es möglich, frühzeitig ein dem zu erwartenden Aufkom-

men entsprechendes Konzept zu erstellen und die Verkehrsströme zu den vielen Parkplätzen zu lenken. Die mehr als 700 eingesetzten Polizeibeamten hatten zwar alle Hände voll zu tun, doch blieb nicht zuletzt durch die Disziplin der Feuerwehrleute der Verkehrskollaps erspart.

Nicht erspart blieb dem Großraum Friedrichshafen hingegen die totale Ausbuchung aller Hotels, Gasthöfe und Privatzimmer. Bereits Monate vor der Veranstaltung waren alle Quartiere im Umkreis von 60 Kilometern zwischen Konstanz und Bregenz mit rund 16000 Betten für den Feuerwehrtag reserviert. Wer hier nicht zeitig zum Zuge kam, mußte auf die 11000 Plätze umfassenden Gemeinschaftsquartiere in den Klassenräu-

men der örtlichen Schulen ausweichen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich beim Bodenseeraum um ein vielbesuchtes Ferienzziel handelt und zudem in Nordrhein-Westfalen zeitgleich mit dem Feuerwehrtag die Schulferien begannen.

Gruß an das CTIF

Eine Vielzahl in- und ausländischer Fachgremien nahm den Feuerwehrtag zum Anlaß, ihre Jahrestagungen in Friedrichshafen durchzuführen. So trat im Vorfeld der Veranstaltung auch der Permanente Rat des „Internationalen Technischen Komitees für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen“ (CTIF) zusammen. Die Vertreter der Vereinigung, der weltweit 33 Nationen angehören, wurden von Staatssekretär Franz Kroppenstedt im Namen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble willkommen geheißen.

Der Staatssekretär ging in seinen Begrüßungsworten auf die verbindende Tätigkeit des CTIF ein: „Das Technische Komitee hat sich schon immer ungeachtet ideologischer Unterschiede für freundschaftliche Beziehungen in menschlicher Solidarität zwischen den Völkern eingesetzt. Ihr intensives und stetiges kameradschaftliches Zusammenwirken hat die Veranstaltungen des CTIF zu Foren der menschlichen und fachlichen Begegnung werden lassen. Sie nehmen in der internationalen Kooperation der Feuerwehren einen wichtigen Platz ein.“

Es ist im wesentlichen dem CTIF zu verdanken, daß auch zwischen sehr unterschiedlichen Ländern ein reger und fruchtbarer Erfahrungsaustausch der Brandschutzexperten über gemeinsame Probleme stattfindet. Mit Ihrer Arbeit haben Sie die internationale Forschung auf dem Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes gefördert und zu dem heute erreichten hohen Stand dieser Wissenschaft beigetragen. Dafür möchte ich Ihnen danken.“

Dank und Anerkennung sprach Kroppenstedt auch allen Angehörigen der Feuerwehren aus, die in ihren Einsätzen ungezählte Leben gerettet und der Wirtschaft unschätzbare Vermögenswerte erhalten hätten. Er wies darauf hin, daß Brand- und Katastrophenschutz insbesondere in einer so hochtechnisierten Industriegesellschaft wie der unseren zu den humanitären Kernaufgaben des Staates gehören.



Zum Engagement der Ehrenamtlichen stellte Kroppenstedt fest: „Hier haben sich Menschen zusammengefunden, die dem Staat nicht als Fordernde gegenüber treten. Sie bieten im Gegenteil dem Staat und der Gesellschaft ihre Mitwirkung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben an. Sie sind aktive Bürger, die aus ihrem demokratischen Grundverständnis heraus dem Gemeinwohl dienen wollen.“

Mit dem Hinweis, daß die durch den technischen Fortschritt bedingten Gefahren an den Grenzen nicht haltmachen, führte der Staatssekretär weiter aus: „Die europäische und weltweite Dimension von Brand- und Katastrophenschutz muß auch immer stärker den Umweltschutz mit einbeziehen. Denn immer wichtiger wird es, die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Bürger vor Schäden durch die Folgen von Unglücksfällen und Katastrophen zu schützen.“

Ich sehe hier Probleme, die das Technische Komitee gewiß in seine Arbeit einbeziehen wird. Es ist notwendig, alle grenzüberschreitenden Gefahren internationalen Lösungen zuzuführen. Wir werden den Verpflichtungen unseren Bürgern gegenüber nur dann gerecht werden, wenn eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen in den verschiedenen Staaten gewährleistet ist. Hier sind wir alle gefordert.

Der Bundesminister des Innern hat deshalb im Auftrag der Bundesregierung in den letzten Jahren mit fast allen Nachbarländern bilaterale Verträge über grenzüberschreitende Katastrophenhilfe geschlossen. Sie erleichtern erforderliche Einsätze über die

Grenzen. Vor allem aber verbessern sie entscheidend die ständige Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ausbildung, der Forschung und des aktuellen Informationsaustausches. Darüber hinaus erhöhen sie die Fürsorge und die soziale Sicherheit für Helfer, die bei Einsätzen zu Schaden kommen.“

Die Tagung des CTIF in Friedrichshafen diente vor allem der Erarbeitung gemeinsamer Konzepte der Waldbrandbekämpfung, des Umweltschutzes und der Sicherheit auf Flughäfen. Die Delegierten beschlossen weiterhin, daß das CTIF als Fachorganisation für Brand- und Katastrophenschutz bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel akkreditiert wird. Dem internationalen Feuerwehrverband traten in Friedrichshafen die USA und Chile bei, wovon man sich eine weitere Belebung des Erfahrungsaustausches verspricht.

„Allzeit bereit“

Einen ersten Höhepunkt des Feuerwehrtages bildete die Eröffnungsfeier am Mittwoch, 13. Juni, zu der der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands, Hinrich Struve, Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann und den baden-württembergischen Innenminister Dietmar Schlee begrüßen konnte.

Der Bundeswirtschaftsminister ging vor den über 400 geladenen Gästen auf das Motto des Feuerwehrtages „Feuerwehr = Mensch + Technik“ ein und bezeichnete die Feuerwehr als ein hervorragendes Beispiel

dafür, wie Mensch und Technik zum Wohle der Bürger zusammenwirken. Die Feuerwehr als größte Bürgerinitiative beweise mit ihrem täglichen Einsatz, daß persönliches Engagement, Übernahme von Verantwortung und Risiko in unserer Gesellschaft noch lebendig sind.

Der Minister weiter: „Für Feuerwehrleute ist es ganz selbstverständlich, bei ihren Einsätzen nicht auf die Uhr zu schauen. So wie es für Brände keine Dienst- oder Ladenschlußzeiten gibt, gilt für Sie alle im wörtlichen Sinne: Allzeit bereit! Wenn Sie auf die 35-Stunden-Woche und auf das freie Wochenende pochen würden, wäre es um unser Gemeinwesen schlecht bestellt. Für Sie ist es keine Frage, auch dann noch einsatzbereit zu sein, wenn andere es sich längst vor dem Fernseher bequem gemacht haben. Dafür danke ich Ihnen.“

Das Engagement von über einer Million Helfern und Helferinnen in der Freiwilligen Feuerwehr beweist, daß nicht alle Aufgaben dem Staat übertragen werden müssen. Hier sollten sich manche anderen Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens ein Vorbild an unserer Feuerwehr und den Hilfsorganisationen nehmen. Es wird viel zu oft vorschnell nach dem Staat gerufen – und als Bundeswirtschaftsminister kann ich davon manches Lied singen.“

Haussmann wies darauf hin, daß Politiker und Feuerwehrleute mehr verbindet, als manch einer glauben mag: „Es ist nicht nur das Wohl der Allgemeinheit, dem wir uns alle verpflichtet fühlen. Sondern es gibt auch viele Parallelen in der alltäglichen Arbeit. Wir



Das Messegelände mit seinen neun Hallen und dem großen Freigelände.



Bundeswirtschaftsminister Haussmann dankte in seiner Eröffnungsansprache den Feuerwehren für ihren Einsatz.

haben manchen ‚politischen Brand‘ national und international zu löschen. Häufig stellte sich dabei heraus, daß wir auf einem heißen Boden stehen. Da ist es dann hilfreich, wie im richtigen Feuerwehrleben eine gute Ausrüstung zu haben, die die Ausbreitung eines Flächenbrandes verhindert. Gerade in der internationalen Politik haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel für den vorbeugenden Brandschutz getan.“

Seine besondere Freude drückte Haussmann darüber aus, daß erstmalig Feuerwehrleute aus der DDR am Feuerwehrtag teilnehmen können. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die Kontakte der Floriansjünger über die Grenzen hinweg auch in der Zeit des kalten Krieges nie abgerissen seien: „Das zeigt, wie stark das gemeinsame Interesse am wirksamen Brand- und Katastrophenschutz über die Jahrzehnte hinweg Gespräche um der Sache willen ermöglicht hat. Sie haben uns im Grunde vorgemacht, wozu die Politik ein bißchen länger gebraucht hat.“

Breiten Raum in seiner Eröffnungsrede widmete der Minister dem die Feuerwehr ganz aktuell interessierenden Thema EG-Binnenmarkt: „Nicht nur die Floriansjünger bauen an einem gemeinsamen europäischen Haus – auch die Völker Europas rücken näher. Das Haus, an dem in Gesamtdeutschland, in der Europäischen Gemeinschaft, in Mittel- und Osteuropa gebaut wird, ist ein

kühner Wurf guter Architekten, der weit in die Zukunft reicht.

Was läge näher, als darauf zu achten, daß die Brandschutzvorschriften auch sorgfältig beachtet werden. Daran sind Feuerwehrleute natürlich besonders interessiert. Da in Europa noch viel zu bauen ist, wäre es am besten, wenn sich alle auf gleiche Standards einigen könnten.

Dann könnte der französische Bauherr die Hilfe eines deutschen Bauunternehmers in Anspruch nehmen, ohne daß der zuvor ein Studium französischer Vorschriften hinter sich bringen muß. Da ist es dann schon einfacher, wenn wir europaweit vergleichbare Normen in der Wirtschaft, in der Bauindu-

strie und natürlich auch beim Brandschutz haben.

Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes wirft auch im Normenwesen ihre Schatten voraus. Das Europäische Institut für Normung hat damit begonnen, feuerwehrtechnisches Gerät europäisch zu normen. Bei uns wird häufig die Sorge geäußert, das hohe deutsche Sicherheitsniveau könnte durch Brüsseler Nivellierungswut gefährdet werden.

Ich halte diese Befürchtung nicht für gerechtfertigt. Die Brandschutzvorschriften sind zwar heute noch unterschiedlich in Europa, aber es ist keineswegs so, daß wir überall Spitze sind. So legen andere EG-Länder beispielsweise strengere Maßstäbe als wir an, wenn es um die Schwerentflammbarkeit von Textilien, Matratzen und Polstermöbel geht. Dafür sind wir besonders streng, wenn es um technische Sicherheit geht. Mein Vorschlag: Nehmen wir doch aus jedem EG-Land das Beste!

Auch für die Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophenschutz über die Grenzen hinweg könnten sich ganz neue Organisationsformen entwickeln, wenn künftig in Frankreich oder Deutschland vergleichbare Technik in den Löschzügen zum Einsatz kommt.“

„Unsere Bürger können stolz sein auf ihre Feuerwehren. Sie wissen: Sie können sich jederzeit auf die freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrleute verlassen“, schloß Bundeswirtschaftsminister Haussmann seine Worte zur Eröffnung.

„Bürgersinn und Idealismus“

Wie der baden-württembergische Innenminister Dietmar Schlee bei der Eröffnung



Für den baden-württembergischen Innenminister Schlee ist die Arbeit der Feuerwehr ein „Ausdruck gemeinschaftlich praktizierter Verantwortung“.



Der Zuhörerkreis der Eröffnungsveranstaltung hat internationale Zusammensetzung.

unser aller Anerkennung verdienen“, erklärte der Minister.

„Technik soll Arbeit erleichtern“

DFV-Präsident Hinrich Struve machte deutlich, daß die Kette der Löscheimer beim heutigen schnellen Brandverlauf ohne Nutzen sein würde und auch das modernste Löschfahrzeug allein nicht zum Erfolg führen kann: „Also braucht die Feuerwehr beides, den Menschen und die Technik. Die Technik sollte dem Menschen, dem Feuerwehrmann, die Arbeit erleichtern, den Einsatz effektiver machen, darf aber nicht zum bestimmenden Element werden.“

Struve erinnerte daran, daß die Technik den Hilfsbedürftigen nur dann von Nutzen sein kann, wenn sie gekonnt eingesetzt werde. Hilfe zu leisten sei Aufgabe der Feuer-

erklärte, haben sich die Feuerwehren bereits in der Vergangenheit den schwierigen Aufgaben in hervorragender Weise gestellt. Schlee: „Die Arbeit der Feuerwehr ist ein Beispiel für vorbildliches ehrenamtliches Engagement und lebendiger Ausdruck von gemeinschaftlich praktizierter Verantwortung. Für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit möchte ich mich bei allen Feuerwehrangehörigen recht herzlich bedanken.“

Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist nach Darstellung Schlees bereit, sich dem Aufgabenwandel zu stellen und die Feuerwehren mit den notwendigen Fahrzeugen und Einsatzmitteln auszustatten. Gerade die zunehmenden Einsätze mit gefährlichen Stoffen und Gütern haben sich nachhaltig auf die Ausstattung, die Ausrüstung sowie die Aus- und Fortbildung bei den Feuerwehren ausgewirkt.

Die Feuerwehren sind – so Schlee – eine hervorragende „Schule“ für die Einsatzbereitschaft im Dienst am Nächsten, für Bürgersinn und Idealismus. Vor allem im ländlichen Raum sind die Feuerwehren auch ein Stück Heimat. Diese Heimatverbundenheit ist für die Feuerwehren ebenso kennzeichnend wie die Tatsache, daß sie für viele junge Menschen auch den Rahmen für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bildet. „Tradition und Aufgeschlossenheit für den technischen Fortschritt, die aktive Teilnahme am kommunalen Leben, Einsatz für den Nächsten sind unverzichtbare Merkmale unserer Feuerwehren, die in viele Bereiche ausstrahlen und



Kann am Eröffnungstag seinen 77. Geburtstag feiern: DFV-Ehrevorsitzender Albert Bürger (2. v. l.), hier mit DFV-Vizepräsident Englerth, Innenminister Schlee und Oberbürgermeister Wiedmann (v. l.).

Innenminister Schlee (rechts) zeigt Mut, als er sich mit DFV-Präsident Struve per Drehleiter in luftige Höhen befördern läßt.





Geballte Technik präsentiert sich auch auf dem Freigelände.

wehr, denn im Unglücksfall brauche der Hilfsbedürftige den Menschen, der mit ihm redet und ihm Mut zuspreche.

Mehr als 80 000 Besucher

Beim auf die Eröffnungsfeier folgenden Messerundgang konnten sich die Gäste von der breiten Palette des Angebotes überzeugen. 341 Aussteller aus neun Nationen präsentierten auf der „Internationalen Fachausstellung für Brandschutz, Rettungswesen

und Katastrophenhilfe“ neueste Geräte, Systeme und Techniken für die Feuerwehr. In acht Messehallen mit 30 000 qm Fläche und auf dem 25 000 qm großen Freigelände drängte sich während der sechs Messetage ein unübersehbarer Besucherstrom. Insgesamt konnten mehr als 80 000 Feuerwehrleute und Fachbesucher registriert werden, allein am Wochenende 16./17. Juni verzeichnete man auf der Fachausstellung über 40 000 Besucher.

Bei den Besuchern, die zu 14 Prozent aus dem Ausland kamen, fanden vor allem Fahr-

zeuge und Ausstattungen das größte Interesse. Ebenfalls stark gefragt waren Löschgeräte und -anlagen sowie Löschmittel. Über Besuchermangel konnten sich auch die Aussteller von Geräten für die technische Hilfsleistung, Sanitätsausrüstungen, Meß- und Nachweisgeräten, Leitstellen- und Melde-technik, Ausstattung von Feuerwachen oder Werkstätten und Informationstechnik nicht beklagen. Aber auch die Liebhaber von Modellen, Briefmarken, Pokalen, Uniformen und Abzeichen kamen nicht zu kurz.

Darstellung im ideellen Teil

Das Informationsangebot der Industrie wurde ergänzt durch die Präsentation im ideellen Teil der Ausstellung. Hier stellten sich Feuerwehren, Verbände, Länder und Hilfsorganisationen thematisch zum Brand-, Umwelt- und Zivilschutz sowie Rettungsdienst auf insgesamt 35 Einzelständen in den verschiedenen Hallen dar. Von den im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen waren das Bundesamt für Zivilschutz, das Technische Hilfswerk, der Bundesverband für den Selbstschutz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Deutsche Feuerwehrverband, das Deutsche Rote Kreuz und der Malteser-Hilfsdienst vertreten.

Das BZS präsentierte mit dem Prototyp eines AC-Erkundungskraftwagens ein Meßfahrzeug, das den Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes ermöglichen soll, nukleare und chemische Kontamination festzustellen. Daneben wurde ein nuklidspezifisches Meßfahrzeug des Warndienstes zur flächendeckenden und kontinuierlichen Überwachung der Radioaktivität vorgestellt.

Der Stand des THW zog schon durch den realistisch aufgebauten Trümmerkegel das Interesse auf sich. Neben Einsatzfahrzeugen und der Darstellung des Einsatzspektrums konnte sich die THW-Jugend auf dem weiträumigen Stand werbewirksam präsentieren.

Attraktiv und publikumswirksam war auch der großzügig bemessene Stand des BVS aufgebaut. Die Demonstration möglicher Vorsorgemaßnahmen auf Texttafeln, Video-vorführungen, Computerausdrucken und Vorführungen per Telefonhörer ließen viele Besucher den Stand aufsuchen. Ausführliche persönliche Beratungen machten dabei das Bild des Selbstschutzes transparenter.

Information rund um den Wassersport bestimmte das Bild auf dem Stand der DLRG.



Blick von der 50-Meter-Drehleiter auf das Geschehen.

Dominierend hier die praktischen Vorführungen der Herz-Lungen-Wiederbelebung am Modell, wo die Besucher anschließend selbst aktiv werden konnten. Eine Präsentation von Ausrüstungsteilen rundete das Bild ab.

Der DFV bot auf seinem Ausstellungsstand sowohl Aktivitäten als auch Darstellungen über die Verbandsarbeit. Auf Schautafeln, aktuellen Bildern und Grafiken stellten sich die Feuerwehren dar, ergänzt durch diverses

Informationsmaterial. Filmvorführungen und das Prägen von Sondermedaillen sorgten für steigendes Publikumsinteresse. Breiten Raum nahm auf dem DFV-Stand der Bereich der Jungfeuerwehr ein, die mit vielerlei Akti-



Die Feuerwehrmänner aus der DDR sind ganz besonders an der Technik interessiert, hier die Vorführung eines neuen Schutzhelms.



Eine Herstellerfirma aus Thüringen präsentiert sich erstmals auf dem westlichen Markt.



Der Messestand der DDR-Feuerwehr, hier das Betreuungsteam beim Aufbau, verzeichnete starken Besuch.



Spezielle Fahrzeugtechnik präsentiert das Bundesamt für Zivilschutz auf seinem Stand.

vitäten Aufmerksamkeit zu wecken verstand.

Einen konzentrierten Überblick über seine Arbeit gab das DRK. Die Palette reichte dabei von den vielfältigen Aufgaben im nationalen

Bereich bis zu den internationalen Aufgaben der Sofort- und Katastrophenhilfe sowie Entwicklungshilfe. Besonders herausgestellt waren die Themen „Der Hilfszug des DRK“

und „Richtig helfen“.

Über Besuchermangel konnte sich auch die MHD-Mannschaft nicht beklagen. Am Info-Mobil auf dem attraktiv gestalteten



Das Technische Hilfswerk zeigt seine vielfältigen Einsatzmöglichkeiten.



Informationen über den Selbstschutz in werbewirksamer Form am Stand des Bundesverbands für den Selbstschutz.

Stand konnten sich die zahlreichen Besucher mit Einzelheiten über die vielseitigen Aktivitäten des MHD versorgen.

Zukunftsweisende Bedeutung bekam die Ausstellung in Friedrichshafen als letzte Präsentation von Feuerwehrtechnik dieser Größenordnung vor Beginn des EG-Binnenmarktes. Praktisch an der Schwelle zu einem grenzenlosen und damit auch sicherheitstechnisch gleichgerichteten Europa setzte Friedrichshafen Maßstäbe für die technische Ausrüstung der Feuerwehren für das nächste Jahrzehnt.

„Schnell wie die Feuerwehr“

Am Interesse gemessen hätte der 1500 Plätze fassende Saal mehrfach gefüllt werden können, als DFV-Präsident Struve den Schirmherrn des Feuerwehrtages, Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie Bundesratspräsident Walter Momper zum Festakt im Graf-Zeppelin-Haus begrüßen konnte. Struve drückte auch seine Freude über die Anwesenheit von Landtagspräsident Schneider, Innenminister Schlee, Abgeordneten von Bundes- und Landtag sowie Ver-

tretern von Institutionen, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden, von den Hilfsorganisationen und der Feuerwehr aus. Er wertete die Beteiligung hoher Repräsentanten des öffentlichen Lebens als eine Bestätigung des Dienstes der Feuerwehr zum Wohl der Allgemeinheit.

„Unbedingte Hilfsbereitschaft und unübertreffliche Schnelligkeit“ bescheinigte der Bundespräsident der Feuerwehr: „Die Feuerwehr weiß am allerbesten: Sie muß immer so schnell wie möglich helfen, um überhaupt noch helfen zu können, und schon mehr als einmal hat sie darüber hinaus das Unmögliche möglich gemacht. Ehrentitel sind dann die bedeutendsten, wenn sie in rühmender Weise so sprichwörtlich geworden sind, daß sie jedermann zu den unterschiedlichsten Anlässen wie automatisch über die Lippen kommen. Eine solche Redewendung lautet seit langem: Schnell wie die Feuerwehr.“

Das, und etwas anderes, hat seit langem das Bild der Feuerwehrleute, dieser großen Helfer, geprägt. Ich meine ihre bedingungslose Bereitschaft, dem Mitbürger in Gefahr unter Einsatz von Leib und Leben zu helfen. Auch das wissen wir und zitieren wir in Beispielen seit es Feuerwehr – Freiwillige und Berufsfeuerwehren – gibt. Von allen Naturgewalten bedroht das Feuer den Menschen am hartnäckigsten, am furchtbarsten und am überraschendsten. Und das Feuer bedroht den Menschen dort am meisten, wo viele eng beieinanderleben. Hier entstanden Feuerwehren als die frühesten und lebendigsten und mutigsten Bürgerinitiativen, die es gibt.“

„Ungezählt“ nannte der Bundespräsident



Mit zahlreichen Exponaten macht die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft auf ihre Arbeit aufmerksam.



Der Stand des Malteser-Hilfsdienstes kann sich über Besuchermangel nicht beklagen.



die Häuser, Wohnungen, Betriebe, in denen Menschen deshalb weiter leben und arbeiten können, weil die Feuerwehr rechtzeitig eingriff. Er wies darauf hin, daß sich die Feuerwehr stets den geänderten Gefahrenlagen angepaßt und ihre Technik und Taktik weiterentwickelt habe. „Wir haben es bei ihr heute mit einem hochleistungsfähigen, hervorragend ausgebildeten und ausgestatteten Verband zu tun, dessen Einsätze zum Brandschutz, zum Rettungswesen und bei der Katastrophenhilfe höchste Achtung verdienen“, stellte von Weizsäcker heraus.

Mit der Feststellung, „daß die Feuerwehr in unseren Gemeinden eine ganz entscheidende Rolle spielt“ ging der Präsident auf den gesellschaftlichen Aspekt der Feuerwehr ein: „Eine Million Männer, Frauen und Jugendliche sind ehrenamtlich in der Freiwilligen Feuerwehr tätig. Sie bilden zusammen eine große Gemeinschaft, sie sind aber auch in vielen Städten und Dörfern der wahre Kern



Bundespräsident von Weizsäcker interessiert sich auch für die Technik der Feuerwehr.

FEUERWEHRTAG FRIEDRICHSHAFEN



Dank und Anerkennung für die Feuerwehr: Bundespräsident von Weizsäcker beim Festakt.



des Gemeindelebens. Hier erleben die jungen Menschen erstmals, wie sehr sie gebraucht werden und wieviel guten Sinn es für sie selber hat, sich füreinander zu engagieren. Hier wachsen die Generationen zusammen, in der gemeinsamen Verantwortung der Nachbarschaft.

Daher ist es auch kein Wunder, daß die Feste, die die Feuerwehren zu feiern verstehen, zu den schönsten Veranstaltungen in unseren Gemeinden zählen. Immer wieder bewährt sich die Feuerwehr als der gute Geist in einem freien Gemeinwesen. Ich habe es selbst oft erlebt. Ihnen allen möchte ich dafür von Herzen danken.“

„Gliederung hat sich bewährt“

Walter Momper als Präsident des Bundesrates stellte „mit Freude fest, daß sich die bundesstaatliche Gliederung unseres Staates in einem so wichtigen Bereich wie dem der Feuerwehren eindeutig bewährt hat. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Erfahrungen bei der notwendigen Neuorganisation der Feuerwehren in der DDR Berücksichtigung finden werden. So wie die technische Funktionsweise, so kann auch die Organisation der Feuerwehr nur an ihrem Resultat gemessen werden. Es mag sein, daß es nach den theoretischen Vorstellungen eines Verwaltungsplaners leichter erschiene, die Feuerwehr einheitlich, und zwar bundesweit, zu organisieren. Dabei kämen aber örtliche Besonderheiten zwangsläufig zu kurz. Die Feuerwehr in Bayern wird kaum besondere Kenntnisse über Brände bei reetgedeckten Häusern benötigen. Die Berufsfeuerwehr in einem Stadtstaat muß anders organisiert sein als die Freiwilligen Feuerwehr im Emsland. Lokale Erfordernisse und gewachsene Traditionen rechtfertigen in meinen Augen den bundesstaatlichen Aufbau hier in ganz besonderer Weise.“

Auf die Einsatzschwerpunkte der Feuerwehr eingehend, führte Momper weiter aus: „Für die Industriegesellschaft allgemein gilt die Binsenweisheit, daß die modernen Technologien und Erfindungen außer großem Nutzen auch vielfältige Gefährdungen unserer Umwelt und der menschlichen Gesundheit verursacht haben. Der Vorbeugung kommt in diesem Zusammenhang immer größere Bedeutung zu. Aus der Bekämpfung von Öl- oder Chemieunfällen sind den Feuerwehren



Grußworte zum Festakt überbringt auch Bundesratspräsident Momper.

Gefahrenherde und Schwachstellen bekannt. Diese Erfahrungen müssen genutzt werden, um die technischen Anforderungen an den Umgang mit gefährlichen Stoffen gezielt zu verbessern. Den Umgang mit gefährlichen Stoffen beherrschen eigentlich nur wenige. Trotzdem arbeiten wir mit ihnen, transportieren und lagern sie. Aktiver Umweltschutz setzt immer zunächst Wissen um das voraus, was unsere Umwelt und damit auch uns selbst gefährdet. Wichtige Kenntnisse dieser Art sind bei Ihnen vorhanden. Sie müssen stärker als bisher in die präventive Gefahrenabwehr eingebracht werden. Denn wir können unsere Umwelt nicht verseuchen und zerstören. Sie bildet unsere Existenzgrundlage und ist nicht beliebig regenerierbar.

Ich ermuntere Sie daher alle, fahren Sie fort mit Ihrem Dienst am Menschen, an der Gesellschaft und an der Umwelt. Helfen Sie weiter mit, damit wir unsere technisierte Zivilisation besser in den Griff bekommen und Folgeschäden begrenzt bleiben.“

„Ermutigung für die Zukunft“

DFV-Präsident Struve bezeichnete das Engagement der über eine Million Feuerwehrangehörigen als „ein positives Zeichen und eine Ermutigung für die Zukunft.“ Struve wies darauf hin, „daß auch in einer Zeit, wo ein großer Teil der Bürger nur an sich selbst denkt, die Feuerwehren ihren Bestand wahren und ausbauen konnten. Durch die Fähigkeit, Tradition mit Fortschritt in Einklang zu bringen, sind die Wehren lebendig geblieben. Bodenständigkeit und Heimatliebe prägen das Vereinsleben. Die technische Weiterentwicklung wird als Herausforderung angenommen und bewältigt.“

Auf den Feuerwehrtag 1980 in Hannover mit seinem Motto „Die Feuerwehren im Jahre 2000“ hinweisend, erinnerte Struve daran, daß man damals noch der Auffassung gewesen sei, daß alles oder fast alles im Einsatzgeschehen durch moderne Technik zu lösen



wäre. Doch man habe bei allem Fortschritt sehr schnell erkennen müssen, wo die Grenze liegt, bei der der Mensch durch die Technik nicht ersetzt werden kann.

An die Feuerwehren in der DDR gewandt, wies Struve auf die kurz zuvor beschlossene Änderung der Satzung hin, nach der neu zu gründende Landesverbände dem DFV beitreten können. So habe man gemeinsam die Möglichkeit, eine neue Satzung des Feuerwehrverbandes aller deutschen Feuerwehren als Grundlage für die Wahlen der Repräsentanten zu gestalten. „Wir wollen Partner sein mit gleichen Rechten, aber auch mit gleichen Pflichten“, faßte er zusammen.

Großes Interesse

Aspekte zur Problembewältigung brachte eine Reihe von Fachtagungen, zu denen die Zahl der Voranmeldungen so groß war, daß man nicht alle Kartenwünsche erfüllen konnte. Das Thema „Feuerwehrtechnik“ beispielsweise bot 1000 Zuhörern Platz, jedoch lagen 2000 Anmeldungen vor. Ähnlich war es bei den anderen Themen. Bedauerlich nur, daß ein Teil der Karteninhaber dann nicht erschien.

Vier Einzeltagungen zu den Themen „Gesundheits- und Rettungswesen“, „Einsatzwesen und Umweltschutz“, „Gesellschaftsstrukturen und Feuerwehrnachwuchs“ und zum bereits erwähnten Thema „Feuerwehrtechnik“ stießen ebenso auf Interesse wie die vierteilige Grundsatzfachtagung. Diese Tagung, von DFV-Präsident Struve mit der Erwartung auf „Diskussionsanstöße und Hinweise für die vor uns liegenden Jahre zur Bewältigung der sich laufend verändernden Aufgaben“ eröffnet, brachte Referate namhafter Fachleute zu den Themen „Technische Entwicklung in Europa“, „Feuerwehrfahrzeuge und -geräte“, „Verständnis der Gesellschaft zum Helfen“ und „Angepaßte Maßnahmen des Gesetzgebers und des Feuerchutzträgers“.

„Farbenfrohes Fest“

Höhepunkt des Feuerwehrtages war zweifellos die Großkundgebung am Samstag. „Sie alle, die Teilnehmer und Gäste aus Deutschland wie aus dem benachbarten Ausland, vermitteln mit diesem farbenfrohen Fest ein Bild der Freude und der Gemeinsamkeit“, rief Bundeskanzler Helmut Kohl den



Als „Bild der Freude und der Gemeinsamkeit“ bezeichnet Bundeskanzler Kohl den Feuerwehrtag.

über 50000 versammelten Feuerwehrleuten zu. Kohl bezeichnete den 26. Deutschen Feuerwehrtag als ein Ereignis besonderer Art, denn es sei das erste Mal seit vielen Jahrzehnten, nämlich seit dem 21. Feuerwehrtag 1932 in Karlsruhe, daß Feuerwehrleute aus ganz Deutschland in Freiheit zusammenkommen können.

Der Kanzler weiter: „Aus der Sicht des Staates nehmen die Feuerwehren in Bund, Ländern und Gemeinden wichtige öffentliche Aufgaben wahr. Dabei geht ihr Auftrag weit über die Brandbekämpfung hinaus. Unsere Feuerwehren sind bei jeder Gefahr zur Stelle. Sie helfen, wenn Menschen in Not sind.“

Seite an Seite mit den privaten Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk bekämpfen die Feuerwehren die Folgen großer Katastrophen. Sie tragen zum Schutz der Zivilbevölkerung die Last des ABC-Dienstes und anderer Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes.

Immer mehr Menschen suchen heute eine möglichst umfassende, möglichst vollkommene Sicherheit – und müssen doch erkennen, daß sich Risiken nicht aus dem Leben verbannen lassen. Durch Sicherheitsvorkehrungen, durch den Einsatz moderner Techno-

logien und nicht zuletzt durch eine vorausschauende Gesetzgebung lassen sich Gefahren natürlich reduzieren. Abschaffen – gleichsam mit einem entschlossenen Federstrich beseitigen – lassen sie sich nicht, auch wenn manche dies irrtümlich meinen.

Der Mensch wird stets damit rechnen müssen, daß das Unvorhergesehene – auch das Bedrohliche und Gefährliche – in ein noch so gut behütetes Leben einbrechen kann. Um so wichtiger ist es, sich in einer solchen Situation auf Schutz und Beistand fest verlassen zu können.

Mit der Feuerwehr verbindet sich diese Gewißheit auf besondere Weise. Durch ihre ständige Einsatzbereitschaft tragen die Feuerwehrleute so dazu bei, ein Gefühl der Geborgenheit wachsen zu lassen, ohne das Menschen auf Dauer nicht bestehen können – und das heute von manchen mehr denn je schmerzlich vermißt wird.

Unsere Gesellschaft kann auf den Einsatz im Ehrenamt nicht verzichten. Er ist lebendiger Ausdruck des Grundsatzes, der uns leitet – daß nämlich der Staat nicht an sich ziehen soll, was auf anderer, insbesondere privater Ebene geleistet werden kann.

Ohne das segensreiche Wirken der vielen



Freiwilligen und Ehrenamtlichen wäre unser Land um vieles ärmer. In Tausenden von Freiwilligen Feuerwehren leisten zahlreiche Männer, Frauen und Jugendliche ihren Dienst für die Gemeinschaft. Ihnen geht es nicht um persönliche Vorteile, nicht zuerst um Freizeit und Feierabend.

Dafür werden Sie die Erfahrung machen – ich bin gewiß, viele von Ihnen empfinden es so –, daß der Dienst am Mitmenschen eine persönliche Befriedigung schafft, die durch nichts zu ersetzen ist.

Zum Wesen des Menschen gehört eben auch der Wunsch, für andere da zu sein. Anonyme Apparate und Organisationen können Hilfsbereitschaft nicht ersetzen.“

Auf das Motto des Feuerwehrtages eingehend, stellte Kohl abschließend fest: „Für mich ist klar: Wer unter Gefahren für andere Menschen einsteht, wer notfalls Gesundheit und Leben riskiert, um andere zu retten, hat Anspruch auf eine moderne und zuverlässige technische Ausrüstung. Dem will die Bundesregierung mit ihren Programmen Rechnung tragen.

Aber das Motto macht auch deutlich, worauf es vor allem ankommt. Technik, so anspruchsvoll sie sein mag, ist letztlich immer nur ein Hilfsmittel. Die Leistungsfähigkeit einer Feuerwehr wird geprüft von den Menschen, die sich dem Dienst am Nächsten stellen – von ihrer Einstellung, ihrem selbstlosen Engagement, von ihrem hohen Ausbildungsstand und ihrer Bereitschaft zu unerschrockenem Einsatz, bei Tag und Nacht.

Gerade auch unter diesen Gesichtspunkten sind die Leistungen unserer Feuerwehrleute beispielhaft. Wir können zu Recht sagen: Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind stolz auf ihre Feuerwehren.“

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth dankte den Feuerwehren für ihren selbstlosen Einsatz zum Wohl des Bürgers. Es verdiene Anerkennung, daß die Feuerwehr bei jeder Gefahr zur Stelle sei, stellte Späth fest.

Imposanter Festzug

Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein Festzug durch die Innenstadt zum Bodenseeufufer. Die dichtgesäumten Straßen waren geprägt vom Blau der Uniformen, vielfach unterbrochen von den über hundert Musikgruppen und rund 1000 Fahnenabordnungen. Historische und moderne Feuerwehrfahrzeuge lockerten zudem das Bild des



Unzählige Fahnenabordnungen bringen Farbe in den Festzug.



Ein Bild, das die Atmosphäre im Festzug widerspiegelt: Das freundliche Miteinander steckt an.



Trabant-„Löschfahrzeug“ sorgt als originelles Kuriosum für Heiterkeit im Festzug.



Nach dem Festzug laden die Uferanlagen zum gemütlichen Beisammensein ein.



Präzision und Schnelligkeit sind beim Internationalen Feuerwehrwettkampf gefragt.



Der verdiente Lohn für eine gute Leistung: Siegerurkunde und Auszeichnung aus der Hand von DFV-Präsident Struve.



Auch ausländische Gruppen treten zum Wettkampf an, hier Teilnehmer aus Frankreich.



acht Kilometer langen Festzuges auf. Es war nicht zuletzt der strahlende Sonnenschein, der sowohl bei Beteiligten als auch Zuschauern gute Laune aufkommen ließ. Frohe Gesichter überall, Lächeln, Winken – kurzum, es herrschte eine freundliche, fröhliche Atmosphäre. Ein Erlebnis, das als denkwürdigstes von vielen in der Erinnerung an Friedrichshafen verblieb.

Am Bodenseeufer angekommen, erwartete Beteiligte und Zuschauer ein Seefest, das in diesen Dimensionen noch nie stattgefunden hat. Der gesamte Bereich der Uferanlagen bildete einen riesigen Festplatz unter freiem Himmel. In den weiträumigen Parkanlagen standen über 25 000 Sitzplätze bereit. Krönung des Abends war bei Einbruch der Dunkelheit eine „Romantische Nacht auf

See“ mit Feuerwerk und einer Parade der gesamten Bodenseeflotte als Lampionkorso.

Das „Drumherum“ stimmte

Doch standen in Friedrichshafen nicht nur die spektakulären Großveranstaltungen im Vordergrund, auch das Rahmenprogramm konnte sich sehen lassen: Gruppen mit rund 700 Aktiven aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und Frankreich stritten beim Internationalen Feuerwehrwettkampf um Sekunden und Punkte. Im Anschluß an den Wettkampf ermittelten 23 Gruppen beim Internationalen Jugendfeuerwehrwettbewerb die beiden Teilnehmergruppen am Wettbewerb 1991 in Finnland.

Ergebnisliste Internationaler Feuerwehrwettkampf

Platz	Gruppe	Punkte	Platz	Gruppe	Punkte
Gruppen ohne Alterspunkte					
1	Nidderau-Eichen	413,3	34	Altenkessel I	269,9
2	Bundenthal	411,1	35	Altenkessel II	233,1
3	Renningen	409,4	Gruppen mit Alterspunkten		
4	Recke-Steinbeck I	409,2	1	Schaephuysen	421,3
5	Hasselroth-Gondsroth I	407,8	2	Asendorf II	419,6
6	Böckum-Norrdorf	403,9	3	Gribbohm	416,8
7	Hasselroth-Gondsroth II	403,1	4	Neuweiler II	408,6
8	Nidderau-Heldenbergen	403,0	5	Grünberg-Lardenbach	408,3
9	Bienenbüttel I	402,8	6	Olpe II	406,1
10	Schöneck-Kilianstädten	400,7	7	Wenden	393,4
11	Hustedt	398,9	8	Nidderau-Eichen III	381,9
12	Neuweiler I	397,4	9	Hoffmann-La-Roche	381,4
13	Rust	394,2	10	Wesseloh	381,4
14	Winnenden	393,2	11	Wehrbleck	378,5
15	Mutlangen	391,1	12	Felde B	377,1
16	Böblingen	388,7	13	Süsel	363,8
17	Langenbach I	387,4	Frauengruppen		
18	Asendorf I	383,2	1	Hasselroth	385,2
19	Andernach	380,5	2	Bienenbüttel	384,5
20	Wenden-Hillmicke	377,6	3	Asendorf III	379,3
21	Stetten a. k. M.	375,7	4	Henstedt	349,5
22	Holzminden	373,0	5	Brelingen	334,5
23	Laufen	372,6	Ausland ohne Alterspunkte		
24	Wenden-Gerlingen	371,8	1	Eichhorn (A)	418,0
25	Bruchköbel-Niederissigheim	370,8	2	Ebersegg (A)	415,8
26	Langenbach II	370,5	3	Saint Louis (F)	390,4
27	Nidderau-Eichen II	368,0	4	Bezau (A)	373,3
28	Olpe	368,0	5	Orbe (CH)	363,2
29	Roth	363,7	6	Saint Marcel (F)	345,8
30	Bielefeld-Senne	355,3	Ausland mit Alterspunkten		
31	Senden	322,0	1	Basel (CH)	381,7
32	Miesenheim	315,9	2	Montreux (CH)	358,0
33	Waldsee	295,5			

Ergebnisliste Internationaler Jugendfeuerwehrwettbewerb

Platz	Gruppe	Punkte
1	Bad Soden-Salm	1067
2	Euerfeld	1066
3	Rodgau 3	1065
4	Päse	1044
5	Jade	1041
6	List	1040
7	Hohendeich	1037
8	Steinau-Marjoss	1029
9	Osterhofen	1027
10	Schwarzach	1020
11	Moers	1017
12	Müsing	1012
13	Rheinau-Rhb.	1010
14	Rastatt-Niedb.	1003
15	Löffingen	1002
16	Rheurd	1000
17	Wankendorf	994
18	Schmelz	981
19	Dortmund-Bergh.	946
Ausländische Teilnehmer		
1	Grabow (DDR)	1060
2	Lochau (A)	1037
3	Trebitz (CSFR)	1020
4	Altkirch (F)	989

Musik lag in der Luft, als sich 42 Musik-, Spielmanns- und Fanfarenzüge der Feuerwehr zum Bundeswertungsspielen trafen. Rund 1400 Aktive, davon 400 weibliche Mitglieder, aus den Landesfeuerwehrverbänden Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein waren angetreten, um bei einem Bühnenspiel mit zwei Stücken und einem Straßenspiel ihr Können zu präsentieren.

Gut zu Fuß mußte man sein beim Bodensee-Marsch der Feuerwehr. Über 1100 Brandschützer machten sich auf den zwölf Kilometer langen Weg. Bereits nach 99 Minuten konnten die ersten Marschierer ihre Medaille in Empfang nehmen.

Eine große Ölwehrrübung auf dem Bodensee demonstrierte die Vielfältigkeit der Feuerwehreinheiten. Mit der Übung, an der auch Österreicher und Schweizer teilnahmen, wurde auf die Bedeutung des Umweltschutzes für die Feuerwehr aufmerksam gemacht.

Mit einem Wettbewerb historischer Spritzen in der Friedrichshafener Innenstadt gin-



Ergebnisliste Bundeswertungsspielen 1990

Gruppe 1: Spielmanszüge

1. Rang (Goldmedaille):

Großen-Buseck	Hessen
Kirchhain	Hessen
Renchen	Baden-Württemberg
Wald-Erlenbach	Hessen
Atzbach	Hessen
Asbach	Rheinland-Pfalz
Offenburg	Baden-Württemberg
Bad Schwalbach	Hessen
Peine-Salzgitter	Niedersachsen
Netphen-Deuz	Nordrhein-Westfalen
Rhode	Niedersachsen
Warstein-Belecke	Nordrhein-Westfalen
Misburg	Niedersachsen
Bockenem	Niedersachsen

2. Rang (Silbermedaille):

Haselau	Schleswig-Holstein
Tespe	Niedersachsen
Nürtingen	Baden-Württemberg
Laudenbach	Baden-Württemberg
Heimersheim	Rheinland-Pfalz
Dülmen	Nordrhein-Westfalen

Gruppe 2: Fanfaren- und Hörnerzüge

1. Rang (Goldmedaille):

Hörnerzug Ambergau	
Bockenem	Niedersachsen

Gruppe 3: Gemischte Züge

1. Rang (Goldmedaille):

Alsfeld	Hessen
Steinau	Hessen

2. Rang (Silbermedaille):

Echterdingen	Baden-Württemberg
--------------	-------------------

Gruppe 4: Musikzüge in Harmoniebesetzung

1. Rang (Goldmedaille):

Ense-Bremen	Nordrhein-Westfalen
Banteln	Niedersachsen
Reiskirchen	Hessen
Ganderkesee	Niedersachsen
Dirlos	Hessen
Kleve	Nordrhein-Westfalen
Schwalbach	Hessen

2. Rang (Silbermedaille):

Delligsen	Niedersachsen
Radevormwald	Nordrhein-Westfalen
Einbeck-Moringen	Niedersachsen
Leveste	Niedersachsen
Dorn-Dürkheim	Rheinland-Pfalz
Berkenthin-	
Krummesse	Schleswig-Holstein
Bispingen	Niedersachsen

Gruppe 5: Musikzüge in Blechbesetzung

1. Rang (Goldmedaille):

Großen-Linden	Hessen
---------------	--------

Gruppe 6: Gemischte Züge mit Ventilinstrumenten

1. Rang (Goldmedaille):

Stuttgart-Wangen	Baden-Württemberg
Offenburg	Baden-Württemberg

gen die Festveranstaltungen zum Feuerwehrtag zu Ende. Zwölf Gruppen, davon erstmals eine aus der DDR, nahmen daran teil.

Ergebnisliste historischer Wettbewerb

Platz	Gruppe	Punkte
1	FF Bermatingen	107,1
2	FF Rottenburg-Bad Niedernau	102,4
3	Burladingen-Stetten	99,0
4	Bad Friedrichshall	95,2
5	Herdwangen	94,3
6	Bad Waldsee-Reute	91,5
7	Hüttlingen	91,2
8	Grüningen	88,6
9	Neukirch/Lausitz (DDR)	82,5
10	Frankfurt-Bergen	81,8
11	Setzelbach	80,5
12	BF Köln	64,0

Unvergeßliche Erlebnisse

Der 26. Deutsche Feuerwehrtag ist vorbei. Doch jetzt schon steht fest, daß er in der Geschichte der Feuerwehr seinen festen Platz gefunden hat. Zu groß waren die Eindrücke, als daß das Geschehen in Vergessenheit geraten könnte. Ob Fachausstellung, Festakt, Tagungen, Kundgebung oder Festzug – sie bleiben für alle, die dabei waren, unvergeßliche Erlebnisse.

Fazit: Die technische Information, das Aufzeigen neuer Wege, die menschlichen Begegnungen, die perfekte Organisation und nicht zuletzt die freundliche, ja herzliche Atmosphäre haben den 26. Deutschen Feuerwehrtag entscheidend geprägt. Kommen die Großveranstaltungen der Feuerwehr, vor allem der 27. Feuerwehrtag im Jahre 2000, werden sich an einem neuen Richtwert orientieren müssen, der da heißt: Friedrichshafen.

- cl -



Einen lustigen und farbenfrohen Schlußpunkt unter die Veranstaltungen setzt der Wettbewerb historischer Spritzen.

**Die Aufgaben einer oberen Katastrophenschutzbehörde
am Beispiel des Regierungspräsidenten Darmstadt**

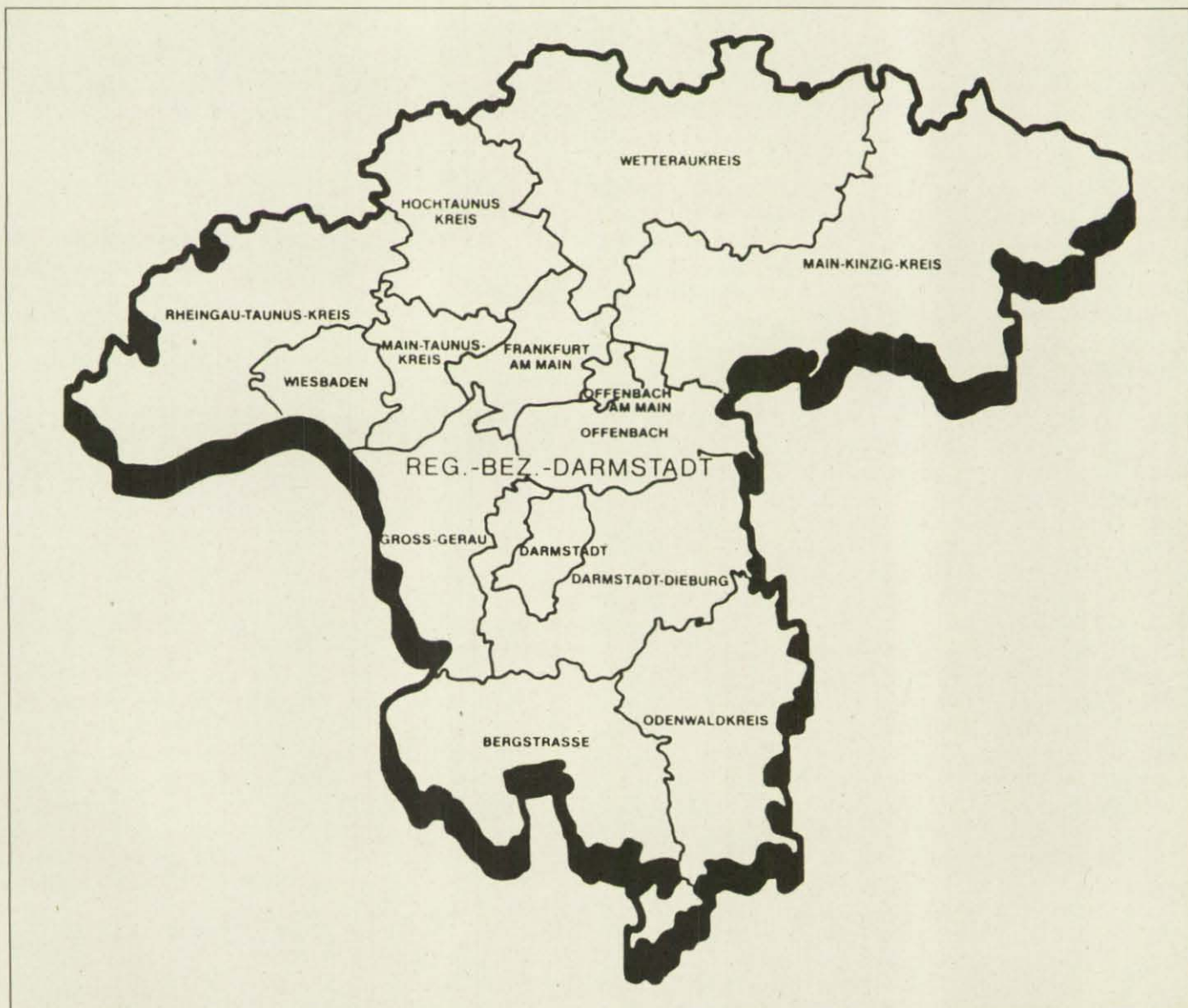
Den Katastrophenschutz in Bewegung halten

**Breites Aufgabenspektrum für das Dezernat „Zivil- und
Katastrophenschutz“ – Pilotprojekte zeigen neue Wege auf**

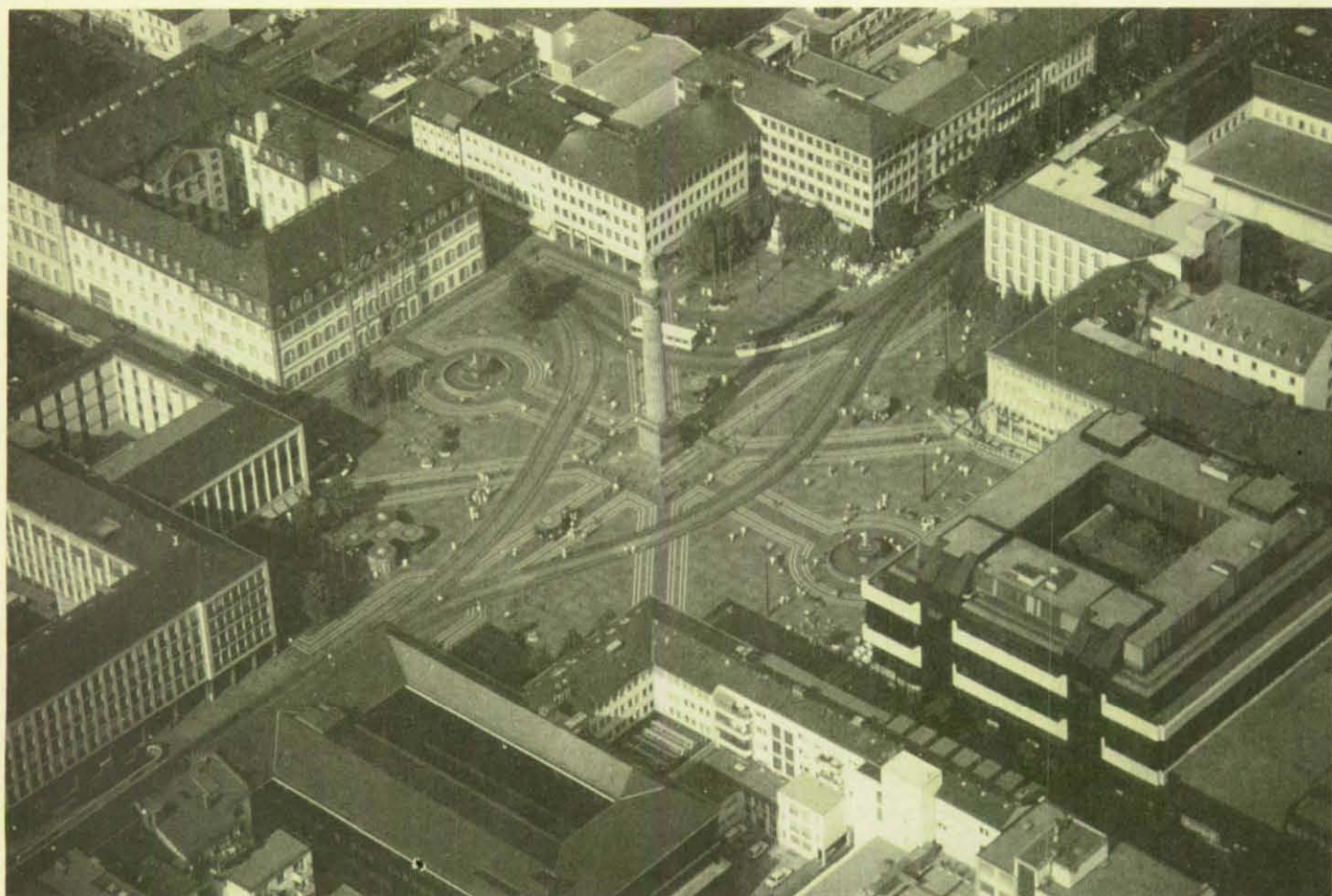
In den vergangenen Jahren berichtete das Magazin „Bevölkerungsschutz“ in loser Folge über die Organisation, den Aufbau und die Entwicklung des Katastrophenschutzes im Aufgabenbereich eines Regierungspräsidenten

als obere sowie der Kreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörde. Die Beiträge zeigten auf, welche Rolle diesen Behörden bei der Abwehr von Katastrophen zukommt. Unser heutiger Artikel

will als weiteres Beispiel einen Einblick geben in die Organisation, die Aufgaben und den Stand der Gefahrenabwehr des Regierungspräsidenten Darmstadt.



Der Regierungsbezirk Darmstadt, einer von drei in Hessen.



Der Luisenplatz in Darmstadt, das Zentrum der Stadt: Links oben das Hauptgebäude des Regierungspräsidenten. (Luftbild-Freigabenummer 1223/88 RP Darmstadt)

Die Region in Zahlen

Der Regierungsbezirk Darmstadt, einer von drei in Hessen, gliedert sich in die vier kreisfreien Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach am Main sowie zehn Landkreise mit einer Gesamtfläche von rund 7450 Quadratkilometern. In den 187 Städten und Gemeinden leben etwa 3 456 000 Einwohner. Mit 457 Einwohnern je Quadratkilometer ist der Regierungsbezirk Darmstadt die dichtbesiedelteste Region in Hessen. Mit Abstand folgen die beiden weiteren Regierungsbezirke Gießen mit 179 und Kassel mit 142 Einwohnern je Quadratkilometer.

Der Regierungsbezirk Darmstadt ist durch seine verkehrsgeografische zentrale Lage innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet. Hier liegen die Kreuzungspunkte der großräumigen Achsen des deutschen und europäischen Schienen- und Autobahnnetzes sowie das Wasserstraßendreieck Rhein und Main. Internationale Bedeutung hat der Flughafen Frankfurt am Main, er ist der drittgrößte Flughafen Westeuropas.

Der Regierungsbezirk umfaßt den hessischen Teil des Verdichtungsraumes Rhein-Main mit seinem Zentrum Frankfurt am Main. Im Süden hat er Anteil am Verdichtungsraum Rhein-Neckar. In der Region finden sich bedeutende Großbetriebe vor allem in den

Wirtschaftszweigen Chemie, Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik und Maschinenbau, eine breite Wirtschaftsstruktur mit vielen Vorteilen, aber auch in Teilbereichen mit potentiellen Gefahren für die Umwelt.

Breite Aufgabenstellung

Regierungspräsident in Darmstadt ist Walter Link. Seine Behörde ist gegliedert in acht Abteilungen und 102 Dezernaten mit insgesamt rund 1700 Beschäftigten. Innerhalb der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, geführt von Abteilungsdirektor Heinz-Günter Piechaczek, fallen dem Dezernat III/17a „Zivil- und Katastrophenschutz“ die Aufgaben einer „oberen Katastrophenschutzbehörde“ zu. Leiter des Dezernates ist Regierungsdirektor Ulrich Lüdke.

Die Aufgabenstellung der oberen Katastrophenschutzbehörde beim Regierungspräsidenten Darmstadt stützt sich u. a. ab auf das Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, das weitgehend von den Ländern in Bundesauftragsverwaltung vollzogen wird, wobei der Bund die Maßnahmen finanziert und steuert, und das Hessische Katastrophenschutzgesetz (HKatSG) vom 12. Juli 1978. Das HKatSG definiert insbesondere die Aufgaben und Organisation des Katastrophenschutzes sowie die vorbereitenden Maßnahmen und die Maßnahmen bei Katastrophen. Paragraph 2 gibt die Auf-

gabenträger und Katastrophenschutzbehörden an:

„Der Katastrophenschutz ist Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Katastrophenschutzbehörden sind:

1. der Landrat als Behörde der Landesverwaltung in den Landkreisen und der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten (untere Katastrophenschutzbehörde),
2. der Regierungspräsident (obere Katastrophenschutzbehörde),
3. der Minister des Innern (oberste Katastrophenschutzbehörde).“

Im Gesetzestext ist mehrfach Bezug genommen auf die Aufgaben des Regierungspräsidenten. So heißt es zum Weisungsrecht im Absatz 5:

„Der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten und der Bürgermeister in den kreisangehörigen Gemeinden nach Abs. 4 nehmen den Katastrophenschutz als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr. Die übergeordneten Katastrophenschutzbehörden dürfen allgemeine Weisungen erteilen. Im Einzelfall dürfen Weisungen nur erteilt werden, wenn das Recht verletzt wurde, allgemeine Weisungen nicht befolgt wurden oder es zur wirksamen Katastrophenabwehr erforderlich ist.“

Paragraph 13 HKatSG „Leitung der Abwehrmaßnahmen“ sagt u. a. aus:

„... Die obere Katastrophenschutzbehörde kann die Zuständigkeit einer anderen unteren Katastrophenschutzbehörde über-

tragen; dies gilt insbesondere, wenn die Abwehrmaßnahmen wirksamer von deren Gebiet aus durchzuführen sind. Die obere und die oberste Katastrophenschutzbehörde können die Zuständigkeit an sich ziehen; dies gilt insbesondere, wenn sich der Katastrophenfall auf das Gebiet mehrerer unterer Katastrophenschutzbehörden erstreckt.“

Auf die Nachbarschaftshilfe geht der Paragraph 14 ein:

„Die obere Katastrophenschutzbehörde kann den Einsatz von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes außerhalb des Gebietes einer unteren Katastrophenschutzbehörde anordnen. Sie bestimmt dabei zugleich, wem die Einheiten und Einrichtungen unterstellt werden ...“

Die Gesamtaufgaben des Dezernates „Zivil- und Katastrophenschutz“, das die Funktion der „oberen Katastrophenschutzbehörde“ wahrnimmt, sind in sieben Sachgebiete gegliedert.

Sachgebiet 1: „Wirtschaftliche Angelegenheiten (Bund), Abwicklung von Bauunterhaltungsmaßnahmen i. V. m. d. Staatsbauämtern, Informationstagungen, Stab RP“

Sachgebiet 2: „Friedensmäßiger Katastrophenschutz, Organisation und Ausbildung des erweiterten Katastrophenschutzes“

Sachgebiet 3: „Katastrophenschutzübungen, Sonderaufgaben“

Sachgebiet 4: „Hilfskrankenhäuser, Sanitätsmittellager, Blutspendedienst, Schutz-

raumbau, Fernmeldeangelegenheiten (Land)“

Sachgebiet 5: „Nuklearer Katastrophenschutz“

Sachgebiet 6: „Warndienst, Katastrophenschutzpläne“

Sachgebiet 7: „Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes, Angelegenheiten der KatS-Zentralwerkstätten, Fernmeldeangelegenheiten (Bund), Behördenselbstschutz“

Das Dezernat ist z. Zt. besetzt mit elf Beschäftigten.

Einheiten und Einrichtungen der erweiterten KatS

Nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) sind vom Bund im Regierungsbezirk Darmstadt folgende Verstärkungs- und Ergänzungseinheiten und Einrichtungen aufgestellt:

Brandschutzdienst

61 Löschzüge „Löschen und Retten“, 1525 Helfer

24 Löschzüge „Löschen und Wasserversorgung“, 600 Helfer

Bergungsdienst

33 Bergungszüge (38), 1254 Helfer

4 Bergungszüge (50), 200 Helfer

Instandsetzungsdienst

9 Instandsetzungszüge, 315 Helfer

Sanitätsdienst

21 Sanitätszüge, 1050 Helfer

8 Sanitätszüge T, 224 Helfer

9 Sanitätszüge A, 252 Helfer

ABC-Dienst

12 ABC-Züge, 504 Helfer

Betreuungsdienst

3 Betreuungszüge, 84 Helfer

4 Betreuungs-Leitzüge, 128 Helfer

1 Betreuungsstelle, 18 Helfer

Veterinärdienst

1 Veterinärzug, 16 Helfer

Fernmeldedienst

7 Fernmeldezüge, 175 Helfer

10 Fernmeldezentralen HVB (12), 120 Helfer

4 Fernmeldezentralen HVB (19), 76 Helfer

5 Fernmeldezentralen-Abschnitt, 60 Helfer

Versorgungsdienst

39 Verpflegungstrupps, 195 Helfer

38 Materialerhaltungstrupps, 114 Helfer

19 Verbrauchsgütertrupps, 76 Helfer

Einheiten und Einrichtungen der Führung

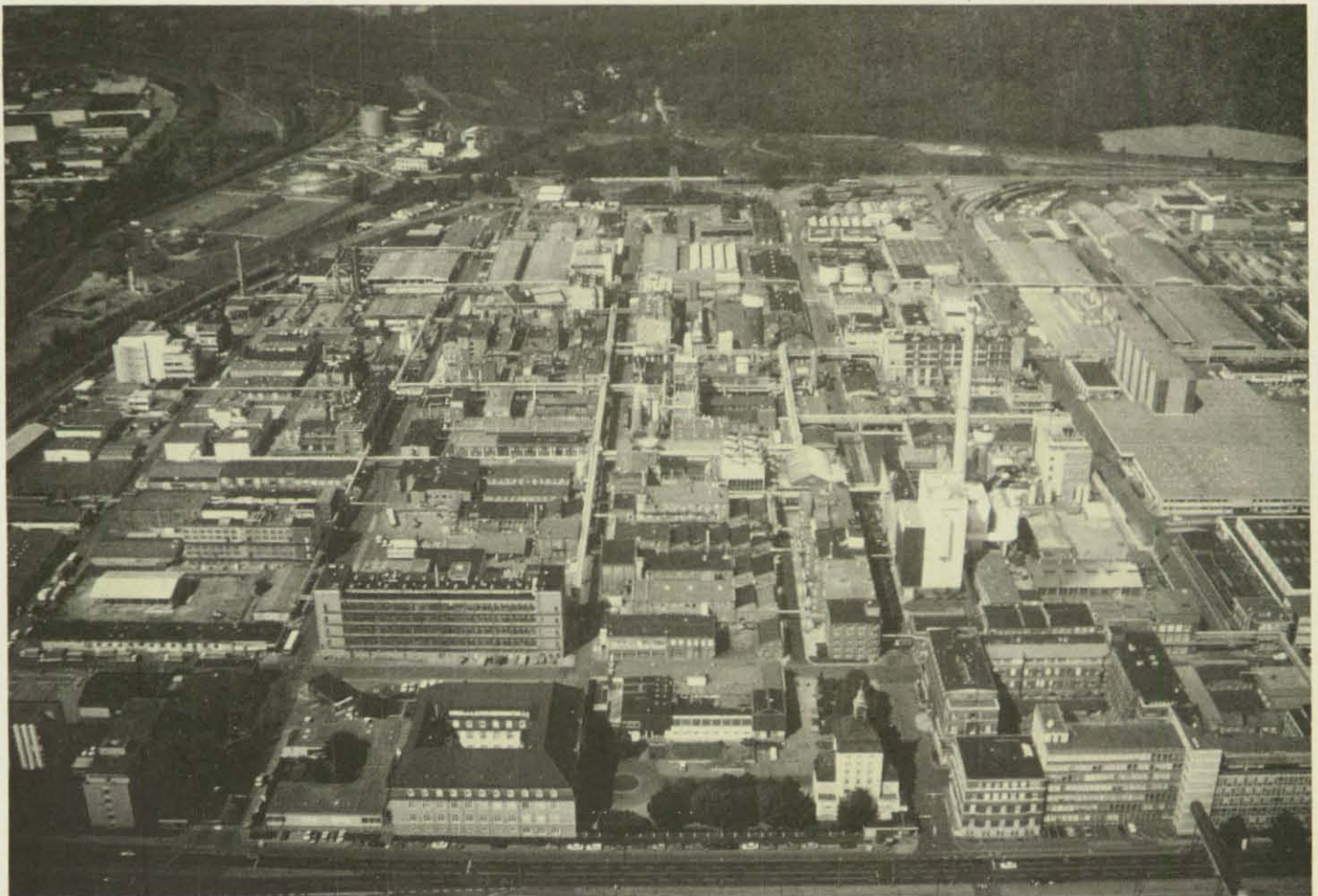
14 Technische Einsatzleitungen (TEL), 140 Helfer

14 AMAST'en, 112 Helfer

20 BAMST'en, 80 Helfer

Die Gesamtzahl der Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes beträgt 360 mit 7318 Führungskräften und Helfern sowie 654 Einsatzfahrzeugen.

Zum friedensmäßigen Katastrophenschutz zählen rund 57600 Helferinnen und Helfern.



In der Region finden sich bedeutende Großbetriebe, wie hier die Chemiefabrik Merck.

(Luftbild-Freigabenummer 25/87, RP Darmstadt)

Im Katastrophenschutz des Regierungsbezirks Darmstadt wirken mit: Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehr sowie die Regieeinheiten der Katastrophenschutzbehörden. Hinzu kommt die „Rettungswache Bergen-Enkheim“, eine Besonderheit in Hessen.

Einsatzbereiter Katastrophenschutzstab RP

Um eine wirksame Gefahrenabwehr zu gewährleisten, haben nach dem HKatSG die Katastrophenschutzbehörden u. a. insbesondere Katastrophenschutzstäbe zu bilden. Der KatS-Stab des Regierungspräsidenten ist nach dem bundeseinheitlichen Modell einer Katastrophenschutzleitung gegliedert und im Hauptgebäude des Regierungspräsidiums untergebracht. Zur Verfügung stehen ein voll eingerichteter Stabsraum sowie eine Fernmeldezentrale.

Jährlich treffen sich die Stabsmitglieder drei- bis viermal zu einer Besprechung oder zu kleineren Übungen. Alle zwei bis drei Jahre gibt eine große Übung an der Katastrophenschutzschule Hessen einen Einblick in die Einsatzbereitschaft und den Ausbildungsstand der rund 45 Mitglieder des Stabes RP. Die Veranstaltung dauert drei Tage, wobei am ersten Tag die Stabsmitglieder eingewiesen werden und an den verbleibenden zwei Tagen intensiv geübt wird.

„Alle Übungen sind auch darauf abgestimmt, die vorhandenen Katastrophenschutzpläne zu verbessern. Die Pläne werden zwar fortgeschrieben, aber zusätzlich muß stets versucht werden, sie zu vereinfachen. Hierzu geben die Übungen beste Gelegenheit“, sagte Regierungsdirektor Ulrich Lüdke, bei dem das Magazin „Bevölkerungsschutz“ zu Gast ist.

Die bei den Übungen gemachten Erfahrungen werden an die KatS-Stäbe der Hauptverwaltungsbeamten (HVB) weitergegeben, um auch dort die Gefahrenabwehr zu optimieren.

Dem Dezernat „Zivil- und Katastrophenschutz“ liegen alle Katastrophenschutz- und Sonderschutzpläne der vier kreisfreien Städte und zehn Landkreise vor. Zur Aufsichtsfunktion des Regierungspräsidenten gehört es, die Pläne auf Aufbau und Inhalt zu prüfen. Ergeben sich Änderungen, wird dies mit dem HVB besprochen. Oberstes Ziel ist es, einen wirkungsvollen Katastrophenschutz in den Kommunen zu schaffen.

Auf dem neuesten Stand wird auch die interne Alarmierungsübersicht des Regierungspräsidenten gehalten. In ihr sind alle Dienststellen und Dezernate aufgeführt, die bei einem bestimmten Schadensereignis zu benachrichtigen sind. Halbjährlich wird



Schon fast Geschichte: Der Katastrophenschutzstab des Regierungspräsidenten Darmstadt anlässlich der Übung „Donnerschlag“ im Jahre 1979.

nachgefragt, ob sich Veränderungen bei den Ansprechpartnern ergeben haben.

Offenes Ohr für Sorgen und Nöte

„Kärnerarbeit, die aber sehr viel bringt“, nennt Ulrich Lüdke seine unangemeldeten Besuche bei Ausbildungsveranstaltungen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen. Lüdke sucht hier das Gespräch mit den Führungskräften und Helfern vor Ort, nimmt sich deren Sorgen und Nöte an und kommt damit seiner Aufsichtspflicht mehr im partnerschaftlichen Sinne nach.

Ein jährliches Treffen mit den Führungsspitzen der Hilfsorganisationen an der Katastrophenschutzschule Hessen dient dem gleichen Zweck. Hier werden die im Laufe eines Jahres aufgelaufenen Probleme vorgebracht und diskutiert, wird in gemeinsamer Runde versucht, das Zusammenwirken zu optimieren.

Zu einem offenen Wort kommt es auch bei den halbjährlichen zweitägigen Treffen der Leiter und Sachbearbeiter der für den Katastrophenschutz zuständigen Ämter der kreisfreien Städte und Landkreise des Regierungsbezirks an der KatS-Schule in Johannisberg. Ist der erste Tag meist ausgefüllt mit Fachreferaten zur Weiterbildung, widmen sich Lüdke und seine Mitarbeiter am zweiten Tag ganz den Problemen der für den Katastrophenschutz in den Kommunen verantwortlichen Kräfte. Alle Themen werden angesprochen, und oft kommt es zu regen Diskussionen.

Übungen zeigten Mängel auf

Einen hohen Stellenwert haben Katastrophenschutzübungen oberhalb der Standortebene. In den vergangenen Jahren übte der Regierungspräsident zum Teil mehrmals jährlich mit wechselnden Katastrophenschutzleitungen aus den kreisfreien Städten

und Landkreisen die Stabsarbeit. Hinzu kommen Fachdienstübungen des Fernmelde- und ABC-Dienstes sowie der AMAS'ten und BAMST'en und drei überörtliche Vollübungen (1977/81/84), an denen weitere Katastrophenschutzeinheiten beteiligt waren.

Die Übungen zeigten zum Teil erhebliche Mängel in der Stabsarbeit auf. „Es gibt Landkreise, da klappt es sehr gut. Es gibt aber auch Kreise, da habe ich erhebliche Bedenken“, sagt Ulrich Lüdke ganz offen. Die kritisierten Katastrophenschutzleitungen erhalten Unterstützung durch einen in der Stabsarbeit versierten Fachmann, der in Zusammenarbeit mit den Stabsmitgliedern die Mängel aufarbeitet.

Als eine Schwachstelle erwies sich bei den Übungen auch der Leitungs- und Schiedsrichterdienst. Den meisten Hauptverwaltungsbeamten fiel es schwer, für eine Katastrophenschutzübung eine gute Übungsleitung und qualifizierte Schiedsrichter aufzustellen, weil hierzu einfach die Fachkräfte fehlen. Manche Übungen erfuhren auf Grund der unsicheren Schiedsrichter eine falsche Beurteilung und damit nicht die richtige Auswertung.

Anfang 1985 begann der Regierungspräsident mit dem Aufbau eines zentralen Leitungs- und Schiedsrichterdienstes. Ulrich Lüdke, Motor dieses Vorhabens, wandte sich an die Hauptverwaltungsbeamten und die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen mit der Bitte, qualifizierte und erfahrene Führungskräfte hierfür zu benennen. Bereits im November 1985 wurde an der Katastrophenschutzschule Hessen ein erster Lehrgang „Übungsleiter und Schiedsrichter“ durchgeführt, um die neugewonnenen Fachkräfte auf ihre Aufgaben vorzubereiten und einen gleichen Ausbildungsstand zu erreichen. Weitere Lehrgänge folgten.

Inzwischen hat sich ein Stamm von rund 60 Mitarbeitern aus allen Bereichen gebildet. Benötigt ein HVB für eine Übung einen Leitungs- und Schiedsrichterdienst, kann er ihn beim Regierungspräsidenten anfordern. Hier wird ein dem Übungsinhalt entsprechendes Team zusammengestellt, das die vom Regie-

rungspräsidenten ausgearbeiteten Standardübungsunterlagen verschiedener Schwierigkeitsgrade einbringt. „Dies hat sich bestens bewährt“, sagt Ulrich Lüdke. „Wir erhalten jetzt ein genaues Bild von der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der übenden Stäbe und Einheiten.“

Neue Aufgaben für den Fachberater ABC

Die Initiative ergriff Ulrich Lüdke auch nach einer Fachdienstübung sämtlicher AMAST'en, BAMSt'en, Fachberater ABC, Fernmeldezentralen-HVB sowie der Leiter der Sachgebiete „Lage“ und „Einsatz“ der Stäbe HVB (S2, S3) unter dem Titel „DARPEX '87“ am 15. August 1987 an der KatS-Schule Hessen. Die Übung führte in den einzelnen Bereichen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Zum Teil traten gravierende Ausbildungsmängel zutage, die letztlich eine lagegerechte Umsetzung in notwendige Stabsentscheidungen verhinderten. Insbesondere war die erfolgreiche Schadensbewältigung von ABC-Lagen nur bedingt möglich.

Gemeinsam mit den Fachberatern ABC des Regierungsbezirks suchte Lüdke nach Möglichkeiten, den Stand der Ausbildung im ABC-Bereich zu verbessern. Folgende Gründe der unzulänglichen Situation wurden herausgearbeitet:

1. Wenn auch gemäß Nr. 26 KatS-Org-Vwv die Feuerwehren mit den Aufgaben des ABC-Dienstes (ABC-Züge) betraut sind, so ist dieses Aufgabengebiet doch keine originäre Aufgabe des Brandschutzdienstes.

Die AMAST'en und BAMSt'en – Einrichtungen der Führung zur Bewältigung von ABC-Lagen – werden zudem von verschiedenen Organisationen und Regieeinheiten gebildet.

Die in ihrer Organisation eingegliederten ABC-Trupps aller Fachdienste erhalten hier nicht die notwendige fachliche Betreuung.

2. Obwohl den Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 7 KatSG i. V. mit Ziffer 31 KatS-Org-Vwv und Ziffer 9 KatS-Ausbildung-Vwv die Überwachung der Ausstattung und Ausbildung obliegt, können sie dem nicht oder nur in unzulänglicher Weise nachkommen, da in der Regel die Personaldecke im Sachbearbeiterbereich zu dünn und die Materie auch zu fachspezifisch ist (HVB-Sachbearbeiter sind durchweg reine Verwaltungsbeamte). In den übrigen Fachdiensten (Brandschutz-, Bergungs-, Sanitätsdienst u. a.) kommt aufgrund der dortigen organisationsinternen Ausbildung der zuvor erwähnte fachspezifische Aspekt nicht in dieser ausgeprägten Form zum Tragen.

Vorgeschlagen wurde, den Fachberatern ABC beim Stab HVB die einzelnen Aufgaben zu übertragen. Ein „Pilotprojekt Fachberater ABC“ sollte Aufschluß darüber geben, ob durch diesen Versuch eine Verbesserung im ABC-Bereich erzielt werden kann.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde das Projekt unter Beteiligung des Bundesamtes für Zivilschutz, des hessischen Innenministeriums, des Regierungspräsidenten Darmstadt und der Katastrophenschutzschule Hessen mit folgendem Inhalt auf den Weg gebracht:

Ziel des Pilotprojekts Hessen ist es, die Fachberatung ABC als Koordinator der gesamten ABC-Ausbildung auf der Ebene der örtlichen KatS-Behörden einzusetzen. Die Schwerpunkte liegen beim Zusammenwirken von ABC-Zug, AMAST, BAMSt, Stab sowie der organisationsübergreifenden Ausbildung der ABC-Helfer aller Fachdienste.

Die Zielgruppe der Maßnahme sind alle Zug- und Gruppenführer des ABC-Zuges, die Leiter und stv. Leiter der AMAST'en und

BAMSt'en und die ABC-Helfer aller Fachdienste auf der Ebene der örtlichen KatS-Behörden.

Die Modellphase beschränkt sich auf den Regierungsbezirk Darmstadt mit der Option einer späteren Erweiterung auf die übrigen hessischen Regierungsbezirke. Die Dauer des Projekts ist auf drei Jahre festgelegt.

Eingesetzt werden als Ausbildungskräfte die 14 Fachberater ABC der jeweiligen KatS-Behörden im Regierungsbezirk. Diese bilden eine Arbeitsgemeinschaft, die von Joachim Eckhart, Fachberater ABC der Stadt Wiesbaden, geleitet wird. Vorgesehen sind vier bis sechs Ausbildungsveranstaltungen pro Jahr.

Abgegolten wird die Ausbildungstätigkeit auf Honorarbasis. Der Kostenrahmen je Fachberater liegt bei 1200 DM im Jahr. Angesetzt sind etwa 30 DM pro Doppelstunde.

Aufsichtsführende Behörde ist der RP Darmstadt. Er verwaltet die zugewiesenen Mittel und veranlaßt die Anzahl der Vergütungen.

In Zusammenarbeit mit der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen legt der RP die Jahresschwerpunkte in der Ausbildung fest.

Die an dem Pilotprojekt beteiligten Fachberater ABC werden an der KatS-Schule Hessen jährlich in die Ausbildungsschwerpunkte eingewiesen und gegebenenfalls fachlich zusätzlich geschult. Hierfür wird ein eintägiger Sonderlehrgang als ausreichend erachtet.

Das Pilotprojekt wird durch den RP Darmstadt mit fachlicher Beteiligung durch die KatS-Schule Hessen abgewickelt.

Die Maßnahme begann am 1. Mai 1990. Nach dem ersten Projektjahr wird ein Zwischenbericht vorgelegt.

Übungsreihe „Greifvogel I bis XIV“

Seit April 1989 läuft im Regierungsbezirk ein weiteres Pilotprojekt: Viele Hauptverwaltungsbeamte klagten, sie könnten keine fachdienstübergreifenden Einsatzübungen durchführen, weil ihnen zu wenig geschultes Personal für die umfangreichen Vorbereitungen sowie keine qualifizierten Übungsleiter und Schiedsrichter zur Verfügung stünden. Hinzu käme der Mangel an einem Übungs Gelände.

Ahlfeld sollte das Pilotprojekt „Greifvogel“ schaffen. Der Regierungspräsident Darmstadt ging als erstes auf die Suche nach geeigneten Übungsplätzen. Fündig wurde man im Main-Kinzig-Kreis, im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in der Stadt Wiesbaden. Als nächster Schritt wurden zwei Übungsleiterteams gebildet, die in Abstimmung mit dem RP jeweils eine Standardübung ausarbeiteten. Des weiteren wurde



Der Leitungsdienst bei der KatS-Übung „Greifvogel“ am 24. Juni 1989.



Für seine besonderen Verdienste um den Katastrophenschutz und insbesondere das THW wird Dezernatsleiter Ulrich Lüdke (links) von THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

der notwendige Schiedsrichterdienst organisiert.

Nun wurde den einzelnen Hauptverwaltungsbeamten mitgeteilt, zu welchem Zeitpunkt eine Übung für ihre Katastrophenschutzeinheiten und -einrichtungen angesetzt sei. Als Standardbesetzung sollte jeweils eine Technische Einsatzleitung, ein Löschzug „Löschen und Retten“, ein Löschzug „Löschen und Wasserversorgung“, je ein Bergungs-, Sanitäts-, Fernmelde- und ABC-Zug sowie ein Materialerhaltungs- und Verpflegungstrupp üben. Bei den Kommunen nicht vorhandene Einheiten sollten im Rahmen der überörtlichen Hilfe von anderen HVB angefordert werden.

Am 15. April 1989 startete der HVB Hochtaunuskreis mit der Übung „Greifvogel I“. Inzwischen haben elf weitere kreisfreie Städte und Landkreise die Einsatzübung absolviert. Im September und Oktober dieses Jahres schließen der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis die erfolgreiche Übungsreihe ab.

Mit den Menschen reden

„Einer meiner Schwerpunkte ist, Menschen zusammenzubringen, mit ihnen zu reden. Dies ist unabdingbar für unsere Arbeit“, sagt Dezernatsleiter Ulrich Lüdke, ein Mann für griffigen Katastrophenschutz. Durch sein stets offenes Wort sowie seine engagierte und praxisbezogene Arbeit hat er

viel erreicht für eine einsatzbereite Gefahrenabwehr in der Region.

Gelegenheit zum erwünschten Gespräch gab nun schon ein zweiter Helfertag im Regierungsbezirk Darmstadt. Nach dem großen Erfolg 1987 trafen sich am 25. August alle Helferinnen und Helfer der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten erneut auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule Hessen in Geisen-

heim/Johannisberg. Auf dem Programm standen Ausstellungen sowie Aktionsstände, eine Fahrzeugschau und Live-Musik. Der Besuch von Innenminister Gottfried Milde rundete die Veranstaltung ab, die wiederum eine sehr positive Resonanz bei den Gästen wie auch bei allen Beteiligten hatte.

Die beiden Helfertage an der Katastrophenschutzschule Hessen dokumentieren auch die gute Zusammenarbeit zwischen der Ausbildungsstätte und dem Dezernat „Zivil- und Katastrophenschutz“ beim Regierungspräsidenten Darmstadt. „Erst durch die Unterstützung der Schule und insbesondere durch die engagierte Mitarbeit von Schulleiter Hinse konnten die verschiedenen Projekte und Übungen der vergangenen Jahre durchgeführt werden. Es hat sich ein besonderes Vertrauensverhältnis gebildet, das für unsere Arbeit im Dezernat sehr hilfreich ist“, sagt Ulrich Lüdke.

Katastrophenschutz in Bewegung halten

Der Beitrag versucht einen Einblick zu geben in die Organisation und die breitgefächerten Aufgaben der oberen Katastrophenschutzbehörde beim Regierungspräsidenten Darmstadt. Zu umfangreich ist das gesamte Aufgabenspektrum, um alle Tätigkeiten darzustellen. Dennoch zeigt der Artikel auf, welche Problematik in Teilbereichen besteht und wie man zu Lösungen kommen kann. Den Verantwortlichen kommt es darauf an, den Katastrophenschutz in Bewegung zu halten und aktiv mitzugestalten, um den Bürger vor den vielfältigen Gefahren unserer heutigen Umwelt schützen zu können.

— güse —



Regierungsdirektor Ulrich Lüdke (links) mit seinem Mitarbeiter Amtsrat Volk.

(Fotos: RP Darmstadt, Hartmann, Sers)

Zivildienstreduzierung – der einen Freud, der andern Leid

Hilfsorganisationen befürchten große Probleme im Sozial- und Rettungsdienst

Seit Bekanntwerden der Absicht, analog zum Wehrdienst den Zivildienst von zwanzig auf fünfzehn Monate zu kürzen, herrscht Besorgnis bei den Hilfsorganisationen und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege. Nachdem feststeht, daß bereits zum 30. September 1990 alle Zivildienstleistenden zu entlassen sind, die mindestens fünfzehn Monate Dienst geleistet haben, laufen in Bonn Alarmmeldungen über einen befürchteten Notstand im Sozial- und Rettungsdienst ein. Immer stärker werden bei Organisationen und Verbänden die Bedenken, weil die individuellen Konsequenzen ihrer Ansicht nach nicht berücksichtigt werden. Zwar sehen sie die Verkürzung des Zivildienstes als durchaus gerecht gegenüber den Zivildienstleistenden an, jedoch die Zeit für eine Umstellung ist ihnen zu knapp. Sie fordern vom Bund unter anderem finanzielle Unterstützung, um den Ausfall der Zivildienstleistenden durch hauptamtliches Personal überbrücken zu können.

So wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der Zivildienstleistenden bei den Hilfsorganisationen durch die vorzeitige Entlassung von bislang 89000 erst einmal auf 72000 herabsinkt. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine nennenswerte Zahl von Zivildienstleistenden die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Dienstes bis zum ursprünglich festgelegten Entlassungstermin wahrnimmt, wird als außerordentlich gering eingeschätzt. Verschärfend kommt hinzu, daß sich durch die geburtenschwachen Jahrgänge die Zahl der Zivildienstleistenden zusätzlich verringern wird.

Der Anteil der Zivildienstleistenden in den Sozialen Diensten sowie im Rettungswesen ist mit den Jahren ständig gestiegen. Waren es im Jahre 1961 noch 400, so stieg ihre Zahl 1971 auf rund 6200, im Jahr 1980 auf rund 31900 und auf insgesamt 95149 bis zum März dieses Jahres an. Damit hat sich der Zivildienst als unentbehrlich für die Sozialen Dienste und das Rettungswesen entwickelt. Nach Arbeitsfeldern überwiegt hierbei der unmittelbare Dienst am Menschen, in dem über 70 Prozent der Zivildienstleistenden tätig sind. Dazu gehören die Pflege- und Betreuungsdienste, die individuelle

Schwerstbehindertenbetreuung sowie der Einsatz im Rettungsdienst.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verweist in einer internen Stellungnahme darauf, daß es die Bundesregierung war, die 1958, also vor mehr als dreißig Jahren, mit der Bitte an die Organisationen herantrat, Einsatzmöglichkeiten für den „Zivilen Einsatzdienst“ anzubieten. „Voraussetzung für dieses Mitwirken im Zivildienst war damals wie heute, daß der Grundsatz der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf beiden Seiten beachtet wird“, heißt es in dem BAGFW-Papier.

Zivildienst als sozialer Faktor

Mit der jüngsten Entscheidung über die kurzfristige Stichtagregelung fühlen sich die Organisationen und Verbände mit den nun anstehenden Problemen allein gelassen und vermissen die „funktionierende partnerschaftliche Zusammenarbeit“. „Über dreißig Jahre Zivildienst haben das Bewußtsein in der Gesellschaft gefördert, daß die Zivildienstleistenden einen wesentlichen Faktor im sozialen Bereich darstellen und für die Betreuten wichtige, weitgehend unentbehrliche Arbeiten leisten“, so die BAGFW.

Der Einsatz von Zivildienstleistenden hat nach Ansicht der Organisationen und Verbände dringenden Bedarf sichtbar gemacht und Dienstleistungs-Angebote geschaffen, auf die auch künftig nicht verzichtet werden kann. Die Dienstleistenden sind zu einer nicht wegzudenkenden Ergänzung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter geworden. Aus diesem Grund ist es nach Ansicht der BAGFW an der Zeit, politische Entscheidungen zu treffen, wie die Dienste mit deutlich weniger Zivildienstleistenden erhalten und sichergestellt werden können. „Um die notwendige Kontinuität zu sichern, ist ein Wegfall von Zivildienstleistenden nur durch eine höhere Zahl hauptamtlicher Kräfte auszugleichen“, betont die BAGFW in ihrer internen Stellungnahme.

Auch die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) fordert vor diesem Hintergrund eine Aktivierung von bereits ausgebildeten Krankenschwestern und sonstigem Pflegepersonal sowie eine Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe durch höhere Gehälter und eine bessere Ausbildung während des Zivildienstes, um so eventuell das Interesse junger Männer für derartige Berufe zu wecken.

Jedoch ist es den Trägern der Sozialen Dienste und des Rettungswesens nach eigenen Angaben nicht möglich, die durch derar-



Zivildienstleistende decken im DRK-Rettungsdienst rund 25 Prozent der benötigten „Mann-Stunden“ ab. *



Es scheint den Organisationen fraglich, ob sich auf dem Arbeitsmarkt geeignetes Personal finden läßt.

tige Maßnahmen entstehenden zusätzlichen finanziellen Belastungen aus Eigenmitteln zu tragen. Die Rechnung über die Kosten der Zivildienstreduzierung macht der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) für die eigene Organisation auf.

So leistet ein Zivildienstleistender im ASB jährlich 1400 Stunden Sozialdienst, Urlaubs- und Lehrgangszeiten abgezogen. Nach der neuen Dienstzeit bedeutet dies für die nun wegfallenden fünf Monate einen Ausfall von etwa 583 Stunden pro Zivildienstleistenden. Berechnet man die Stunde nach dem Pflge-tarif mit 25 Mark, so ist ein Ausgleich von 14575 Mark je Zivildienstleistendem zu schaffen. Beim ASB ist es so, daß von insgesamt 5700 Zivildienstplätzen zur Zeit nur 3975 besetzt sind. Alleine für den ASB bedeutet die Reduzierung einen Ausfall von 2318000 Stunden pro Jahr oder jährlich etwa 58 Millionen Mark. Auf die insgesamt 89000 Zivildienststellen in der Bundesrepublik bezogen heißt das, es wären bei dieser Rechnung jährlich rund 1,3 Milliarden Mark auszugleichen.

„Dabei ist nicht berücksichtigt, daß sich aufgrund der politischen Situation die Anzahl der Dienstpflichtigen, auch der Zivildienstleistenden, sehr stark reduzieren wird“, heißt es in einer ASB-Erklärung. Man rechnet beim ASB derzeit mit rund 20 Prozent, und es wird bei den Verantwortlichen sogar vermutet, daß sich die Anzahl der Zivildienstleistenden mit der Zeit halbieren wird, nicht zuletzt aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge. „Wird die Entwicklung so sein, werden weitere 1,6 Milliarden Mark als Mehrbela-

stung hinzukommen“, zeichnet der ASB ein besorgniserregendes Bild für die Zukunft.

Insgesamt sind bei dieser Kalkulation etwa drei Milliarden Mark, davon allein über eine Milliarde Mark vom ASB, für hauptamtliches Personal aufzuwenden, um die unverzichtbaren Hilfeleistungen der Zivildienstleistenden zu ersetzen. Dabei scheint es den Organisationen durchweg fraglich, ob sich auf dem Arbeitsmarkt geeignetes Personal finden läßt. Einigkeit besteht bei den Organisationen und Verbänden auch darüber, daß sich die Tätigkeit der Zivildienstleistenden nur vereinzelt oder in sehr beschränktem Umfang durch verstärktes ehrenamtliches Engagement ersetzen läßt.

Speziell im Rettungsdienst scheint ihnen dies fast unmöglich. Dieser ist daher in besonderer Weise betroffen. Nicht nur, daß in diesem Bereich ehrenamtliche Mitarbeiter aufgrund mangelnder Qualifikation kaum eingesetzt werden können, auch eine verkürzte Zivildienstzeit birgt in sich große Probleme für die Träger der Rettungsdienste. Schon heute ist es so, daß beispielsweise innerhalb des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) Zivildienstleistende annähernd vier Monate für den Einsatz im Rettungsdienst verbandseigen ausgebildet werden. Nimmt man die Dauer von Pflichtlehrgängen hinzu sowie die Urlaubsansprüche der Zivildienstleistenden, so ergibt sich, daß die Dienstleistenden in dem Bereich Rettungsdienst allenfalls noch für acht Monate zur Verfügung stehen. „Hier wird zu überprüfen sein, ob, bedingt durch die entstehende Fluktuation, ein Einsatz in diesem Bereich in der bisherigen Größenord-

nung überhaupt vertretbar ist“, heißt es in einem Statement des MHD.

„Sondertagung Zivildienst“ des DRK

Überrascht von der kurzfristigen Stichtagregelung zeigt sich auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Auf einer eigens einberufenen „Sondertagung Zivildienst“ der Landesverbände im DRK-Generalsekretariat in Bonn ging man auf die personellen Auswirkungen der Zivildienstreduzierung ein. Besondere Schwierigkeiten sieht auch das DRK im Bereich des Rettungsdienstes, da der Anteil der Zivildienstleistenden im DRK-Rettungsdienst mit bundesweit 5000 eine zahlenmäßig große Bedeutung hat.

Zur Veranschaulichung: Diese Anzahl an Zivildienstleistenden deckt im DRK durchschnittlich 25 Prozent der im Rettungsdienst benötigten „Mann-Stunden“ ab. Bei den anderen Hilfsorganisationen wie Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst liegt die relative Bedeutung der Zivildienstleistenden im Rettungsdienst noch weit höher.

Jedoch verbirgt die durchschnittliche Angabe eines 25-Prozent-Anteils auch im DRK-Rettungsdienst regional extremere Abhängigkeiten. Beschlüsse von DRK-Präsidium und Präsidialrat, die schon vor Jahren vor einer zu großen Abhängigkeit vom Zivildienst gewarnt haben, entschärfen die aktuelle Lage nicht. „Mit den Jahren haben nicht zuletzt

die Kostenträger, also Bund, Länder und Gemeinden, einen immer höheren Anteil an Zivildienstleistenden erzwingen", lautet ein Fazit der DRK-Sondertagung in Bonn.

Als einen Lösungsansatz bietet das DRK an, es durch zusätzliche Finanzmittel der Kostenträger zu ermöglichen, mit ausscheidenden Zivildienstleistenden Zeitarbeitsverträge auf der Basis des Bundesangestellten-Tarifs abzuschließen, um die nun unmittelbar drohenden Lücken schließen zu können. Vereinzelt, so heißt es in dem Protokoll der Sondertagung, gebe es bereits dahingehende Zusagen zur Defizitfinanzierung – etwa aus dem kommunalen Bereich. Je nach landesrechtlichen Gegebenheiten sei allerdings in der Mehrzahl der Fälle nur kurz- bis mittelfristig mit einem Entgegenkommen der Kostenträger zu rechnen.

Um wenigstens eine Unterstützung für den Übergang zu erreichen, werden beim DRK zur Zeit umfangreiche Dokumentationen zu den Kostenwirkungen des Rückgangs im Zivildienst erstellt, um entsprechende Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufnehmen zu können.

Kontroverse Debatte im Landtag

Eine erste Hoffnung hat sich für die Landesverbände der Organisationen und Verbände in Nordrhein-Westfalen derweil zerschlagen. Auf Vorschlag ihres sozialpolitischen Sprechers Hermann-Josef Arentz hatte die nordrhein-westfälische CDU-Fraktion Mitte August im Düsseldorfer Landtag ein Sofortprogramm der sozialen Dienste im bevölkerungsreichsten Bundesland vorgelegt.

Zur Situation: Von rund 26500 in Nordrhein-Westfalen tätigen Zivildienstleistenden sind etwa 20000 in den Bereichen Pflege und Betreuung, Krankentransport und Rettungswesen, mobile soziale Dienste oder individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten beschäftigt. Rund 4000 von ihnen beenden ihren Dienst nach der Stichtagregelung vorzeitig.

Die CDU forderte vor diesem Hintergrund, den durch die Verkürzung des Zivildienstes von zwanzig auf fünfzehn Monate in personelle Schwierigkeiten gekommenen sozialen Diensten eine sofortige Unterstützung des Landes zu gewähren, damit von den betroffenen Organisationen und Verbänden entsprechende Überbrückungsmaßnahmen eingeleitet werden können. Nach den Vorstellungen der CDU sollen für jeweils fünf Monate lang pro Zivildienstleistenden 1500 Mark an die Träger der Sozial- und Rettungsdienste aus der Landeskasse gezahlt werden. Dadurch soll es ihnen ermöglicht werden, entweder Zivildienstleistende vorübergehend weiterbeschäftigen zu können oder Aushilfskräfte einzustellen.

Arentz qualifizierte die Sozialpolitik der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen als „unseriös“, weil sie sich jahrelang darauf verlassen habe, daß 20000 bis 25000 Zivildienstleistende zur Verfügung stehen. So habe die SPD auch alle Anträge der CDU verworfen, die auf eine personelle Verstärkung der Sozialen Dienste gerichtet waren. Aus diesem Grund seien die Zivildienstleistenden als „billige Notstopfen“ eingesetzt worden. Mit ihrem vernünftigen und finanzierbaren Vorschlag – er mache etwa 60 Millionen Mark aus – gebe die CDU der Landesregierung eine Chance zum Umdenken.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen sieht allerdings die Bundesregierung am Zuge. Der SPD-Landtagsabgeordnete Wolfram Kusche hält der Regierung in Bonn vor, sie habe die Verkürzung des Zivildienstes in keiner Weise mit den Wohlfahrtsverbänden und den Hilfsorganisationen abgestimmt. Nach Auffassung der SPD ist es eindeutig die Aufgabe des Bundes, „durch geeignete Hilfen an die Träger der sozialen Arbeit dazu beizutragen, die Folgen der Verkürzung der Zivildienstzeit abzufangen“. Dazu soll mit den beim Zivildienst eingesparten Mitteln ein Finanzfonds des Bundes gespeist werden.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Heinz Lanfermann äußerte Sympathie für den CDU-Antrag: Er versuche an Ort und Stelle etwas zu tun; das sei ihm lieber als das Hin- und Hergeschiebe der Verantwortung. Lanfermann plädierte dafür, den Antrag der CDU an den zuständigen Ausschuß zu überweisen, um das Thema umfassend aufzuarbeiten. Dort könne man in Ruhe dann über das Gesamtpaket sprechen, „was wir vom Lande aus in diesem Zusammenhang tun können“. Auch ein Hearing könne helfen, in dieser Frage zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen.

Für die Landtagsfraktion der Grünen meinte Daniel Krentz, jetzt gehe der Sprengstoff hoch, der über Jahrzehnte hinweg „in allparteilicher Eintracht“ von Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Versäumnis angehäuft worden sei, menschliche und menschengerechte Pflege bedarfsgerecht auszubauen. Der „Schnellschuß“-Antrag helfe wenig, er leite nämlich keine grundlegende Wende in der Personalpolitik ein, sondern sei nur ein „Notnagel“. Außerdem sei er der erneute Versuch, ungeschützte und nicht existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse „salonfähig“ zu machen. Was man brauche, sei eine bedarfsgerechte Anpassung der Planstellen und eine Attraktivitätssteigerung der Pflgeberufe.

Auch Horst Radke (SPD) warnte im Düsseldorfer Landtag davor, Zivildienstleistende auf Planstellen einzusetzen und als billige Arbeitskräfte zu betrachten: Das vergrößere nur die bestehenden Lücken in der sozialen Versorgung.

Er plädierte dafür, die im Wehretat freiwerdenden Mittel für die Aufrechterhaltung der Sozialen Dienste heranzuziehen.

Der nordrhein-westfälische Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) bezifferte den Mittelbedarf für das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Sofortprogramm auf 90 Millionen Mark, da man von 6000 Zivildienstleistenden ausgehen müsse. Der Bund spare Milliarden ein, für die unerwünschten Folgen solle aber wieder das Land geradestehen; das sei eine ebenso simple wie falsche Rechnung. Es sei schließlich falsch, zu behaupten, das Land habe Geld durch den Einsatz von Zivildienstleistenden gespart: Die Kosten der Sozialen Dienste würden durch die Pflegesätze oder aber die Sozialhilfe aufgebracht.

Hermann-Josef Arentz (CDU) faßte die Beiträge der SPD-Sprecher unter dem Motto zusammen: „Wir wollen nicht helfen.“ Die Bürger hätten aber einen Anspruch darauf, daß geholfen werde, und das Land sei dazu in der Lage. Er hoffe für den CDU-Antrag auf eine „Mehrheit von Gutwilligen“.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) wies diese Vorwürfe zurück: Das Land helfe in vielen Bereichen und setze diese Hilfen fort. Aber nicht mitmachen werde man eine „Entlastung des Bundes auf den Knochen der Länder“.

Der CDU-Antrag wurde abgelehnt, wohingegen sich ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion durchsetzte. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert, die durch die Kürzung von Wehr- und Zivildienst eingesparten Mittel im sozialen Bereich zu verwenden und den Einsatz von Zivildienstleistenden stärker als bisher auf die Hilfe pflegebedürftiger, alter, kranker und behinderter Menschen zu konzentrieren.

Derweil unterstrich jedoch der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, daß der Bund beispielsweise eine freiwillige Dienstverlängerung der Zivildienstleistenden nicht einführen und auch nicht bezahlen könne: „Die Sicherung der Sozialen Dienste liegt in der Zuständigkeit der Länder“, so Hintze.

Mehr Planstellen für hauptamtliche Kräfte

Vor diesem Hintergrund sieht man beim DRK den einzig denkbaren längerfristigen Lösungsansatz in einer Ausweitung der Stellenpläne für hauptamtliche Kräfte. „Allerdings bleibt wiederum die Frage offen, ob und in welchem Umfang der Arbeitsmarkt das dafür erforderliche Personal überhaupt hergibt“, ist sich das DRK mit den anderen Organisationen und Verbänden einig.

Für das DRK steht derweil fest, daß die Ausbildung zur Sicherung des „Ersatzbedarfs“ intensiviert werden muß.



Eine Lösung für den Rettungsdienst sehen die Verantwortlichen nur in einer Professionalisierung. (Fotos: Bundesamt für den Zivildienst)

Dies, da vermutlich der Rückgang der Zivildienstleistenden gerade im Rettungsdienst teilweise durch neue Besetzungsschlüssel in den Bundesländern – als indirekte Folgewirkung des Rettungsassistentengesetzes – sowie durch die ungünstiger werdende Relation von Ausbildungsaufwand und effektiver Einsatzzeit bei kürzerem Zivildienst zusätzlich beschleunigt werde.

Unabhängig von den verschiedenen Einsatzfeldern für Zivildienstleistende wurde auf der DRK-Sondertagung, wie schon in der internen Stellungnahme des BAGFW, generelle Skepsis darüber geäußert, ob die kurzfristig anstehenden Lücken durch eine Verstärkung des Anteils von ehrenamtlicher Arbeit in nennenswertem Umfang geschlossen werden können. Selbst wenn man dazu gezwungen sei, wenigstens vorübergehend das Potential an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zu einem Maximum auszuschöpfen, sei hierin auf längere Sicht kein realistischer Lösungsansatz zu erkennen.

Stichwort: Soziales Jahr

Gleiches kann nach Auffassung des DRK in bezug auf das „Freiwillige Soziale Jahr“ gesagt werden – selbst dann, wenn die Konditionen verbessert würden. Nicht zuletzt wegen der in diesem Bereich stetig fallenden Zahl an Interessenten.

Der Gedanke an ein „Soziales Pflichtjahr“ wird vom Deutschen Roten Kreuz ebenfalls verworfen. „Unabhängig davon, daß dieses

Ziel politisch wohl nicht durchsetzbar ist, paßt der Zwangscharakter nicht zu den Erfordernissen sozialer Arbeit und steht auch generell im Widerspruch zu dem Rotkreuzprinzip der Freiwilligkeit, so daß ein solcher Pflichtdienst zumindest nicht seitens einer Rotkreuzgesellschaft gefordert werden kann“, lautet einstimmig das Ergebnis der DRK-Sondertagung.

Für die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) hingegen ist in einer generellen Neuregelung des Freiwilligen Sozialen Jahres eine langfristige Maßnahme zur Verbesserung der Situation zu sehen. JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin: „Seit Jahren wünschen wir uns nicht nur im Hinblick auf solche denkbaren Entwicklungen ein attraktives Freiwilliges Soziales Jahr für Frauen und Männer. Hier sind nach unserer Auffassung gute Möglichkeiten unerschlossen. Wege zur Motivierung, Ausbildung, persönlichen Entwicklung und beruflichen Chancenverbesserung von jungen Menschen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres erscheinen uns gegeben und auch finanzierbar zu sein. Der Personalnotstand, dem zunächst natürlich durch gute Arbeitsbedingungen für das hauptamtliche Personal begegnet werden muß, könnte durch solche Maßnahmen gemildert werden.“

Von Schwerin fordert die Bundesregierung auf, mit den Trägern des Freiwilligen Sozialen Jahres über eine Verbesserung des Gesetzes zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres aus dem Jahre 1964 nachzudenken. „Wenn diese freiwillige Dienstzeit sich heute schon der Dauer der Wehrpflicht

annähert, ist es unverständlich, warum die Helfer im Freiwilligen Sozialen Jahr sowie die Träger desselben nicht so gestellt werden, wie es für den Bereich des Zivildienstes gilt“, stellte der JUH-Präsident fest.

Somit bleibt auf lange Sicht für die Hilfsorganisationen und Verbände nur die Forderung an die Politiker, grundlegende Konsequenzen zu ziehen, damit die bestehende Personalknappheit und die Verschärfung der Situation infolge der Reduktion des „Zivildienst-Potentials“ schon mittelfristig spürbar abgebaut wird. „Schließlich hat der Bund ganz wesentlich die Entwicklung der Sozialen Dienste beziehungsweise des Rettungsdienstes initiiert und gefördert, so daß er nun nicht einfach seine Mitverantwortung für den Bestand dieser Dienste von sich weisen kann“, heißt es in dem DRK-Tagungsprotokoll.

Daneben ist es für das Deutsche Rote Kreuz nur schwer nachvollziehbar, daß nach jüngsten Informationen freiwillig längerdienende Wehrdienstleistende erhebliche finanzielle Zuwendungen erhalten sollen, während eine gleich intensive Förderung der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes kategorisch abgelehnt werden wird. Hinzu kommt, daß nach Meinung der Hilfsorganisationen und Verbände nicht übersehen werden darf, daß der Gesetzgeber durch den Einsatz von Zivildienstleistenden nicht unerhebliche Haushaltsmittel gar nicht erst in Ansatz bringen muß bzw. einspart. Hinzu kommen nun die Einsparungen des Bundes aufgrund der Verkürzung der Zivildienstzeit.

Kritik zurückgewiesen

Im Bundesamt für Zivildienst stößt die Kritik der Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände auf wenig Verständnis, da eine Dienstzeitverkürzung für Zivildienstleistende schon länger zur Debatte stand. Für die Personalnot, die sich jetzt für die Organisationen ergibt, fühlt man sich in keiner Weise zuständig. Im Gegenteil, das Bundesamt sieht es als grobes Versäumnis an, daß sich die Organisationen trotz eindeutiger Vorzeichen in keiner Hinsicht auf eine verringerte Zivildienstzeit vorbereitet haben.

Mit „organisatorischen Maßnahmen“ will das Bundesamt trotzdem versuchen, den Verbänden zu helfen. So treten normalerweise pro Monat etwa 4000 Ersatzdienstleistende ihren Dienst an. Diese Zahl soll in den nächsten Monaten erhöht werden. Rund 24000 anerkannte Wehrdienstverweigerer wurden angeschrieben und ihre bevorstehende Einberufung mitgeteilt. Zudem ist die Zivildienstverwaltung zu unbürokratischer

Hilfe bereit. Beispielsweise kann man sich von seiten der Behörde vorstellen, daß die jungen Männer ohne die bisherigen fünf Wochen dauernden Pflichtlehrgänge sofort zur Hilfe in den Sozialdiensten herangezogen werden.

Unabhängig von diesen Hilfsmaßnahmen sehen die Verantwortlichen in den Organisationen und Verbänden eine Lösung für den Rettungsdienst allerdings nur in einer Professionalisierung durch hauptamtliches Personal. Hier ist aufgrund der Qualifikationsanforderungen weder eine Ausbildungsverkürzung während der Zivildienstzeit, noch ein Ausweichen auf ehrenamtliche Mitarbeiter zu verantworten.

Im Zusammenhang mit den aufgezeigten Problemen fordern sie unter anderem:

- freie Platzzuweisung für Zivildienstleistende durch die Verbände;
- keine „Prioritätensetzung“ oder Quotierung durch den Bund;
- vom Bund zu finanzierende Betreuungsmaßnahmen während der gesamten Zivildienstdauer;

- Förderung der individuellen freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes;
- eine Unterstützung der Anerkennung von Zivildienstzeiten bei einschlägigen Berufsausbildungen.

Weiter bieten die Organisationen Bund und Ländern bei der Lösung der anstehenden Fragen ihre Mitarbeit an. Vor dem Hintergrund ihrer 30jährigen Erfahrung im Zivildienst fordern sie für die Zukunft eine frühzeitige Beteiligung bei allen Gesetzgebungsverfahren im Bereich des Zivildienstes sowie bei den entsprechenden Umsetzungsvorschriften.

Mitte September forderte der Verteidigungsausschuß des Bundesrates die zeitliche Gleichstellung von Wehr- und Zivildienst. Dies würde eine weitere Reduzierung des Zivildienstes auf zwölf Monate bedeuten. Es ist davon auszugehen, daß die Diskussion bezüglich der Zivildienstreduzierung noch lange nicht abgeschlossen ist und sich weitere bei Redaktionsschluß nicht absehbare Aspekte ergeben werden.

- sm -

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Regierungspräsidenten Köln ist ab dem 2. 1. 1991 die Stelle der/des

Katastrophenschutzdezernentin/-Dezernenten

(Verg.Gr. I b BAT)

zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfaßt:

- Organisation des Katastrophenschutzes auf Regierungsbezirksebene
- Entwicklung und Durchsetzung von allgemeinen Katastrophenschutz- und Sonderschutzplanungen für den Regierungsbezirk
- Koordinierung der behördlichen und betrieblichen Vorbereitungen und Maßnahmen für Katastrophenfälle
- Aufsicht über die Katastrophenschutzplanungen auf Kreisebene
- Aufsicht über die Katastrophenschutzeinheiten aller Fachdienste, Durchführung von Inspektionen, Steuerung und Überwachung der Ausbildung
- Anlage und Durchführung von Katastrophenschutzübungen aller Art
- Einsatz des Katastrophenschutzes, Lenkung der Einsatzmaßnahmen, Übernahme der Einsatzleitung in einem Katastrophenfall

Die Bewerber/innen sollen über einschlägige Berufserfahrungen und über eine Ausbildung/Qualifikation zur Führung von Einheiten und Verbänden und zur Leitung von Arbeitsstäben im Katastrophenschutz verfügen. Umfassende Verwaltungskennntnisse und technisches Verständnis werden vorausgesetzt.

Der Aufgabenbereich erfordert ferner sicheres Auftreten, Verhandlungsgeschick und Organisationstalent. Aufgrund der Tätigkeit sollten auch Erfahrungen im Umgang mit den Katastrophenschutz-Organisationen und die Befähigung zur Ausbildung von Führungskräften bestehen.

Da die Tätigkeit der Hilfsorganisationen, insbesondere die Ausbildung der Helfer und die Durchführung von Übungen, überwiegend in den Abendstunden und an Wochenenden stattfindet, muß die Aufgabe des Katastrophenschutz-Dezernenten z. T. auch außerhalb der normalen Dienstzeiten wahrgenommen werden.

Die Vergütung erfolgt nach Verg.Gr. I b BAT (Bundesangestelltentarifvertrag).

Mit dieser Ausschreibung sind insbesondere Frauen angesprochen.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte innerhalb 4 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an den:

Regierungspräsidenten Köln

- Dezernat 11 (11.3.2) -
Zeughausstraße 4-8
5000 Köln 1

118 Jahre Feuerwehrgeschichte

Feuerwehr-Oldtimer-Festival in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Zu einem Oldtimer-Festival trafen sich jüngst mehr als 30 Feuerwehr-Fahrzeuge aus ganz Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Nach einem Konvoi durch die Innenstadt fanden sich Hunderte interessierte Besucher ein, um die rotblitzenden Veteranen im Kurpark zu besichtigen.

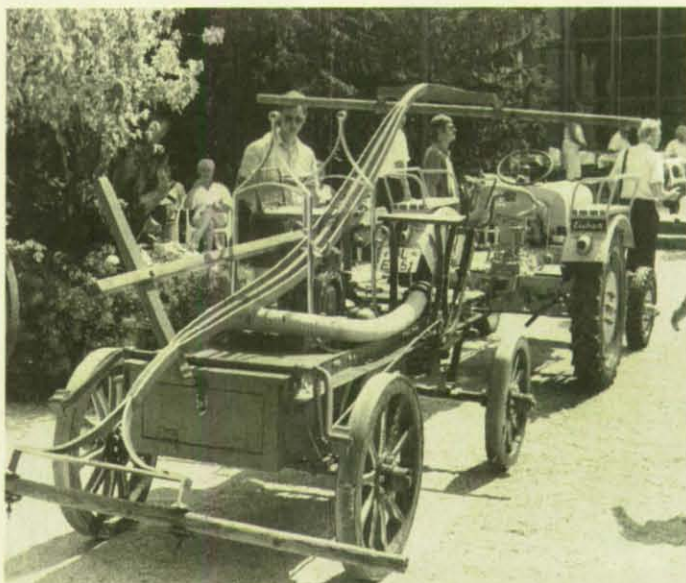
„Sowohl als Mitglied in einer Freiwilligen Feuerwehr als auch als Oldtimer-Fan braucht man eine gehörige Portion Idealismus“, so der Bad Neuenahrer Stadtwehreiter Hans Stenzel angesichts des prachtvollen Bildes, das sich den Besuchern im Kurpark von Bad Neuenahr bot.

Auf Hochglanz poliert präsentierten sich die unterschiedlichsten Einsatzfahrzeuge früherer Jahre und Jahrzehnte. Mit viel Sachverstand werden sie von ihren heutigen Besitzern, allesamt begeisterte Feuerwehrfans, gehegt und gepflegt. Oftmals wurde aus einem vergessenen, rostenden Autowrack in mühevoller Kleinarbeit ein repräsentatives Ausstellungsstück.

So fanden vier Freunde aus Paderborn/Dellbrück ihren heutigen „ganzen Stolz“, einen Opel-Blitz, 6-Zylinder, aus dem Jahre 1953, rein zufällig während einer Radtour im Gebüsch. Andere Klassiker waren noch bis vor kurzem bei den Freiwilligen Feuerwehren im Einsatz. Beispielsweise ein Magirus-Deutz aus dem Jahre 1969, der noch im Juli dieses Jahres bei der Freiwilligen Feuerwehr Altenkirchen seinen Dienst tat. Oder ein Magirus-Deutz aus dem Jahre 1951, der zwei Tage vor dem Veteranen-Treffen seinen letzten Einsatz bei der Freiwilligen Feuerwehr Sinzig/Kreis Ahrweiler fuhr. Für dieses Fahrzeug war es ein besonderes Wiedersehen mit dem Kurpark; so war der Magirus im Jahre 1962 beim großen Kurhausbrand in Bad Neuenahr im Einsatz.

Auch die Freiwilligen Feuerwehren erhalten, wie viele Privatbesitzer, ihre Oldtimer in Eigenleistung, da die Instandhaltung ansonsten zu teuer wäre. Oftmals wird aus der „Not“ ein schönes Hobby, ein neues Feuerwehrauto kann nicht angeschafft werden und so muß der Oldtimer weiter einsatzbereit sein.

Wann die erste Freiwillige Feuerwehr nach unserem heutigen Verständnis in Deutschland gegründet wurde, ist bei den Historikern



Muskelkraft ist bei den historischen Spritzenwagen gefordert.

Der Opel-Blitz ist auch heute noch der Stolz einiger Freiwilliger Feuerwehren.



„Oben ohne“ – ein Borgward-Kübel-Cabriolet sorgt für Aufsehen.

umstritten. Lange Jahre galt die Freiwillige Feuerwehr Meißen (DDR), die 1841 gegründet wurde, als älteste ihrer Art, gefolgt von der Freiwilligen Feuerwehr Durlach bei Karlsruhe, deren Geschichte sich bis ins Jahr 1846 zurückverfolgen läßt.

Seit einiger Zeit aber stoßen die Historiker immer öfter auf alte Urkunden, wonach schon zwischen 1740 und 1750 erste Freiwillige Feuerwehren aus den damaligen Turnerbewegungen hervorgegangen sind. Denn damals spielte vor allem die Muskelkraft eine große Rolle. Belege hierfür sind alte Handdruckspritzen, die mit den motorisierten Oldtimern nach Bad Neuenahr gekommen waren. Die älteste von ihnen, Baujahr 1872, kam aus Köln.

Jedoch eine herausragende technische Entwicklung machte das Feuerwehrwesen in Deutschland erst richtig bekannt. Die sogenannten Väter der Freiwilligen-Feuerwehr-Bewegung Metz und Magirus begannen Anfang des 19. Jahrhunderts, Maschinen nach französischem Vorbild zu bauen, mit denen man Wasser pumpen konnte. Zur Verbreitung ihres Produktes gründeten sie dann eine ganze Reihe von Freiwilligen Feuerwehren nach heutigem Verständnis.

Den Besuchern in Bad Neuenahr ging es aber weniger darum, sich in die Feuerwehrgeschichte zu vertiefen, als die Faszination der alten Fahrzeuge zu erleben.

Neben einer Reihe von Opel-Blitz-Fahrzeugen von 1937–1957, wovon ein Opel-Blitz aus Kreuzau 48 Jahre, von 1937 bis 1985, im Einsatz war und ein anderer heute noch der Stolz der Freiwilligen Feuerwehr Ahrweiler ist, standen ein alter Borgward (Allrad)-Kübel, Baujahr 1957, der Freiwilligen Feuerwehr Hille, ein Ford-Ruhr, Baujahr 1951, aus Dortmund, ein Ford A-Modell von 1928 sowie ein Daimler aus dem Jahre 1930 im Mittelpunkt.

Stolz zeigten die Besitzer sowohl einen Magirus-Deutz vom Genfer Automobilsalon '54 als auch eine Magirus-Leiter aus Holz aus dem Jahre 1908 und ihr modernes Gegenstück, eine Mercedes-Drehleiter von 1960.

Ständig von großen und kleinen Fans umlagert war ein Granat K3, Baujahr 1956, aus der DDR, der heute in Solingen „im Ruhestand“ ist. Erstaunt zeigten sich die Besucher auch über einen Schlüter-Traktor mit Leiterwagen von 1939, der mit seinen sechs Stundenkilometern als „Löschfahrzeug“ auf einem Bauernhof eingesetzt wurde. Nach amerikanischem Vorbild wurde in den 30er Jahren in Köln gelöscht, mit einem „American-Bickley“ von 1928.

Traditionelle Uniformen und Helme, Pickelhaube oder Federbusch, ließen zudem die Sammlerherzen höher schlagen. - sm -



Der Ford-Ruhr ist einer von acht Veteranen der Freiwilligen Feuerwehr Dortmund.

Stolz präsentieren Florians-Jünger in historischen Uniformen einen Schlüter-Traktor von 1939.



Feuerwehrgeschichte zum Anfassen ...

... und detailgetreue Miniatur-Spritzen begeistern in Bad Neuenahr. (Fotos: Matuszak)



Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Augustdorf/Paderborn

Die traditionellen „Soldatentage“ der Bundeswehr in Augustdorf bei Paderborn fanden diesmal auch unter Beteiligung der BVS-Dienststelle Paderborn statt. Praktische Demonstrationen auf dem Gebiet des Brandschutzes waren dabei eine wertvolle Ergänzung des umfangreichen Programms. Kein Wunder, daß das Interesse der Besucher entsprechend groß war. Vor allem Vorführungen an der Brandpuppe und mit dem Feuerlöscher kamen gut an.

Der Kommandeur der Panzerbrigade 21 „Lipperland“, Oberst Günter Hannstein, lobte die Mitarbeiter des BVS, die „überzeugend“ dazu beigetragen hätten, die gute Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Einrichtungen zu verdeutlichen.

Düsseldorf

Gleich doppelten Nutzen hatte ein Straßenfest in Düsseldorf, zu dem die Interessengemeinschaft „Posener Straße“ und die Freien CB-Funker Düsseldorf e. V. eingeladen hatten. Die Veranstaltung vermittelte – u. a. mit Unterstützung der BVS-Dienststelle Düsseldorf – Informationen zum Thema Bevölkerungsschutz und brachte darüber hinaus eine beachtliche Summe ein. 8000 DM, die „Sorgenkindern“ zur Verfügung gestellt werden.

Der Beitrag der BVS-Dienststelle umfaßte Filmvorführungen und praktische Demonstrationen ebenso wie die Weitergabe von einschlägigen Informationen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Brandbekämpfung.

Der Erfolg des Straßenfestes war so überzeugend, daß die Initiatoren auch fürs nächste Jahr eine solche Aktion ankündigten. BVS-Dienststellenleiter Siegfried Meerkötter und seine Mitarbeiter sind hierzu schon jetzt eingeladen.

Oberhausen

Daß sich die Ausbildung im Katastrophen- und Selbstschutz mit dem Um-

weltschutz verbinden läßt, zeigte sich bei einer Veranstaltung der BVS-Dienststelle Oberhausen mit dem Katastrophenschutz der Bundespost und Telecom im Duisburger Gebiet „Entenfang“. Dort, wo es in der Vergangenheit zu erheblichen Sturmschäden gekommen war, galt es, sachgerechte und sichere Holzbearbeitung zu üben. So mußten Gefahrenstellen durch Herunterschneiden der Bäume beseitigt werden. Hilfsmittel waren u. a. Motorketten- und Handsägen. Am Ende waren sich alle Beteiligten über den Nutzen dieser mit den Forstbehörden abgestimmten Veranstaltung einig.

Köln

Einen Einblick in ihre Arbeit vermittelten die Freiwillige Feuerwehr Zündorf sowie weitere Hilfsorganisationen und die BVS-Dienststelle Köln bei einem gemeinsamen „Tag der offenen Tür“. Rettungsboote, Schaufeltragen und andere Geräte der DLRG stießen dabei ebenso auf Interesse wie Vorführungen der Feuerwehr und die umfangreichen Informationen des BVS. Hierzu gehörten auch ein Informationsstand und ein Filmwagen.

Insgesamt vermittelten die Beteiligten ein eindrucksvolles Bild der Hilfe, wobei der deutliche Appell nicht fehlte, daß auch der Bürger selber ein beträchtliches Maß an Eigeninitiative und Eigenverantwortung mit einzubringen hat.

Bonn

Wie hört sich das Sirensignal an, das die Bevölkerung dazu auffordert, ihre Rundfunkgeräte einzuschalten? Was gehört in eine Hausapotheke? Auf solche und ähnliche Fragen gab eine Ausstellung der BVS-Dienststelle Bonn eine Antwort.

Bezirksvorsteher Norbert Hauser, der die Präsentation auf dem Theaterplatz in Bad-Godesberg eröffnete, bezeichnete die Eigeninitiative eines jeden Bürgers als wichtigen Beitrag zum Zivilschutz. Für jeden Menschen könne schnelle Hilfe entscheidend über Leben und Tod sein.

Wesel

Um Brandschutz auf Binnenschiffen ging es bei einer Informationsver-

anstaltung, zu der die BVS-Dienststelle Wesel Mitarbeiter einer großen Speditionsfirma eingeladen hatte. Neben theoretischen Ausführungen standen praktische Übungen auf dem Programm. Dabei wurde vor allem auf Löschmittel zurückgegriffen, die auf Binnenschiffen zur Verfügung stehen. Die Dienststelle Wesel stellte lebhaftes Interesse der Binnenschiffer an Vorsorge- und Selbsthilfeeinrichtungen fest. Veranstaltungen dieser Art, so meint man, seien ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit in der Binnenschifffahrt.

Werther

Von der BVS-Dienststelle Münster angebotene Selbstschutztage erwiesen sich als wertvolle Bereicherung eines dreitägigen „Stadtfestes“ in Werther. Mehrere tausend Interessenten ließen sich das BVS-Programm mit Informationsveranstaltungen, Info-Ständen und der Ausstellung „Bevölkerungsschutz“ nicht entgehen. Schließlich bildete ein unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Oberweland stehender Sicherheitswettbewerb einen weiteren Höhepunkt.

Auch diese Veranstaltung, an der sich die Feuerwehr und Johanniter-Unfall-Hilfe beteiligten, war ein großer Erfolg. Die besten der insgesamt 42 Akteure konnten ansehnliche Preise als Belohnung mit nach Hause nehmen.

Recklinghausen

Einer Einladung der Recklinghäuser Dienststelle des BVS zu einer gemein-

samen Tagung zum Thema Bevölkerungsschutz folgten jetzt die Löschzugführer der Freiwilligen Feuerwehr Recklinghausen. Unter Leitung von Stadtbrandmeister Günter Wienke führen die Führungskräfte der Feuerwehr ins Sauerland zur BVS-Schule Schloß Körtlinghausen.

Ziel der zweitägigen Veranstaltung war es, die traditionell gute Zusammenarbeit beider Organisationen zu stärken und weitere fruchtbare Ansätze für die zukünftige Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Schwerpunktmäßig wurde über Gefahren des Alltags und den zum Schutz der Bürger aufgebauten Rettungsdienst gesprochen. Die potentielle Gefährdung der Bürger durch radioaktive und chemische Gefahren war ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche.

Als ein Ergebnis der Tagung konnte festgehalten werden, daß die Stadt Recklinghausen über ein gut funktionierendes Rettungssystem verfügt, das dem Bürger rund um die Uhr zur Verfügung steht. Doch vom Eintritt eines Unglücksfalles bis zum Eintreffen der organisierten Hilfe vergeht wertvolle Zeit, die der betroffene Bürger sinnvoll nutzen sollte.

Gerade hier sehen Freiwillige Feuerwehr und der BVS einen Ansatz, durch Schulung der Bürger größeren Schaden zu verhindern. Jeder Bürger sollte die Zeit, die bis zum Eintreffen der Feuerwehr oder des Rettungsdienstes vergeht, sinnvoll zu nutzen lernen.

Als Zeichen der Verbundenheit beider Organisationen überreichte Stadtbrandmeister Günter Wienke zum Abschluß der Tagung dem Recklinghäu-



Stadtbrandmeister Günter Wienke (links) übergibt BVS-Dienststellenleiter Franz Bienbeck den Ehrenteller der Freiwilligen Feuerwehr Recklinghausen.

ser BVS-Dienststellenleiter Franz Bienbeck den Ehrenteller der Freiwilligen Feuerwehr.

Hessenspiegel

Frankfurt am Main

Nach 47 Jahren Tätigkeit bei der Deutschen Bundesbahn verabschiedete sich Zivilschutzsachbearbeiter Hans-Joachim Krummdeutsch in den Ruhe-



Aus der Hand von BVS-Fachgebietsleiter Hennig erhält Joachim Krummdeutsch die BVS-Medaille.

stand. Krummdeutsch war verantwortlich für alle Aufgaben des Zivilschutzes im Bundesbahn-Direktionsbereich Frankfurt am Main.

Hervorzuheben sind seine zahlreichen Aktivitäten in allen Bereichen der Bundesbahn. Entscheidend hat Krummdeutsch auch beim Aufbau der Strahlenschutz-Meßbereitschaften der Deutschen Bundesbahn mitgewirkt.

Für sein langjähriges Engagement in Sachen des Bevölkerungsschutzes wurde ihm anlässlich einer Feierstunde in der Bundesbahndirektion von Fachgebietsleiter Hennig die BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit überreicht.

Fulda

In einer der größten Berufsschulen Ost Hessens, der Ferdinand-Braun-Schule, brachten Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Fulda durch Informationsveranstaltungen den Schülern und Lehrkräften die Thematik des Selbstschutzes näher. Innerhalb von zwei Wochen wurden 32 Informa-

tionsveranstaltungen mit 627 Teilnehmern durchgeführt.

Anhand von berufsbezogenen, zielgruppenorientierten Beispielen konnten die BVS-Fachlehrer Farnung und Pfalzgraf die vielseitigen Gefahren der Arbeitswelt darstellen, das staatliche Hilfeleistungspotential erläutern und die Notwendigkeit der Eigenhilfe und die Vorsorge verdeutlichen. Bei den abschließenden praktischen Übungen testeten die Teilnehmer ihr Können und Wissen.

Informieren konnten sich alle Schüler über den Selbstschutz durch eine Tafelausstellung im Foyer der Schule. Das Informationsangebot fand großes Interesse bei den Schülern.

Als voller Erfolg wertete BVS-Dienststellenleiter Karl Hatalla die Veranstaltungsreihe und überreichte Oberstudienrat Fraatz für die gute Zusammenarbeit die BVS-Medaille.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Birkenfeld

Der betriebliche Katastrophenschutz stand im Mittelpunkt einer Informationstagung an der BVS-Schule, zur der Sicherheitskräfte aus Mainzer Betrieben nach Birkenfeld gekommen waren. Dabei wurde den Verantwortlichen, die sich mit Betriebssicherheit beschäftigen, ein Überblick über das gesamte Spektrum der BVS-Arbeit gegeben und Möglichkeiten der Verbesserung des betrieblichen Katastrophenschutzes diskutiert.

Simmern

Unter dem Motto „Bürger und Soldaten feiern gemeinsam mit den Hilfsorganisationen“ veranstalten die Stadt Simmern und die 2. Kompanie des Fernmeldebataillons 920 Kastellaun alljährlich den „Bürgertag“. Auch in diesem Jahr beteiligte sich die BVS-Dienststelle Mainz wieder an diesem Stadtfest.

Neben einem Informationsstand standen erstmals auch Sicherheitswettbewerbe auf dem Programm. Knapp 100 Teilnehmer durchliefen in zwei Wettbewerben den Sicherheitsparcours, der von Bundeswehr, DLRG, DRK, FFW, MHD, Pfadfindern, Polizei und THW ideenreich mitgestaltet worden war.

Der Erfolg war nicht zuletzt auf das große Engagement der Stadt Simmern



Bürgermeister Hans Bungenstab im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiterin Brigitte Weißenhagen.

zurückzuführen. Schon Wochen vor der Aktion wurde in den Amtsblättern für die Teilnahme geworben, die Leiter von Hauptschule und Gymnasium in Simmern wurden gebeten, ihren Schülern die Teilnahme während der Unterrichtszeit zu ermöglichen und die Preise für die Sieger der Wettbewerbe wurden eine Woche vor dem Bürgertag im Schaufenster des Verkehrsvereins ausgestellt.

So war es auch keine Frage, daß Bürgermeister Hans Bungenstab als Schirmherr der Sicherheitswettbewerbe die Siegerehrung vornahm. Bei der Abendveranstaltung im Festzelt bedankte er sich bei BVS-Dienststellen-

leiterin Brigitte Weißenhagen für die gelungene Aktion, mit der die Attraktivität des „Bürgertages“ wiederum gesteigert werden konnte. Gleichzeitig forderte er die Simmerner Bürger auf, sich im nächsten Jahr noch stärker an den Wettbewerben zu beteiligen.

Brigitte Weißenhagen dankte dem Bürgermeister für die gute Unterstützung sowie den Hilfsorganisationen für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei dieser Großaktion.

Bereits während der Veranstaltung waren sich alle Beteiligten einig: „Beim nächsten ‚Bürgertag‘ sind wir wieder mit einem Sicherheitswettbewerb dabei.“

Bayern heute

Aschaffenburg

Zunächst sei er skeptisch gewesen, angesichts einer Ausstellung über den Selbstschutz im Landratsamt. Dann aber habe sich herausgestellt, daß nicht Maßnahmen für den großen Atom-Krieg, sondern Tips für den alltäglichen Notfall im Mittelpunkt der Ausstellung stehen, sagte Landrat Armin Grein bei der Eröffnung der „Wanderausstellung '90“. Zwei Wochen war die Ausstellung im Landratsamt Aschaffenburg zu sehen, danach zog sie weiter in das Karlstadter Rathaus; es folgen Stationen in Arnstein, Zellingen, Gemünden, Bursgraben, Markttheidenfeld, Kreuzwertheim, Frammersbach und Lohr.

Aschaffenburg

Als geeignete Gelegenheit sich vorzustellen, sah der neue BVS-Landesstellenleiter Helmut Schneider die Zusammenkunft der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter aus dem

Dienstbereich Aschaffenburg. In seiner Rede brach Schneider eine Lanze für die ehrenamtliche Mitarbeit: „Der BVS wird an seiner Leistung gemessen, die er erbringt, und eine Dienststelle wächst und fällt mit den Ehrenamtlichen.“

In Anwesenheit des Kreisbrandrates und Sprechers der Freiwilligen Feuerwehr von Unterfranken, Benno Geis, und des THW-Geschäftsführers Horst Schulze konnte Max Röder, Ausbilder der FAAsT, sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Schneider überreichte die Urkunde des BVS-Direktors und sprach den Dank für die bisherige gute Leistung aus.

Dienststellenleiter Rigobert Hagel zeigte den Werdegang Röders auf, der 1965 zum BVS kam und seit 1980 als Ausbilder einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle an der Dienststelle Aschaffenburg eingesetzt ist. Hagel übergab im Namen aller hauptamtlichen Mitarbeiter ein Geschenk und dankte für die gute Zusammenarbeit.

Ein weiterer Höhepunkt war die Auszeichnung des Selbstschutz-Sach-



Ehrungen in Aschaffenburg (v. rechts): BVS-Landesstellenleiter Helmut Schneider, BVS-Mitarbeiter Max Röder, Selbstschutz-Sachbearbeiter Wolfgang Friedl und BVS-Dienststellenleiter Rigobert Hagel.

bearbeiters der Stadt Hammelburg, Wolfgang Friedl. Er bekam für seine Verdienste um den Selbstschutz die BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit überreicht. Hagel dankte Friedl für die Leistung und partnerschaftliche Zusammenarbeit sowie für sein Engagement im Selbstschutz.

Cham

Der baumlange Fachoberschüler mit dem Motorradhelm lag „bewußtlos“ auf einer Woldecke im Klassenzimmer, während sich zwei Helfer über ihn beugten, mit sicherem Griff das Visier öffneten, den Kinnriemen lösten und vorsichtig über den gestreckten Kopf den Helm abzogen. Aber dann gab es einen dumpfen Schlag und der Schädel des „Verunglückten“ schlug auf dem Fußboden auf; denn die Helfer hatten nicht damit gerechnet, wie schwer der Kopf eines Bewußtlosen ist. Immerhin klappte dann das Einrichten einer stabilen Seitenlage ohne weiteren Zwischenfall.

Realistische Selbstschutzübungen dieser Art erlebten kürzlich die Chamer Fachoberschüler der 11. Klassen während eines zweitägigen Seminars, das die BVS-Dienststelle Weiden abhielt. Und die Schüler waren, angeleitet von Frau Müller und Frau Lengtat, mit Feuereifer bei der Sache, denn jedem leuchtete ein, daß Grundkenntnisse in der Selbsthilfe in den vielfältigen Gefahrensituationen des modernen Lebens unter Umständen lebensrettend sein können. Immerhin werden jedes Jahr 500000 Bundesbürger bei Verkehrsunfällen verletzt.

Deshalb stellt sich auch immer wieder für den einzelnen die Frage: „Was tun im Notfall?“ Der systematisch aufgebaute, von Lehrfilmen und praktischen Übungen aufgelockerte Kurs

vermittelte den Schülern zunächst eine Übersicht, was bei Unfällen und Katastrophen zu tun ist. Dabei zeigte es sich, wie schwer es ist, auch mit den richtigen Rettungsgreifen zum Beispiel einen Verletzten aus einem demolierten oder gar brennenden Pkw zu bergen.

In diesem Zusammenhang gehörte auch das Stillen starker Blutungen, die Bekämpfung von Schocks und erste Hilfemaßnahmen bei Brandverletzungen und Knochenbrüchen sowie der richtige Umgang mit Dreieckstuch und Verbandspäckchen. Übungen zur Bergung von Verletzten mit der Beihelfstrage, seine richtige Lagerung und die Atemspende frischten Grundkenntnisse auf, die jeder Führerscheininhaber schon mal bei seiner Ausbildung erworben hatte.

Höhepunkt des Kurses aber war das Löschen von brennender Kleidung. Zu diesem Zweck hatten die „Selbstschützer“ aus Weiden ihre Demonstrationspuppe mitgebracht. Es kostete die Schüler schon einigen Mut, mit der Löschdecke auf das Feuer loszugehen und es zu ersticken. Wenn es um Menschenleben geht, das hatten die Fachoberschüler erkannt, ist jede Sekunde kostbar; sie kann über Leben und Tod entscheiden, noch ehe der Rettungsdienst oder der Notarzt eintreffen.

München

Auch heuer beteiligte sich die BVS-Dienststelle München wieder an dem großen Weltgesundheitstag in Münchens guter Stube mitten auf dem Marienplatz. Mit Info-Stand, Filmwagen und Kleinausstellung wurde die Bevölkerung vor allem über Sofortmaßnahmen am Unfallort und die Rolle der Frau als Ersthelferin informiert. Zahl-



Der BVS-Informationsstand vor dem Münchner Rathaus.

reiche Gruppen ließen sich am Stand des BVS beraten. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bedankte sich mit folgendem Schreiben für das Engagement des BVS:

„Das Thema ‚Unser Planet – unsere Gesundheit: An die Gesundheit denken, jetzt handeln‘ war das Motto des Weltgesundheitstages am 29. Juni 1990 in München. Die Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsbildung in München hat anlässlich der durchgeführten Großveranstaltung wiederum Zehntausende von Münchner Bürgerinnen und Bürger, aber auch viele auswärtige Besucher auf dem Marienplatz und im Prunkhof des Münchner Rathauses anziehen können. Das Interesse für alle Informationen über gesunde Lebensführung, Freizeitgestaltung und Umweltbewußtsein war genauso groß wie an der Überprüfung des Blutdruckes, des Gewichtes oder des Sehvermögens. Fragen der Gestaltung unserer Umwelt und damit auch unsere Gesundheit werden sicherlich auch weiterhin in den nächsten Tagen unse-

ren Lebensstil beeinflussen müssen.

Ich darf Sie auch in diesem Jahr bitten, allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank und die Anerkennung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung für die gute Zusammenarbeit und für das hohe Engagement bei der Veranstaltung zu übermitteln.“

Gez. Dr. med. Weigand
Ministerialrat

München

Einen Antrittsbesuch stattete Helmut Schneider, Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, dem Regierungspräsidenten von Niederbayern, Dr. Herbert Zeitler, ab. Schneider erläuterte dabei das neue Konzept der Informations- und Aufklärungsarbeit des Verbandes und wies auf den Doppelnutzen der Maßnahmen des Zivilschutzes in unserer Zeit hin.

Regierungspräsident Dr. Herbert Zeitler wünschte dem neuen Leiter der Landesstelle Bayern viel Erfolg in seinem Tätigkeitsbereich.



Im Gespräch (v. links): Regierungsvizepräsident Dr. Heinz Huther, BVS-Landesstellenleiter Schneider, Regierungspräsident Dr. Herbert Zeitler.

Hamburg



Filmteam aus der DDR beim Landesverband

Hamburg. Ein Filmteam der „Projekt-Film“ Berlin (Ost) mit einem Vertreter der „Hauptverwaltung Zivilschutz der DDR“ besuchte die Dienst-

stelle des THW-Landesbeauftragten für Hamburg. Das Team informierte sich über Aufgaben des Katastrophenschutzes im Rahmen der Deichverteidigung und dem Hochwasserschutz. Für einen Film über den Katastrophenschutz in der DDR sollen auch die Aufgaben des THW und der anderen Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik gezeigt werden. Bei der einmal jährlich stattfindenden Deichverteidigungsübung, im Oktober 1990, wird ein Filmteam aus Ost-Berlin vor Ort am Deich die Helfer des THW bei ihrer Arbeit aufnehmen. A. K.



Das Filmteam aus Berlin (Ost) mit Hauptsachgebietsleiter Leppek.

(Foto: Krüger)

Ausbildung für Bundeswehr

Hamburg. Der THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte unterstützte in kameradschaftlicher Verbundenheit eine Teileinheit der Bundeswehr bei

der Ausbildung. Der ABC-SeTrupp vom Luftwaffenausbildungsregiment 1 hatte um Unterstützung bei der Bergungsausbildung gebeten. An insgesamt vier Abenden wurden die Soldaten in folgenden Themen unterrichtet:

- Holzbearbeitung



Ein Dreibock wird aufgerichtet.

(Foto: Krüger)

- Heben und Bewegen von Lasten
- Bergen aus Höhen und Tiefen
- Überwinden von Hindernissen

Den Abschluß der Ausbildung bildete eine realistische Einsatzübung unter der Leitung von Bergungszugführer Ralf Günther, der auch insgesamt für die Ausbildung verantwortlich zeichnete. Auch im kommenden Jahr soll die Zusammenarbeit auf dem Ausbildungssektor mit der Bundeswehr fortgesetzt werden. A. K.

Arbeitskreis 1 in Hamburg

Hamburg. Seine derzeit letzte Tagung führte der Arbeitskreis 1 auf Einladung des Landesbeauftragten Günther Trautvetter in Hamburg durch.

Der AK 1 unter der Leitung von Regierungsdirektor Derra, THW 1, befaßt sich mit Grundsatzangelegenheiten des THW. Weitere Mitglieder im Arbeitskreis sind u. a. der neue Bundessprecher, Günter Seekatz und der stellv. Bundessprecher Gerd Neubeck.

Im einzelnen wurden folgende Themen behandelt:

- Neues Konzept der OV-Führung
 - Stellung von Reserve- und Althelfern
 - Änderungen nach Inkrafttreten des KatS-Ergänzungsgesetzes und THW-Helferrechtsgesetz
 - Auswirkungen der Verkürzung des Grundwehrdienstes
 - Katastrophenschutz in der DDR
- In Beiprogrammen konnten sich die

Arbeitskreismitglieder über die Hochwasserschutzanlagen im Hamburger Hafen informieren.

Weiterhin wurden sie im Ortsamt Finkenwerder vom Ortsamtsleiter, Uwe Hansen, mit kommunalpolitischen Problemen in einem Stadtstaat vertraut gemacht.

Auch ein Gespräch mit ehrenamtlichen Führungskräften im Bezirksverband Hamburg-Mitte vermittelte dem Arbeitskreis die Sorgen und Nöte der „Basis“. A. K.

Bremen



Senatsrat Behrmann besuchte THW Bremen

Bremen. Zu einem Gedankenaustausch konnte THW-Landesbeauftragter Günther Hildebrandt den neuen Leiter der Abteilung für „Feuerschutz, Katastrophenschutz, Rettungswesen, Zivile Verteidigung und Verfassungsschutz“ der Bremer Innenbehörde, Senatsrat Kurt Behrmann, begrüßen. In einem ausführlichen Gespräch wurden sowohl die gute Zusammenarbeit zwischen dem Senator für Inneres und dem THW unterstrichen als auch allgemeine Probleme des Katastrophenschutzes erörtert.

Gesprächsthema waren auch die Auswirkungen der internationalen Entspannungspolitik auf den Zivil-



Der Arbeitskreis im Hamburger Hafen.

(Foto: Krüger)

und Katastrophenschutz. Hildebrandt und Behrmann waren sich hierbei einig, daß die Verkürzung des Grundwehrdienstes von 15 auf zwölf Monate auch auf die Verpflichtungszeit im Katastrophenschutz nicht ohne Wirkung bleiben wird. Hildebrandt meinte hierzu: „Den langen Verpflichtungszeitraum herunterzuschrauben, könnte den Dienst für die Allgemeinheit, den die Helfer im Katastrophenschutz leisten, attraktiver machen. Zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes sind jedoch strukturelle Maßnahmen erforderlich.“ Über einstimmend wurde von beiden die Notwendigkeit unterstrichen, leistungsfähige Einheiten für größere Unglücksfälle vorzuhalten. Zahlreiche Vorfälle in den letzten Jahren hätten bewiesen, daß es notwendig sei, Vorsorge zu treffen. P. L.

Durstige Straßenbäume gewässert

Bremen. Einer spontanen Idee folgend, waren Helfer des THW-OV Bremen-Osterholz mehrmals unterwegs, um Straßenbäume vor dem Vertrocknen zu retten. Freiwillig machten sie sich mit ihren Einsatzfahrzeugen – Wassertanks waren als Anhänger angekuppelt – auf den Weg, um zahlreiche Bäume mit dem überlebenswichtigen Naß zu versorgen.

So wurden beispielsweise an einem Sonnabend, südländische Temperaturen von 34° C lagen über der Stadt, mehr als 27000 Liter Wasser für die Bewässerung von oftmals erst vor wenigen Monaten gepflanzten Bäumen verwendet.

An der Aktion beteiligte sich auch die Jugendgruppe des Ortsverbandes.



Die Bewässerungsaktion in Bremen.

(Foto: Lohmann)

Obwohl die Jungen und Mädchen erst vor wenigen Tagen vom anstrengenden Bundesjugendwettkampf zurückgekehrt waren, nahmen sie aktiv an der Umweltschutzaktion teil.

Von der THW-Aktion begeistert zeigte sich auch das bremische Gartenbauamt, das aufgrund ständiger Personalknappheit für jede Hilfe dankbar war. P. L.

Ausbildung der Pontongruppe

Bremen. 15 Helfer der Pontongruppe des THW-OV Bremen-Neustadt übten drei Tage auf dem Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya. Ziel der Ausbildung war die Aus- und Weiterbildung von Helfern auf Einzelbooten und der 4-t-Übersetzfähre. Boote und Fähre wurden zu diesem Zweck von der Schule Hoya gestellt. Das Fahrgerät kam vom Ortsverband.

Der 15 ha große Wasserübungsplatz in Niederboyen, am nicht mehr von der Berufsschiffahrt benutzten, 6 km langen Weserteilstück bietet ein hervorragendes Übungsgelände. Auftrag der Einzelboote war es, neue Helfer an den Umgang mit dem Mehrzweckboot und dem Außenbordmotor zu gewöhnen. Auch wurden immer wieder „Mann über Bord“-Manöver geübt, indem von einem Besatzungsmitglied eine Schwimmweste ins Wasser geworfen wurde.

Für die Fährebesatzung galt es, immer wieder zwischen den beiden Anlegestellen an der Weser das Anlegen zu üben. Für das leibliche Wohl der Helfer sorgte Renate Fieberg, die vom Verpflegungsstrupp des Ortsverbandes mit angereist war.

Im nächsten Jahr sollen bei einer



Die Aus- und Weiterbildung an der Übersetzfähre.

(Foto: Kardel)

ähnlichen Übung die Kraftfahrzeuge des Ortsverbandes im Rahmen der Kraftfahrerweiterbildung von der Pontongruppe über die Weser bei Hoya übergesetzt werden. J. K.

Niedersachsen



Hilfe nach schwerem Verkehrsunfall

Hannover. Am 14. Juli 1990 ereignete sich gegen 8 Uhr auf der A 2 von Berlin in Richtung Helmstedt ein Verkehrsunfall mit mehreren Schwerverletzten. Helfer des THW-Instandsetzungszuges Hannover übernahmen zunächst die Rettungsarbeiten. Sie waren unterwegs zur Fortsetzung der humanitären Hilfeleistungen in Halle/Saale, DDR. Kurz vor Irlxleben kamen sie dann zu dem Verkehrsunfall, der sich auf der Gegenfahrbahn ereignet hatte.

Während ein Teil der Helfer mit der Absperrung der Autobahn beschäftigt war, begannen weitere, sich um die Verletzten zu kümmern. Am schlimmsten getroffen hatte es zwei junge Frauen, die in ihrem Pkw eingeklemmt waren. Mit Hilfe eines Greifzuges wurde der Wagen zunächst soweit gestreckt, daß der Sanitäter die Verletzten versorgen konnte. Inzwischen hatten Helfer mit Bügelsägen das Dach des Pkw abgetrennt und konnten die Verletzten befreien.

Bis zum Eintreffen der Volkspolizei und der Freiwilligen Feuerwehr Helmstedt wurden die Verletzten durch Helfer des Ortsverbandes Hannover versorgt. Zwischenzeitlich wurde die zweite Richtungsfahrbahn gesperrt, damit der Rettungshubschrauber der Volkspolizei landen konnte.

Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Helmstedt und des THW Hannover begannen nun, die Autobahn zu räumen sowie Öl und ausgelaufenes Benzin zu binden. Nachdem der Busfahrer, der sich zunächst an den Rettungsarbeiten beteiligt hatte, mit einem Schock zusammengebrochen war, fuhr ein Kraftfahrer des THW den Bus von der Autobahn.

Mit Verspätung wurde die Weiterfahrt nach Halle angetreten, wo Ende Juni mit den Arbeiten im städtischen Blindenpflegeheim – Reparatur der Sanitäranlage, Einbau behindertengerechter Wasch- und Duschgelegenheiten sowie der Einbau einer Notrufanlage – begonnen worden war. Diese Arbeiten wurden noch am gleichen Tage fortgesetzt. P. G.

THW-OV Elze absolvierte erste Großübung

Elze/Hoya. Zur ersten Großübung des 1989 aus einem Stützpunkt hervorgegangenen THW-OV Elze ging es am Freitag, dem 29. Juni, bis Sonntag, dem 1. Juli 1990, an die Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya. Im Vorfeld dieser Übung mußten sich die Verantwortlichen mehrmals treffen, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

So ging es dann am Freitag um 16 Uhr von der Unterkunft mit 50 Helfern und neun Fahrzeugen nach Hoya. Nach einer dreistündigen Fahrtzeit und einem technischen Halt kurz vor Nienburg erreichte man um 19 Uhr den Wasserübungsplatz in Hoya, wo sofort mit dem Aufbau der Zelte begonnen wurde.

Um 23.30 Uhr gab Zugführer Thilo Piepenbrink Alarm für die Helfer. An-



Kritisch beobachtet Ortsbeauftragter Pfeiffer (2. v. l.) die Vorbereitungen für den Freileitungsbau.
(Foto: v. Geffert)

genommen wurde, daß nach einem schweren Unwetter im Raum Nienburg-Hoya der HVB den auf dem Wasserübungsplatz übenden Ortsverband Elze zu Erkundungen einsetzt. So mußten die Helfer mit ihren Fahrzeugen nach Koordinaten mehrere Punkte anfahren. Weiter mußten sie in einem unwegsamem Gelände zu Fuß eine Gasleitung kontrollieren. Unter Verwendung von Nebelkerzen waren die Helfer gezwungen, eine längere Strecke unter schwerem Atemschutz zu laufen.

Gegenüber dem Wasserübungsplatz ereignete sich ein „Verkehrsunfall“. Die Jugendgruppe des THW Elze hatte die Aufgabe, die „Verletzten“ zu bergen und auf der Weser überzusetzen. Gegen 2 Uhr wurde die Übung wegen strömenden Regens vorzeitig abgebrochen, dennoch wurde das Übungsziel erreicht.

Am Samstag ging es dann zu einer Ganztagsausbildung auf die für Instandsetzungszüge angelegte Übungsstrecke in der Schule Hoya. Für die Abwasser/Öl-Gruppe hieß es, eine Abwasserleitung instandzusetzen. Die Gas/Wasser-Gruppe hatte die Aufgabe, eine Trinkwasserleitung aufzubauen, und die Elektrizitätsgruppe mußte eine Freileitung für den Niederspannungsbereich erstellen.

Am Sonntagmorgen mußte das Zeltdorf zügig abgebaut werden, da die Helfer und Jugendlichen gegen 14 Uhr zurückerwartet wurden.

Resümee des Ortsbeauftragten Rolf Pfeiffer: „Mit dem Übungsverlauf waren die Verantwortlichen sehr zufrieden, und auch kameradschaftlich war das Wochenende ein voller Erfolg.“

R. P.

Nachruf

Der THW-OV Dortmund nimmt Abschied von seinem langjährigen aktiven Helfer

Heribert Emil Koll

der im Alter von 64 Jahren nach schwerer Krankheit verstarb. Koll trat am 14. Juli 1954 in den THW-OV Dortmund ein und war dort zunächst als Gruppenführer und seit 1965 als Zugführer des Bergungsdienstes eingesetzt.

Über Jahrzehnte hat Heribert Koll den Helfern des Ortsverbandes Dortmund das Rüstzeug für die Arbeit beim THW vermittelt. Er war für sie ein stets ansprechbarer Fachmann in allen Fragen, die das THW betrafen.

Das THW Dortmund wird dem Kameraden Koll ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Hessen



Vorsorgemaßnahmen gegen Maikäferbefall

Darmstadt. Ein ereignisreiches Wochenende erlebte der THW-OV Darmstadt am 5. und 6. Mai 1990: An

diesen beiden Tagen waren der 1. Bergungszug und der Instandsetzungszug an verschiedenen Orten in der Umgebung von Darmstadt im Einsatz. Ein Schwerpunkt bildeten dabei, wie in den Wochen zuvor, Aufräumarbeiten im Darmstädter Wald.

Schon samstags hatte Forstamtmann Friedrich Kühn, verantwortlich für das Revier „Tanne“ zwischen Dornheimer Weg und Eberstadt, das THW um technische Hilfeleistung gebeten. 20 Helfer unterstützten an diesem Tage den Förster bei vorbeugenden Schutzmaßnahmen gegen Maikäferbefall in einer Kieferschönung in einem Waldgebiet südlich der Autobahn A 5 und östlich der Eschollbrücker Straße.

Nach der Maikäferplage in 1986 sahen die Forstleute dem Wonnemonat Mai mit Besorgnis entgegen. „Schon vor vier Jahren hatten wir in diesem Waldgebiet bis zu 150 Engerlinge pro Quadratmeter Waldboden festgestellt. Vor wenigen Wochen wurden immer noch bis zu 20 Engerlinge pro Quadratmeter im Boden gezählt. Bei einer Entwicklungszeit von

ca. vier Jahren für Maikäfer rechnen wir deshalb in diesem Jahr erneut mit einem sogenannten Maikäferjahr“, erklärte Friedrich Kühn.

Für den Wald geht die Gefahr neben den Käfern auch noch von den Larven aus. So können Maikäferweibchen innerhalb von drei bis vier Wochen jeweils bis zu 50 Eier legen, aus denen sich dann die Larven entwickeln. Während der Käfer vorwiegend von Knospen, Blättern und Blüten lebt – kahlgefressene Bäume sind in solchen Zeiten keine Seltenheit – ernähren sich die Larven von den Pflanzenwurzeln und richten so großen Schaden in den Pflanzungen an. „Unter ungünstigen Bedingungen für den Wald reichen schon drei Larven pro Quadratmeter Waldboden für einen späteren Kahlfraß aus“, kommentierte ein Waldarbeiter die kritische Situation.

Für die Bekämpfung der Maikäfer und deren Larven haben sich in den vergangenen Jahren Insektenvernichtungsmittel als die beste Methode bewährt. Die natürlichen Feinde können bei derartigen Bedingungen jedoch nichts mehr gegen die Maikäferplage



Mit Netzen wird die Schonung abgedeckt.

(Foto: Grünig)

ausrichten. Auch Maikäfersammelaktionen im Wald sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und helfen den Forstleuten nicht weiter. Dennoch wurde den Förstern seitens der Stadt Darmstadt für dieses Jahr der Einsatz der chemischen Keule verboten. „Wir befürchten einen unkontrollierten Schaden, insbesondere bei den Kleinlebewesen durch den Gifteinsatz“, argumentierte ein Gegner der Giftaktion. Die Verantwortlichen für den Wald, der in diesem Jahr durch sauren Regen und Sturmschäden schon vorgeschädigt ist, mußten deshalb nach Alternativen suchen. „Wenn wir in dieser Schonung nichts machen, sterben uns die Kiefern innerhalb der nächsten vier Jahre mit Sicherheit ab. Wir decken deshalb zunächst mit Netzen die Kiefern ab. Mit dieser Maßnahme soll der Maikäfer an der Eiablage gehindert werden“, erläuterte Förster Kühn das Konzept.

Die fortgeschrittene Jahreszeit erforderte dazu schnelles Handeln, um den Schaden in Grenzen zu halten. In seiner Not bat Forstmann Friedrich Kühn das THW kurzerhand um Hilfe bei dieser Aktion. Mit dem THW-OV Darmstadt hatte Förster Kühn im übrigen in den zurückliegenden Wochen bei Aufräumarbeiten in seinem Revier gute Erfahrungen gemacht.

Der Anfrage des Försters kam der OV Darmstadt gerne nach. Zugtruppführer Uwe Lehnert und Gruppenführer Heinz Simon leiteten die Aktion in der Kiefernchonung. Vor Ort machte zunächst Förster Kühn in Anwesenheit von Hans-Peter Walter, THW-OV Darmstadt, und Dr. Rosenstock, Leiter des Forstamtes Darmstadt, die THW-Helfer mit dem Problem vertraut. Die Helfer mußten zunächst Holzpfähle zuschneiden. Diese wurden mit der sogenannten Rammkatze im Boden versenkt. Anschließend befestigten die Helfer die Netze an diesen Pfählen. Nach gut vier Stunden waren die vorgegebene Arbeit beendet.

Die vom Land Hessen geförderte Maßnahme soll unter anderem dazu dienen, die Wirksamkeit alternativer Methoden bei der Maikäferbekämpfung zu untersuchen. Den Erfolg dieser Maßnahme – darüber sind sich die Beteiligten alle einig – wird man erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen können.

Sonntags widmeten sich die Helfer aus Darmstadt dann wieder Aufräumarbeiten im Wald. An diesem Tag räumten sie die Hausschneise und die Hundschneise von umgestürzten Bäumen frei. In den letzten Wochen

und Monaten haben damit rund 470 Helfer des THW-OV Darmstadt an 19 Tagen über 3200 Arbeitsstunden geleistet. „Für die Aufräumarbeiten im Wald stellen wir seit Mitte Februar jedes Wochenende THW-Einheiten ab. Die Einteilung der Männer in Samstags- oder Sonntagsdienst obliegt dann dem Zugführer. Bei der Größe unseres Ortsverbandes müssen die Helfer ungefähr alle sechs Wochen zum Dienst antreten“, erläuterte Hans-Peter Walter den Einsatzplan. Für die nächsten Wochen gibt es für das THW trotz der schon geleisteten Einsätze im Wald noch genug Arbeit. Dazu Hans-Peter Walter: „Von der IHK Darmstadt haben wir aufgrund der außergewöhnlichen Situation eine Sondergenehmigung für unsere Waldeinsätze bis Ende September dieses Jahres erhalten.“

Ebenfalls am Samstag war Rainer Happel, Zugführer des I-Zuges, mit zwölf Männern der E-Gruppe auf dem Gelände des ehemaligen Darmstädter Schlachthofs aktiv. Mit Unterstützung eines 20-t-Autokrans der Firma Merck luden die Helfer ein tonnenschweres Notstromaggregat auf einen Lkw. „Das 255-kVA-Notstromaggregat wird zunächst bei einer Fachfirma in Heusenstamm überholt. Danach steht es dann dem OV Darmstadt zur Verfügung“, bemerkte Zugführer Happel.

Der Parcours der Werkfeuerwehr der Firma Merck in Gernsheim war das Ziel von Zugführer Kurt Gabler (I. BZ): Zwölf Helfer seines Zuges traten auf dieser Hindernisstrecke zur alljährlichen Atemschutzübung an – mit Erfolg, wie sich herausstellte.

Über Langeweile konnten sich auch die Helfer auf dem Übungsgelände des THW-OV Darmstadt in Arheilgen nicht beklagen: So übte Peter Dieter, Gruppenführer der G/W-Gruppe des I-Zuges, mit sechs Helfern unter realistischen Bedingungen an einer 80er Hauptleitung das Setzen eines Unterflurhydranten und den Hausanschluß für Wasser. Gleichzeitig verlegten Helfer der E-Gruppe ein Stromkabel zum Übungsgelände. Unterstützt wurde das THW Darmstadt bei dieser Arbeit vom OV Pfungstadt: Mit dem Radlader der Bergungsräumgruppe, die Leitung lag in den Händen von Gruppenführer Michael Schott, wurde ein ca. 200 m langer Graben für das Stromkabel ausgehoben. Mit dieser Aktion soll die Stromversorgung des Übungsgeländes sichergestellt werden, um den THW-Helfern in Zukunft noch bessere Übungsbedingungen bieten zu können. H. G.

Baden-Württemberg



„Das Warten hat sich gelohnt“

Hechingen-/Stetten. Mit Glückwünschen und Geschenken überhäuft wurde der THW-OV Hechingen, der im Kreise geladener Gäste die offizielle Einweihung seiner neuen Unterkunft in Stetten feierte. Gratulanten aus nah und fern bestätigten dem Ortsverband, dessen ehrenamtliches Engagement von allen Seiten gewürdigt wurde, die neue Unterkunft verdient zu haben. Gleichzeitig äußerten sie einmütig den Wunsch, daß das neue Gebäude mit Leben erfüllt werde.

Musikalisch eröffnet wurde die Feierstunde von einem Quartett der Hechinger Stadtkapelle. Im folgenden blickte THW-Geschäftsführer Günter Eissler auf die lange Entstehungsgeschichte des Neubaus zurück. Er wünschte dem Ortsverband ein stets kameradschaftliches Weiterkommen und eine gute Zusammenarbeit mit der THW-Geschäftsstelle in Tübingen.

Nächster Gratulant war Leitender Baudirektor Werner Gürtler, der in seinem Grußwort die Qualität des Neubaus und seine gelungene Einbindung in die Landschaft hervorhob. Zufrieden äußerte er sich darüber, daß das Gebäude termingerecht seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Schließlich wünschte er den THW-Helfern, daß sie sich in ihren neuen Räumlichkeiten wohl fühlen mögen, um effektive Arbeit leisten zu können.

Voll des Lobes über den „sehr gelungenen Neubau“ war dann THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel. Er äußerte den Wunsch, daß die Helfer in

der neuen Unterkunft nicht nur einen Unterstellplatz für Fahrzeuge sehen, sondern sie zur „Heimstätte einer guten Kameradschaft“ werden lassen. „Die Helfer sollen hier ihr Heim haben und von dort gut gerüstet in den Einsatz gehen.“

Daß der Hechinger Ortsverband die neue Unterkunft verdient habe, stand für ihn außer Zweifel. „Denn hier sind Helfer bereit, ihr ehrenamtliches Engagement als ‚Bürgerinitiative‘ in die Gemeinschaft einzubringen.“ An ihnen sei es jetzt, das neue Gebäude mit Leben zu erfüllen, es zu einem Zentrum von überregionaler Bedeutung werden zu lassen. „Sie stehen hier in der Verantwortung“, so Göbel, der im folgenden Rainer Haiss symbolisch den Schlüssel für die Unterkunft überreichte.

Der Ortsbeauftragte stellte danach fest, daß es nicht immer leicht gewesen sei, die Helfer neu zu motivieren. Mit dem Einzug in das neue Gebäude seien jetzt allerdings optimale Bedingungen für die Arbeit des THW geschaffen worden, was die Neugründung einer Jugendgruppe Anfang dieses Jahres belege. In diesem Zusammenhang galt sein besonderer Dank Hechingens Bürgermeister Norbert Roth, der dem THW in den vergangenen Jahren jede mögliche Unterstützung habe zuteil werden lassen.

Roth selbst bezeichnete die offizielle Einweihung der neuen Unterkunft als ein „erlösendes Ereignis“, wenn man bedenke „was wir in den vergangenen Jahren alles miteinander durchlitten haben“. „Aber“, so Roth weiter, „Ende gut, alles gut“.

Im folgenden zollte der Bürgermeister den Helfern Anerkennung, die den Ortsverband „trotz widriger Umstände“ aufrechterhalten haben. Gerade auf deren Hilfe könne im Notfall auch



THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel (links) übergibt Ortsbeauftragtem Rainer Haiss den symbolischen Schlüssel.



Die neue Unterkunft.

(Fotos: Biesinger)

in Zukunft gebaut werden. Neben einem Bild überreichte Roth Willi Bürkle abschließend eine Anerkennungsurkunde des Landes Baden-Württemberg.

Leitender Regierungsdirektor Karl Heim hob im folgenden die couragierte Einsatzbereitschaft der THW-Helfer vor. „Daß Sie bereit sind, Risiken in Kauf zu nehmen, haben Sie beim Großbrand in Ostdorf eindrucksvoll demonstriert, dafür gebührt Ihnen großer Dank.“ Als Einweihungsgeschenk hatte Heim ein gußeisernes Wappen des Landkreises mitgebracht. R. B.

Das Wasser stand bis zum Hals

Hechingen. Das Hechinger THW mit seinem Ortsbeauftragten Rainer Haiss wurde am Samstag, dem 23. Juni 1990, zu einem Einsatz nach Münsingen auf die Alb gerufen. Die Bergungsmannschaft startete am frühen Morgen mit Zugführer Riester zu ihrem Einsatz. Man traf sich, der Orientierung wegen, beim Sportplatz

Münsingen, wo Forstdirektor Götz und Förster Peter Daiker die Hechinger Helfer empfingen, um sie einzuweisen. An diesem Einsatz beteiligt waren auch THW-Ortsverbände aus Ofterdingen (mit Bagger), Sigmaringen, Tailfingen und selbstverständlich Münsingen.

Für die Hechinger THW-Mannschaft wurde das Gewann „Kältebuch“ im Stadtwald Münsingen auserkoren. Der verantwortliche Mann vor Ort, welcher den Hechingern mit Rat und Tat zur Seite stand, war der aus Hechingen stammende und jetzt in Münsingen beschäftigte Förster Peter Daiker. Seine Anweisungen lauteten, das Stück Wald von Sturmholz zu säubern, mittels der THW-eigenen Motorsägen Meter-Stücke zu sägen und das Holz an den Rückewegen und Feldwegen zu stapeln. Das in Unmengen umherliegende Reisig sollte auf riesige Haufen gestapelt werden.

Während des Vormittags stand den Helfern das Wasser buchstäblich „bis zum Hals“ und in den „Knobelbechern“. Es regnete zwei Stunden lang in Strömen. Aber man ließ sich nicht beirren, es wurde trotz des schlechten Wetters weitergearbeitet.



Im strömenden Regen wurde das Holz beiseite geschafft. (Foto: Biesinger)

Peter Daiker referierte am Ende des Einsatzes noch über die Borkenkäfergefahr und sonstige Probleme im Wald. Mit der Arbeit war Daiker sehr zufrieden: Selten habe eine Mannschaft so vorbildlich zugepackt, schwärmt er. Besonders „stark“ fand er, daß trotz weit offener „Wasserschleusen“ von Petrus die Helfer nicht resignierten.

Wieder im Ort angekommen, wurde man von Münsingens Bürgermeister empfangen, der eine kurze Ansprache hielt. Er sei auf das THW besonders stolz, denn schon wochenlang arbeiteten verschiedene Einheiten in jenen Wäldern. Er sei auch deshalb erfreut, weil aufgrund des Einsatzes der „Gelbhelme“ auf „Giftkeulen“ gegen das Ungeziefer verzichtet werden könne, meinte das Stadtoberhaupt.

Insgesamt über 2000 freiwillige und uneigennützigere Arbeitsstunden hätten die Männer des Technischen Hilfswerks aus dem Geschäftsführerbereich Tübingen in Münsingen abgeleistet, verkündete der Verwaltungschef. Die wahren „Grünen“ seien solche, die wie diese freiwilligen Helfer handelten. Die Hechinger brachten es an diesem Tag auf 13 Stunden je Helfer.

R. B.

Neue THW-Unterkunft festlich eingeweiht

Biberach/Baden. Über dreihundert Besucher konnte Walter Nock, THW-Ortsbeauftragter für Biberach/Baden, anlässlich der feierlichen Einweihung

seiner neuen Unterkunft begrüßen. An der Spitze der Gästeschar stand Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, der der Einladung des rührigen Ortsbeauftragten gerne gefolgt war.

In seinen Begrüßungsworten skizzierte Nock nochmals die lange Entstehungsgeschichte der Unterkunft. Über viele Jahre bemühte sich der Ortsverband vergeblich, bis die Pläne für einen Neubau sich endlich realisieren ließen.

Gelohnt hat sich das Warten, denn der Ortsverband verfügt nun nicht nur über eine zweckmäßige, sondern über eine geradezu schicke Unterkunft. Auf dem fast 2400 m² großen Grundstück, im Dezember 1987 erworben bzw. getauscht, wurde im Oktober 1988 mit dem Bau begonnen. Die Baukosten betragen für die im Dachgeschoß ausgebaute Unterkunft und die 190 m² Garagenfläche rund 1,2 Millionen DM.

Bundesinnenminister Schäuble gab in seiner Ansprache eine Bestandsgarantie für das Technische Hilfswerk ab. Wörtlich erklärte der Minister: „Das THW steht nicht zur Disposition.“

Ortsbeauftragter Walter Nock nahm im folgenden aus der Hand von THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel das Ehrenzeichen in Gold, die höchste THW-Auszeichnung, entgegen. Mit diesem Orden werde, so Henkel, die langjährige, engagierte Tätigkeit von Nock gewürdigt.

Nach weiteren Ehrungen folgte die kirchliche Weihe der Unterkunft. Mit zahlreichen Grußworten klang der of-



THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel zeichnet Walter Nock mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus. (Foto: Schürer)

fizielle Teil der Veranstaltung aus, die vom Blasorchester Biberach musikalisch umrahmt wurde.

Die Gäste konnten anschließend bei einem Rundgang die neue Unterkunft besichtigen. Den stärkenden Imbiß hatten sich die geduldigen Zuhörer nach den vielen Ansprachen redlich verdient.

Am nächsten Tag fand ein „Tag der offenen Tür“ statt, den die Bevölkerung nutzte, um sich über „ihr“ THW in Biberach und sein neues Heim zu informieren. G. Sch.

Eine Mustersprengung

Weil am Rhein. Eine spektakuläre Meisterleistung war die Sprengung eines 85 Meter hohen Kamins auf dem Schusterinsel-Areal in Weil am Rhein (Kreis Lörrach): Zentimetergenau fiel der Riese aus Backstein und Beton, nachdem Klaus Schrenk, Sprengmeister des THW Rheinfelden, das Kommando zur Zündung gegeben hatte. 2,4 Kilogramm Sprengstoff Ammongelit 3, aufgeteilt in 71 Ladungen, zerlegten den höchsten Industriehornstein der Stadt in Sekundenschnelle. Das letzte Wahrzeichen der einst blühenden Textilindustrie im Dreiländereck Deutschland/Frankreich/Schweiz verschwand mit dieser Detonation.

Der Kamin war eine harte Nuß für den Experten aus Rheinfelden: Es handelte sich um einen gemauerten Kamin

mit einer 25 Zentimeter dicken Hülle aus Betonsteinen, die außerdem mit zahlreichen Flachstahlbändern verstärkt war. Diese Armierung mußte zunächst aufgetrennt werden, um die richtige Fallrichtung des Kamins nicht zu gefährden.

Eine riskante Sache, denn ohne die Stahlverstärkungen war der Kamin nur bis zu einer Windgeschwindigkeit von zehn Metern pro Sekunde stabil. Bei nur leichtem Wind gab es aber keine Schwierigkeiten, und die Sprengung konnte wie geplant ausgeführt werden. Doppelt soviel Sprengstoff wie bei anderen Kaminen brauchte der Rheinfelder Sprengmeister, das ergaben seine Berechnungen. Im Abstand von 20 Millisekunden wurden die einzelnen Ladungen elektronisch gezündet; die Verkabelung hatte der Sohn des Sprengmeisters, Dieter Schrenk, ausgeführt.

Mehrere hundert Zuschauer waren zum Ort des spektakulären Geschehens gekommen. Vorsicht war insbesondere deshalb geboten, weil Teile der Betonhülle beim Aufprall weggeschleudert werden konnten. Auch auf der Baustelle eines nahen Einkaufszentrums drängten sich die Zuschauer und Fotografen. Ein Team des SWF-Fernsehens zeichnete die Sprengung für das Regionalprogramm auf.

Dann war es soweit: Ein laut gezählter Countdown brach die angespannte Stille, und die Ladungen detonierten mit kaum vernehmbarem Knall – die Sprengstelle war mit Strohballen und Folie ausgezeichnet abgedämmt. Langsam sackte der Kamin zunächst

in sich zusammen und stürzte schließlich genau nach Süden, in die berechnete Fallrichtung. Viel Platz wäre an der anderen Seite auch nicht gewesen: Auf der einen Seite lagen Fabrikgebäude im Einzugsbereich, auf der anderen Seite das renovierte Technologiezentrum der Stadt Weil am Rhein. Ein Ausrutscher wäre hier ein teurer Späß gewesen. Ch. B.

THW an der Hilfsaktion des Landes beteiligt

Stuttgart. Die Landesregierung von Baden-Württemberg entschloß sich wenige Tage nach dem Erdbeben im Iran, konkrete Hilfsmaßnahmen für die Opfer zu ergreifen. Auf Veranlassung von Ministerpräsident Lothar Späth wurde ein baden-württembergisches Spezialistenteam zusammenge-

stellt, um Dialysegeräte in das Erdbebengebiet zu transportieren.

Das zuständige Sozialministerium bat das THW um Unterstützung. Als Mitglied der Einsatzmannschaft wurde Oliver Hertfelder vom Ortsverband Kirchheim/Teck ausgewählt.

Der 30jährige THW-Helfer aus Dettingen war für die Stromversorgung zuständig. Am 27. Juni flog der Elektromeister vom Flughafen Echterdingen aus nach Teheran. Der Einsatz vor Ort verlangte neben technischem Know-how ein hohes Maß an Flexibilität und Improvisationsvermögen. Außerdem machten die ungewohnten Temperaturen von fast 50 Grad Celsius dem Elektro-Experten zu schaffen. Die mitgeführte Dialysestation wurde zunächst mit Notstromaggregaten betrieben und später an das örtliche Netz angeschlossen.

Am 1. Juli war der Auslandseinsatz erfolgreich beendet, das Hilfsteam kehrte nach Baden-Württemberg zurück. G. Sch.



Oliver Hertfelder beim Verladen der Ausstattung.

(Foto: Schürer)

Neue Verbindung

Wangen. Einen Holzsteg baute der THW-OV Wangen über den Erbakanal. Der Steg verbindet die Wohnsiedlungen Epplings, Kohlplatz und

Sigmanns und kann von Spaziergängern und Radfahrern benutzt werden.

Die 8,5 m lange und 1,2 m breite „Brücke“ hat ein Gewicht von 1,2 Tonnen. Vom 2. Bergungszug des Ortsverbandes unter der Leitung von



Der Riese neigt sich.

(Foto: Buch)



Sichtbare Freude über den neuen Holzsteg.

(Foto: Stadlmeier)

Gruppenführer Wolfgang Lang im Rahmen der Holzbearbeitung gebaut – Plan und Entwurf stammten von Zugführer Bruno Botzenhardt – konnte der Steg Mitte Juli aufgestellt werden.
J. S.

Erster Spatenstich für neue Unterkunft

Adelsheim. Der erste Spatenstich für die neue THW-Unterkunft im Adelsheimer Industriegebiet wurde jetzt endlich vollzogen. 21 Jahre lang war das THW dort in Notunterkünften untergebracht. Schon in einem Jahr soll der 60 Helfer umfassende Ortsverband seine Gerätschaften in dem neuen, rund 1,5 Millionen Mark teuren Domizil unterbringen können.

Zum ersten Spatenstich begrüßte THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel zahlreiche Vertreter des THW, befreundeter Hilfsorganisationen, des Staatlichen Hochbauamts Heidelberg und des öffentlichen Lebens. Göbel wies in seinen Begrüßungsworten auf die vielfältigen Aufgaben des THW hin. Deshalb sei es wichtig, daß das THW nicht nur gut ausgebildete Helfer und modernste Gerätschaften, sondern auch zeitgemäße Unterkünfte habe.

Den ersten Spatenstich unternahmen dann Ortsbeauftragter Harald Egner und Regierungsbaudirektor Karl Heinz Phillip, assistiert von Landesbeauftragtem Dirk Göbel, Geschäftsbe-

reichsleiter Richard van Hazebrouck und Zugführer Siegfried Egner. M. D.

Erfolgreicher „Tag der offenen Tür“

Neukirchen. Zu einem großen Erfolg wurde der „Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Neukirchen. Bereits am Freitagabend hatte die THW-Jugend zur Disco-Party in die ausgeräumten Fahrzeughallen geladen. Bei fetzigen Rhythmen tanzten dort zahlreiche Jugendliche bis in den frühen Morgen. Ein gemeinsamer Sicherheitswettbewerb von Freiwilliger Feuerwehr, Rotem Kreuz, Bundesverband für den Selbstschutz und Technischem Hilfswerk am Samstagnachmittag stieß in der Bevölkerung auf große Resonanz. Gut besucht war auch das THW-Schlachtfest, wofür zuvor zwei Schweine geschlachtet worden waren.

Von nah und fern kamen die Besucher am Sonntag zur großen Fahrzeug- und Gerätedemonstration. Die Helfer hatten alle Hände voll zu tun, um dem zahlreichen Publikum Geräte, Einsatzgebiete und Aufgaben des Technischen Hilfswerks zu erläutern. Sehr zufrieden mit dem „Tag der offenen Tür“ waren denn auch der Ortsbeauftragte, Bürgermeister Hermann Vogt und Zugführer Wolfgang Sprengel.

M. D.



Der Empfang der THW-Helfer in Rußberg.

(Foto: Deschner)

Fahrt nach Rumänien

Mannheim. Zum dritten Male brachte ein Hilfskonvoi des THW im Geschäftsbereich Mannheim über dreieinhalb Tonnen Medikamen-

te, Krankenhausbedarf, medizinisches Gerät und orthopädische Hilfen nach Rumänien. Unter Leitung des THW-Geschäftsbereichsleiters Richard van Hazebrouck und mit großer Unterstützung der katholischen Kirchengemeinde Mannheim-Wallstadt, des Caritas-Verbandes Mannheim sowie von Pfarrer Artur Spengler aus Feudenheim organisierte das THW den Ankauf von zwei gut erhaltenen gebrauchten Rettungswagen. Einer der Krankenwagen wurde dem Kinderkrankenhaus des Bezirks Hunedora zur Verfügung gestellt ebenso wie orthopädische Gehhilfen, Medikamente und sonstiger Krankenhausbedarf.

Begeistert wurden die Männer des THW in Rußberg, einem kleinen Bergwerksdorf in den Karpaten, empfangen. Mit dem dort übergebenen Krankenwagen und den medizinischen Gerätschaften, so betonte van Hazebrouck, scheinete jetzt sichergestellt zu sein, daß bei Unfällen im Bergwerk und in einem ebenfalls dort befindlichen Steinbruch unmittelbare Hilfe geleistet werden könne. Erschöpft und gleichzeitig jedoch froh darüber, zum dritten Mal gezielt Hilfe in Rumänien geleistet zu haben, kehrten die Helfer in ihre Heimat zurück.

M. D.



Erster Spatenstich für die neue Unterkunft.

(Foto: Deschner)

Deutsch-deutsche Kontakte im Warndienst

Anlässlich eines Informationsbesuches konnte der Abteilungsleiter Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. August-Jürgen Maske, kürzlich im Warnamt III in Rodenberg/Deister Vertreter der Hauptverwaltung Zivilschutz der DDR begrüßen.

Den aus Berlin über Magdeburg angereisten Gästen wurden die friedensmäßigen Aufgaben des Warndienstes der Bundesrepublik Deutschland nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz verdeutlicht. Neben einem ausführlichen Überblick über Grundlagen, Aufbau und Funktion des Warndienstes stand die Erläuterung des Warndienstinformationssystems (WADIS) in theoretischer und praktischer Form auf dem Programm.

In lockerer Atmosphäre war auch Gelegenheit zu einem Rundgang durch das Gelände und die Gebäude des Warnamtes III. Die praktische Vorführung des nuklid-spezifischen Meßfahrzeuges rundete die Einweisung in die friedensmäßigen Aufgaben im Rahmen der Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt durch den Warndienst ab.

Die Besucher ihrerseits berichteten über die Situation des Warndienstes in der DDR. Bei dem abschließenden Gedankenaustausch wurden auch mögliche künftige Aufgabenstellungen des Warndienstes diskutiert.

Nach einem gelungenen und sehr informativen Besuch im Warnamt III traten die Gäste die Heimreise an, jedoch nicht ohne zuvor weitere Konsultationen und Gespräche angeregt zu haben. W. V.

Der Warndienst überwacht die Umweltradioaktivität

Die Arbeitstagung der Warnamtsleiter und Einsatzleiter über die neuesten Arbeitsverfahren des Warndienstes bei der Überwachung der Umweltradioaktivität fand dieses Mal im Warnamt VI, Usingen, statt.

Neben der Warnung der Bevölkerung bei drohenden Gefahren hat der Warndienst seit Jahren auch die Aufgaben, die Umweltradioaktivität – und zwar die Gamma-Ortsdosisleistung – und radioaktive Ablagerungen auf dem Boden zu überwachen. Die Messungen erfolgten schon lange vor dem Reaktorunglück von Tschernobyl, so daß die erhöhten Werte im

April/Mai 1986 auch erfaßt wurden. Nach Tschernobyl wurde das Meßsystem erweitert, verfeinert und voll automatisiert über Rechner gesteuert. Die gesetzliche Grundlage dazu gibt das Strahlenschutzvorsorgegesetz vom Dezember 1986.

So verfügt der Warndienst über 2000 automatische, ortsfeste Meßstellen, die bundesweit mit einem mittleren Abstand von 11 km aufgebaut sind. Damit wird die Gamma-Ortsdosisleistung bereits im Bereich der natürlichen Umgebungsstrahlung jederzeit und flächendeckend erfaßt. Die Meßwerte geben Aufschluß über die Gefährdung des Menschen auf Grund erhöhter Umgebungsstrahlung durch radioaktive Strahlung von außen.

Eine Gefährdung durch die Aufnahme von radioaktiven Stoffen, z. B. über die Nahrungskette, kann damit aber nicht abgeschätzt werden. Dazu müssen auch Art und Konzentration der abgelagerten strahlenden Elemente erfaßt werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Erfassung dieser Werte kann jetzt jedes Warnamt mit einem speziell entwickelten Meßfahrzeug leisten.

Alle Meßergebnisse, die des Meßfahrzeuges und der Meßstellen eines Warngebietes, werden in der Regel automatisch von der EDV-Anlage des Warnamtes aufgenommen und gespei-

chert. Um ständig und bundesweit auf alle Meßergebnisse zurückgreifen zu können, sind die Warnämter und das Bundesamt für Zivilschutz in einem Datenverbund zusammengeschlossen. So ist es möglich, alle Meßdaten unabhängig vom Warngebiet aufzubereiten und darzustellen.

Im Rahmen des integrierten Meß- und Informationssystems des Bundes arbeitet der Warndienst im Frieden zudem eng mit dem Institut für atmosphärische Radioaktivität (IAR) zusammen. Dieses Institut erhält über den Datenverbund des Warndienstes alle Meßwerte, überprüft sie, wertet sie aus und leitet sie an die Zentralstelle des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität für eine Gesamtbewertung weiter.

Die Tagung im Warnamt VI diente dem „Training on-the-job“. Warnamtsleiter, Dipl.-Ing. Tholen, und die Einsatzleiter Schnieders und Hinsberger vermittelten den Teilnehmern die neuesten Arbeitsverfahren zur Sicherstellung der jederzeitigen personellen und technischen Einsatzbereitschaft hinsichtlich der Überwachung der Umweltradioaktivität – einer zentralen Aufgabe des Warndienstes.

M. Sch.

Ehemalige Führungskräfte des Warndienstes im Warnamt VI

Erfahrungsaustausch im Warnamt VI auf dem Donnerskopf zwischen Michelbach und Bodenrod für ehemalige Führungskräfte des Warndienstes aus dem gesamten Bundesgebiet: Die pensionierten Warnamts- und Einsatzleiter sowie Referatsleiter des Bundesamtes für Zivilschutz wollten bei ihrem Treffen nicht nur über vergangene Zeiten reden, sondern auch Informationen über die neuen Aufgaben des Warndienstes nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz erhalten.

Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. August-Jürgen Maske, informierte die Teilnehmer über die Aufgaben der Warnämter hinsichtlich der Überwachung von Umweltradioaktivität und die umfangreichen Erneuerungen seit dem Unglück von Tschernobyl.



Vertreter der Hauptverwaltung Zivilschutz der DDR im Warnamt III mit den Gastgebern.

(Foto: Vogt)



Ein Gruppenfoto nach dem Treffen.

(Foto: Dannewitz)

Dr. Maske wies auch auf die Investitionen im Warndienst-Meßsystem hin. Mit den 2000 automatischen Meßstellen zur Messung der Gamma-Ortsdosisleistung kann bereits heute die natürliche Umgebungsstrahlung jederzeit und flächendeckend im Bundesgebiet erfaßt werden.

Dipl.-Ing. Hans-Peter Tholen, Leiter des Warnamtes VI, konnte das neue Meßfahrzeug zur Erfassung der verschiedenen Nuklide in der radioaktiven Strahlung vorstellen. Einsatzleiter Manfred Schnieders informierte über die EDV-Einrichtungen und die veränderten Arbeitsplätze im Warnamt.

Die „Männer und Frauen der ersten Stunde“ nahmen auch die Gelegenheit wahr, den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen und den Hessenpark in Neu-Anspach zu besuchen. Sie dankten der Crew des Warnamtes VI für umfangreiche Informationen und besondere Betreuung während der zwei Tage im Taunus.

M. Sch.

Führungswechsel im Warnamt IV – Anlaß zu einem kleinen Rückblick –

Nach fast vierjähriger Dienstzeit wurde der Leiter des Warnamtes IV, Rainer Kann, vor zahlreichen Vertretern von Landesbehörden, THW, Bundeswehr, Polizei und der Stadt Meinerzhagen verabschiedet.

Vier Jahre sind eine kurze und überschaubare Zeitspanne. Doch beim Warnamt IV in Meinerzhagen, das für die Regierungsbezirke Arnsberg,

Münster und Detmold zuständig ist, geschah gerade in den letzten vier Jahren sehr viel: Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erhielt der Warndienst eine neue hervorgehobene Bedeutung. Das flächendeckende Meßstellennetz zur Überwachung der Umweltradioaktivität wurde erweitert und modernisiert. Das Warnamt IV leistete hier, wie der Abteilungsleiter WD beim Bundesamt für Zivilschutz, Dr. August-Jürgen Maske, während einer kleinen Feierstunde hervorhob, bundesweit und auch anlässlich der Besuche ausländischer Delegationen „Pilotfunktion“ und „Vorreiterdienste“. In diese Zeit fällt auch die Einführung des WADIS-Systems, angefangen mit dem notwendigen Umbau des Einsatzraumes bis hin zum Software-Check.

Aber auch in anderen Bereichen war das Meinerzhagener Warnamt engagiert. Ein wichtiges Beispiel dafür: In der Zeit vom 9. November 1989 bis 9. Februar 1990 fanden hier vorübergehend 350 Übersiedler aus der DDR eine Bleibe.

Dies und noch viel mehr fiel in die Amtszeit des bisherigen Warnamtsleiters, Rainer Kann, der nun („mit einem lachenden, aber vor allem auch einem weinenden Auge ...“) Abschied von seiner Wirkungsstätte nahm. Zum 1. Juli 1990 übernahm der gelernte Jurist im Bundesamt für Zivilschutz eine neue Aufgabe.

Kann war seit 1955 der fünfte Warnamtsleiter in Meinerzhagen. Der gebürtige Niedersachse hatte in Essen die Schule besucht, in Bochum studiert, kam 1986 zum Bundesamt für Zivilschutz und wurde in Meinerzhagen mit den Aufgaben des Warnamtsleiters betraut.

Der während der Feierstunde vorgestellte neue Leiter des Warnamtes ist ein Fachmann im ABC-Wesen. Klaus Intorp stammt aus Gelsenkirchen. Er ist verheiratet, hat vier Kinder. Er absolvierte eine Ausbildung zum staatlich geprüften Chemotechniker, diente dann 15 Jahre als Offizier bei der Bundeswehr, zuletzt an der ABC/Se-Schule in Sonthofen. 1979 kam er zum Warndienst. Bis 1983 war Intorp als Einsatzleiter beim Warnamt V in Linnich eingesetzt, ehe er ins Bundesamt wechselte. Dort war er zuletzt Referent in der Abteilung WD. S.

Informationsbesuch der norwegischen Zivilverteidigung im Warnamt VII

Am 15. und 16. Juni besuchten 42 Angehörige der norwegischen Zivilverteidigung das Warnamt VII.



Eine Gruppe der norwegischen Zivilverteidigung im Warnamt VII.

(Foto: Hardt)

Im Rahmen einer Studienreise hatten sie sich über den Aufbau und die Aufgaben der NATO in Brüssel und im Hauptquartier „SHAPE“ informiert. Nach dem Besuch bei der NATO waren die Norweger auch bei der französischen Zivilverteidigung in Paris gewesen, bevor sie im Warnamt VII zur letzten Station ihrer Reise eintrafen.

Es war bereits der fünfte Besuch einer Gruppe der norwegischen Zivilverteidigung im Warnamt VII seit 1980. Die norwegischen Besucher zeigten großes Interesse, insbesondere an den friedensmäßigen Aufgaben des deutschen Warndienstes. Einige Mitglieder der Gruppe waren schon mehrmals Gast im Warnamt VII und verfolgten mit Spannung die Entwicklung des Warndienst-Informationensystems, das auch in Norwegen kein vergleichbares Gegenstück findet.

Als besonderes Thema sah man die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die sich daraus eventuell ergebenden Auswirkungen auf die Aufgaben und die Organisation des bundesdeutschen Warndienstes. Eine Ausdehnung des radiologischen Meßnetzes auf das Gebiet der heutigen DDR würde von den norwegischen Besuchern begrüßt, da in Norwegen, noch als Nachwirkung auf den Reaktorunfall von Tschernobyl, starkes Mißtrauen in die Sicherheit der östlichen Kernkraftwerke und die Informationspolitik der jeweiligen Länder herrscht.

Vor ihrer Abreise am Samstag dankte sich der Leiter der Gruppe, Gunnar Hegdahl, bei Warnamtsleiter Gerd Hardt für die vorzügliche Betreuung und Verpflegung durch das Personal des Warnamtes VII.

G. H.



Wasser für Rostam Abad

„Im Rahmen seiner Hilfsmaßnahmen anlässlich des Erdbebens im Iran schickt das DRK am 5. Juli 1990 Hilfsgüter nach Teheran sowie ein Team von Wasseraufbereitungstechnikern, um den Iranischen Roten Halbmond bei dessen Hilfsaktionen zu unterstützen.“ Das waren die kurzgefaßten Geleitworte zu einem Einsatzauftrag in ein Land, das nicht nur durch die räumliche Distanz weit entfernt von Mitteleuropa scheint.

Das schwere Erdbeben in den frühen Nachtstunden des 21. Juni hatte mit seinen 7,3 Punkten auf der Richterskala schwerste Verwüstungen in der Region südlich des Kaspischen Meeres angerichtet, um 40000 Tote und 60000 Verletzte gefordert, eine halbe Million Menschen obdachlos gemacht und eine gut entwickelte Infrastruktur lahmgelegt, so auch die Versorgung mit Trinkwasser.

An Bord der von der Aeroflot gecharterten Antonov 124 sind als Spende des Generalsekretariats an den Iranischen Roten Halbmond u. a. zwei mobile Wasserfilteranlagen vom Typ Berkefeld, die entsprechenden Chemikalien, 1500-l-Tanks, und als Fachleute in einem Dreierteam reisen die beiden Techniker Klaus-Dieter Kodym und Detlev Küster vom Landesverband Hessen mit. Sie sollen Helfer der iranischen Schwestergesellschaft in die Funktion der Filteranlagen einweisen und deren Handhabung mit ihnen praktizieren, um in einem größeren Teilbereich des Erdbebengebietes die Trinkwasserversorgung sicherzustellen.

Anders als in den Medien – die Menschen im Iran

Nach rund sechs Stunden Flugzeit landet die größte Frachtmaschine, die im zivilen Luftverkehr eingesetzt wird, auf dem militärischen Teil des Teheraner Flughafens, wo Hilfsgüter aus aller Welt ankommen und entladen werden. Die landestübliche Begrüßung mit „Salaam!“ durch das militärische Empfangskomitee klingt ausgesprochen freundlich, fast entschuldigend

wird das Team auf das notwendige Übel der Einreiseformalitäten aufmerksam gemacht und zur Überbrückung der Wartezeit zum Frühstück eingeladen. Dies mit der Bitte um Verständnis, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nur frugal sein könne, wofür man sich entschuldige. Die Menge des Angebotenen läßt jedoch den Verdacht keimen, daß man sich auf eine längere Wartezeit einrichten müsse. So ist es dann auch, die Formalitäten dauern fast ebensolange wie der Flug selbst. Der Vorteil ist dabei allerdings, daß man die Entladung der Hilfsgüter überwachen kann und trotz der Verständigungsprobleme Kontakt zu Menschen bekommt, die so gar nicht dem Bild entsprechen, das viele westliche Medien von ihnen zeichnen. Ihre Gastfreundschaft, ihre Höflichkeit und ihr gewinnendes Wesen sollten während des Aufenthaltes des Teams im Iran stets gegenwärtig sein. Groß ist ihre Anteilnahme am Schicksal der Menschen in den verwüsteten Provinzen am Kaspischen Meer, dankbar begrüßen sie die Hilfs-

güterlieferungen aus vielen Ländern, die täglich in Teheran ankommen.

Leben in Zelten mit Teppichboden

Wer in Teheran den Zauber des Orients erwartet, wird zumindest während der Fahrt vom Flughafen zum Hotel bitter enttäuscht. 1985 wurden hier 5,8 Millionen Einwohner gezählt, heute sind es nach inoffiziellen Angaben 12 Millionen Menschen, die in der Stadt und im Einzugsgebiet leben und arbeiten. Der dichte Autoverkehr läuft nach Regeln ab, für die unsere Amtssprache nicht blumenreich genug ist, sie zu erläutern. Sie bieten viel individuellen Freiraum, der geschickt mit Hupen und vielfältigen Gesten genutzt wird. Dabei werden derart viel Abgase produziert, daß Teheran heute nach Mexiko-City die Stadt mit der zweithöchsten Luftverschmutzung der Erde ist. Zahlreiche Autos zeigen schwarze Fahnen als Zeichen der Trauer, und in vielen Sammelstellen zwischen den

Betonbauten der Innenstadt werden Hilfsgüter wie Decken und Hausrat für die Opfer der Erdbebenkatastrophe gespendet.

Auf einen längeren Verbleib in den Zelten, die Helfer des Iranischen Roten Halbmondes in Rudbar, 280 km nordwestlich von Teheran im Epizentrum des Bebens aufgebaut haben, sind die Überlebenden eingestellt. Mit Vierkanthölzern und Brettern aus den Trümmern ihrer Häuser haben sie Fußböden in die Zelte eingezogen, sie mit den geretteten Teppichen ausgelegt, Kochgelegenheiten dahinter eingerichtet. Für jeweils vier bis sechs Zelte ist ein großer Wassertank aufgestellt, der täglich durch Tankwagen gefüllt wird, die das Wasser aus der rund 50 km entfernten Provinzhauptstadt Rascht holen.

Die regionale Wasserversorgung zu verbessern, ist Aufgabe des DRK-Teams, das nach fast neunstündiger Fahrt in der Einsatzzentrale des Iranischen Roten Halbmondes in Rudbar ankommt. Hier laufen alle Fäden zusammen, hier werden alle Aktivitäten koordiniert, die Kommunikation mit den Außenposten in der am schwersten verwüsteten Provinz Gilan erfolgt über Funk. Beeindruckend ist



Das 100-Betten-Kreis Krankenhaus Rudbar wurde völlig zerstört. Die Bevölkerung wurde in einem Feldhospital der Bundeswehr in Rostam Abad medizinisch versorgt.



Bereits am Vormittag betrug die Temperatur 48° Celsius auf dem Betriebsgelände des DRK, das inmitten von Reisfeldern lag.

die hohe Professionalität, mit der die gewaltige Aufgabe der Versorgung der Opfer angegangen wird.

Grundwasser zu Teewasser

Zwölf Kilometer nördlich von Rudbar liegt der Straßenknotenpunkt Rostam Abad inmitten eines malerischen Talkeessels am „Weißen Fluß“. Vor seiner völligen Zerstörung war er als Marktflecken Treffpunkt der Bewohner hochgelegener Gebirgsdörfer, die von den Auswirkungen des Bebens besonders betroffen sind. Ihre Wasserquellen sind durch Gesteinsverschiebungen entweder völlig versiegt oder sprudeln jetzt an weit von den Behausungen entfernten Plätzen. Auf dem Gelände einer zerstörten Kiesaufbereitungsanlage außerhalb des Ortes beginnt das Team seine Arbeit. Wasser ist in ausreichender Menge vorhanden, einmal durch den nur ca. 300 m entfernten Fluß, zum anderen durch einen relativ hohen Grundwasserstand. Auf Empfehlung des örtlichen

„Komitees für den Wiederaufbau“ wird der Brunnen auf dem Gelände genutzt. Die drei Helfer des Iranischen Roten Halbmondes leisten zunächst nur Mithilfe bei Aufbau und Inbetriebnahme der Anlage, ein Dolmetscher steht am ersten Tag nicht zur Verfügung. Auffallend bei allen dreien ist eine wohl angeborene Begabung für das Verstehen technischer Zusammenhänge und Abläufe, so daß der Betrieb unter ihrer Mithilfe bald „rund“ läuft. Sehr schnell hat sich bei immer noch aus den Bergen nach Rostam Abad kommenden Obdachlosen herumgesprochen, daß es eine neue Trinkwasserquelle gebe, und bald siedeln sich die ersten Großfamilien auf dem „Betriebsgelände“ des DRK an.

Deren Trinkwasserversorgung wird in traditionell iranischer Gastfreundschaft mit Einladungen zum improvisierten Five o'clock tea vergolten, Verständigungsschwierigkeiten gibt es trotz mangelnder Sprachkenntnisse und fehlenden Dolmetschers überhaupt nicht. Als Massoud Manssuri,



Mit dem zum Tankwagen umgerüsteten Unimog konnten auch die hochgelegenen Gebirgsdörfer mit Trinkwasser versorgt werden. (Fotos: Hamburg)

Germanistik-Student im sechsten Semester an der Beheshti-Universität in Teheran – auch ist er Helfer des Iranischen Roten Halbmondes – am vorletzten Tag der Ausbildung eintrifft, sind aus drei einfachen Helfern soweit Experten geworden, daß sie die beiden Filteranlagen in Betrieb nehmen und halten können. Auch die Chlorierung des Trinkwassers und Bestimmung des Chlorgehaltes im aufbereiteten Wasser machen keine Schwierigkeiten mehr. Die theoretische Ausbildung durch die beiden DRK-Fachleute mit Hilfe des Dolmetschers dient noch der Festigung des praktisch Gelernten und wird anhand des Vorentwurfes zum „Leitfaden Trinkwasseraufbereitung“ des Landesverbandes Hessen vorgenommen.

Mit Hilfe eines auf dem Hilfsgüterflug ebenfalls mitgeführten Unimogs, den Daimler-Benz neben drei weiteren Spezial-Unimogs dem DRK für dessen Iran-Hilfe spendete, wird in Falttanks Wasser in geprüfter Trinkqualität verteilt, in den Zeltlagern Rostam Abads und vor allem in den zahlreichen kleinen Ansiedlungen im Gebirge, die von den großen Tankwagen des Iranischen Roten Halbmondes nicht erreicht werden.

Gewiß keine spektakuläre Hilfsaktion, aber doch eine sinnvolle. Sauberes Wasser ist nun einmal ein unverzichtbares Lebensmittel. 15000 Menschen, die im Bereich der Aufbereitungsanlagen leben, werden jetzt zumindest damit täglich versorgt.

Horst F. Hamburg



Hier noch unter Anleitung: Helfer des Iranischen Roten Halbmondes bestimmen den Chlorgehalt des aufbereiteten Trinkwassers.

Neuer DRK-Generalsekretär

Die Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes hat in Bonn Staatssekretär a. D. Johann Wilhelm Römer auf sechs Jahre zum neuen DRK-Generalsekretär bestellt. Er trat am 1. September 1990 die Nachfolge von Dr. Hermann Schmitz-Wenzel an, der in den Dienst des Bundeskanzleramtes zurückkehrt. Bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wird dieser seine beruflichen Fähigkeiten für eine Berater Tätigkeit bei der DDR-Regierung, vornehmlich im Ministerium für Gesundheitswesen, zur Verfügung stellen.

Der 51jährige Jurist Römer war zuletzt im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt und Gesundheit tätig. Er wird seine großen Erfahrungen in den verschiedensten Bereichen der öffentlichen Verwaltung, u. a. als



Johann Wilhelm Römer, Generalsekretär des DRK ab 1. September 1990. (Foto: Nolde)

Landrat im Kreis Daun und im Landkreis Mainz-Bingen, einbringen.

Römer hat seit 1973 als Vorsitzender von DRK-Kreisverbänden wie in anderen Arbeitsfeldern des Roten Kreuzes ehrenamtlich mitgearbeitet.

Besuch der sowjetischen Delegation zum deutsch-sowjetischen Hilfeleistungsabkommen

Im Juli dieses Jahres erhielt der Arbeiter-Samariter-Bund in der Bundesgeschäftsstelle Köln Besuch von der sowjetischen Delegation zum deutsch-sowjetischen Hilfeleistungsabkommen. Wichtigstes Thema war die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie die Vorstellung der Arbeitsweise einer deutschen Hilfsorganisation.

Generalleutnant Dolgin, Stellvertretender Leiter der zivilen Verteidigung der UdSSR, Generalmajor Suldin, Leiter des wissenschaftlich-technischen Komitees der zivilen Verteidigung der UdSSR, Herr Gawrilin, Leiter des Sekretariats des Vorsitzenden der Staatskommission des Ministerrates der UdSSR für den Ausnahmezustand, und Herr Maguta, Sekretär der Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, interessierten sich sehr für den Aufbau sowie Aufgaben und Einsatzfelder des ASB. Gemeinsam mit Ministerialdirigent Wolfgang Beyer und Ministerialrat Dr. Ewald Andrews vom Bundesministerium des Innern, ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller und



Die sowjetische Delegation zum deutsch-sowjetischen Hilfeleistungsabkommen in der ASB-Bundesgeschäftsstelle Köln. (Foto: Schmoll)

dem Leiter des Technischen Referates, Heribert Röhrig, wurden Erfahrungen im Katastrophenschutz ausgetauscht und der Auslandshilfeinsatz in Armenien diskutiert.

Es wurde weiterhin beschlossen, Kontakte mit sowjetischen Freiwilligen-Organisationen zu halten, die sich während des Katastrophenschutzes in Armenien gebildet haben und sie bei

ihrer Arbeit durch Know-how zu unterstützen. RH

Bewährungsprobe bestanden

Welcher Ausbilder ist sich nicht schon einmal fast wie ein mittelalterlicher Sklaventreiber vorgekommen, wenn einzelne Kurssteilnehmer während der praktischen Übung der Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) mit dicken Schweißperlen auf der Stirn, mitleiderregendem Blick und kaum hörbarer Stimme schon nach ein bis zwei Minuten fragen, wie lange sie denn noch weitermachen müssen. Die folgende Begebenheit zeigt, daß sich diese „Schinderei“ durchaus lohnt.

Ausbildung von Schwesternhelferinnen, Thema „HLW – praktische Übungen“. Nachdem anfangs bei vielen Teilnehmerinnen Korrekturen

durch den Ausbilder erforderlich sind, hat letztendlich jede der Damen etwa acht bis zehn Minuten geübt, bis der Ausbilder davon überzeugt ist, daß sie diese Maßnahme auch im Ernstfall effektiv anwenden können. Fast alle haben das Gefühl, bei den Übungen bis an die Grenzen ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit gelangt zu sein, und alle haben die Hoffnung, das Erlernete niemals in der Praxis einsetzen zu müssen.

Unverhoffte Praxis

Beim nächsten Unterrichtstermin, zwei Tage später, kommt eine Teilnehmerin zum Ausbilder mit den über-

raschenden Worten: „Ich weiß noch nicht, ob ich mich bei Ihnen bedanken oder ob ich Sie umbringen soll!“ Was war passiert? Einen Tag nach der HLW-Unterrichtung war die Dame in der Stadt unterwegs, als in ihrer unmittelbaren Nähe ein 68 Jahre alter Mann bewußtlos zusammenbrach. Ohne zu zögern führte sie, wie sie es gelernt hatte, die Basiskontrollen durch und stellte dabei mit nicht geringem Erschrecken fest, daß bei dem Mann ein Atem- und Kreislaufstillstand vorlag. Nachdem sie den ersten Schrecken schnell überwunden hatte, führte sie, wie am Vorabend geübt, die Herz-Lungen-Wiederbelebung durch und veranlaßte die umstehenden Passan-

ten, den Notruf durchzugeben. Die Rettungsmannschaft, die nach knapp zwanzig Minuten am Notfallort eintraf, konnte mit Bewunderung feststellen, daß der Mann ohne die beherzte Hilfe unserer Schwesternhelferinnen diesen, wie sich später herausstellte, schweren Herzinfarkt nicht überlebt hätte. Wie die Frau weiter erzählte, hat es fast einen ganzen Tag gebraucht, bis ihre innere Erregung und das Zittern am ganzen Körper dem beglückenden Gefühl gewichen war, ein Leben gerettet zu haben.

Motivationsschub

Dieser Vorfall hatte jedoch nicht nur für den betroffenen Mann einen

positiven Ausgang, sondern er führte auch in der Gruppe der Lehrgangsteilnehmerinnen dazu, an uns die Bitte heranzutragen, auch über den Lehrgang hinaus regelmäßige Fortbildung und häufige Übungen der HLW zu ermöglichen. So kommt es, daß sich diese Gruppe fast geschlossen regelmäßig einmal pro Monat zur Fortbildung trifft und auch im Malteser-Hilfsdienst aktiv mitarbeitet. Die Lebensretterin, die bei der Anmeldung zum Lehrgang noch als Beruf „Hausfrau“ angegeben hatte, befindet sich mittlerweile in der Berufsausbildung zur Krankenpflegehelferin.

Norbert Tradler

ASB stiftete Medikamente für Prager Kinderkrankenhaus

Dringend benötigte Medikamente für Kinder, die an zystischer Fibrose leiden, stiftete der Arbeiter-Samariter-Bund einem Kinderkrankenhaus in Prag/Tschechoslowakei. Vertreter dieses Krankenhauses und Vertreter tschechischer humanitärer Organisationen nahmen die Medikamente in Empfang.

Vertreter des tschechischen Rates für humanitäre Fragen und des „Blauen Sterns“, eine der 56 Mitgliedsorganisationen in diesem Rat, traten an den ASB heran, um medizinische Hilfe für ein Prager Kinderkrankenhaus zu erbitten. Dringend benötigt werden Medikamente, die Kindern mit zystischer Fibrose helfen sollen.

Beim ASB ließ man sich nicht lange bitten und lud die Vertreter der Organisationen und des Krankenhauses nach Köln ein. Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller und Mitarbeiter der ASB-Auslandshilfe überreichten die Medikamente im Wert von 16 000 DM.

Die Vertreter des Rates für humanitäre Fragen und des „Blauen Sterns“ nutzten die Gelegenheit, um ihre Organisationen dem ASB vorzustellen und im Gegenzug Informationen über den ASB zu bekommen. Diskutiert wurde eine mögliche Zusammenarbeit beim Neuaufbau des Rettungsdienstes in der Tschechoslowakei.

In seiner Eigenschaft als Mitgliedsorganisation im Rat für humanitäre Fragen ist der „Blaue Stern“ federführend für den Aufbau und konzeptionelle Fragen im Hinblick auf den Ret-

tungsdienst. Seitens des „Blauen Sterns“ interessiert man sich sehr für eine Mitarbeit bei humanitären Aktionen des ASB im In- und Ausland und für den Aufbau von Modellprojekten im Bereich des Rettungsdienstes. Zur Zeit besteht bereits ein guter Kontakt zum ASB-Ortsverband Achern, der einen Rettungsdienst außerhalb Prags für etwa 20000 Personen modellhaft betreuen soll. KM

Vom „Haus der Angst“ zum „Haus der Gesundheit“

Der im Volksmund seit zwei Jahren als „Haus der Angst“ gefürchtete Neubau an der Wilhelm-Pieck-Straße in Görlitz (DDR) hat seit kurzem nun doch einiges von seiner Bedrohlichkeit verloren. In dem viergeschossigen Flachbau – unterkellert, mit Atombunker und hoch effizienter Abhöranlage ausgestattet – residierte bis zum vergangenen Oktober die örtliche Kreisverwaltung des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit.

Die dringend benötigte Umwandlung in ein „Haus der Gesundheit“ konnte nach der „Wende“ endlich in Angriff genommen werden. Nach nur vierwöchiger, intensiver Aufräum- und Renovierungsarbeit bezog ärztliches Fachpersonal der „Schnellen Medizinischen Hilfe Görlitz“ nun schon eine komplette Etage. Die sensibilisierte Bevölkerung hatte im Verlauf der „Nachtschichten“ wegen der erleuchteten Fenster besorgt angefragt: „Etablieren DIE sich etwa wieder?“ Doch es „etablieren“ sich derzeit medizinisch und sozial Tätige verschiedener Sparten im ehemaligen Stasi-Quartier, um die ortsansässige Bevölkerung umfassend gesundheitlich zu versorgen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund Görlitz – mit Wiesbadener Unterstützung und einer Patenschaft kürzlich wieder gegründet – hat seinen Sitz in der obersten Etage des Gesundheitshauses. Zur Eröffnungsfeier überbrachte aus der Partnerstadt der Wiesbadener Geschäftsführer Jürgen Welzel neben ermunternden Grüßen auch ein sinn- und zweckvolles Präsent: Ein weiteres hochmodernes Rettungsfahrzeug konnte als viertes Fahrzeug im Fuhrpark sofort in den Dienst gestellt werden.

In Anwesenheit von Vertretungen Görlitzer Parteien und dem Leiter des „Runden Tisches“, Roland Antko-

wiak, sowie Wiesbadener Gästen (Karl-Heinz Franke, Referent des Oberbürgermeisters) überbrachte auch ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller herzliche Glückwünsche. Vom ASB Rheinland-Pfalz waren Lothar Anzilutti und Oswald Fechner an die Neibe gekommen. Annemarie Renger, die Bundestagsvizepräsidentin und ASB-Präsidentin ließ ebenfalls zur historisch bedeutsamen Einweihung Grüße übermitteln. Chefarzt Dr. Rolf Weidle begrüßte als Leiter der neuen Einrichtung den sich nun entwickelnden Pluralismus im Rettungswesen. Durch das gesamtdeutsche Konzept und das „Mutmachen“ des ASB konnten nun nötige Akzente gesetzt werden, um eine gesunde Konkurrenz miteinander und füreinander zu entfalten. Schließlich wird auch eine Apotheke zur pharmakologischen Betreuung des angrenzenden Wohngebietes schnellstmöglich im Haus Einzug halten. Die ebenfalls geplante Sozialstation wird die Mobilen sozialen Dienste für ältere verstärken.

Ein Rundgang durch das noch eingezäunte „Haus der Gesundheit“ läßt mit äußerst gemischten Gefühlen deutlich spüren, welch absurde Perfektion aus den inhumanen Kontroll- und Einschüchterungspraktiken der Stasi mutierten. Mehrere hundert Telefonate ließen sich in der Hightech-Anlage abhören, Fenster sind nach wie vor vergittert. Schalldichte Verhörräume

wirken schlichtweg beklemmend. Leere Aktenordner und Stasi-Siegel an Metallschränken sind stumme Zeugen umfassender Spitzeltätigkeiten...

Sicher dauert es noch eine geraume Zeit, bis die Görlitzer Bevölkerung das „Haus der Gesundheit“ ohne Furcht und Beklemmung betreten und für sich nutzen kann. Gesine Werner

ASB-Rettungshund spürte Opfer eines Flugzeugabsturzes auf

„Danny“, Mitglied der Rettungshundstaffel des ASB Schweinfurt, spürte nach dem Absturz der Transportmaschine der Bundeswehr vom Typ „Transall“ zwei Opfer auf. Besonders erschwert wurde die Suche durch verschmorte Kabel und Kunststoffteile sowie rauchende Wrackteile. Vor allem Ammoniak und auslaufendes Kerosin haben Dannys empfindlicher Hundenase zu schaffen gemacht. Der erfolgreiche Einsatz war daher für den Hund eine besondere Leistung.

„Danny“ ist ein Langhaarschäferhund im Alter von drei Jahren, der die Prüfung als verkehrssicherer Begleithund, Lawinenhund und Rettungshund Mauer/Fläche abgelegt hat. R.S.

Hilfsgütertransporte des Arbeiter-Samariter-Bundes nach Rumänien

Seit Anfang diesen Jahres haben zahlreiche ASB-Landes- und Ortsverbände mit Lkw-Konvois Hilfsgüter nach Rumänien geliefert, um die Not der unterversorgten Bevölkerung zu lindern.

Beladen mit insgesamt über 400 Tonnen Hilfsgütern, bestehend aus Lebensmitteln, Medikamenten, Babynahrung, Kinderkleidung, Bekleidung und medizinischen Geräten wurden folgende Orte angefahren:

Temeswar, Brasov, Sibiu, Simlul-Silvaniei, Saversin, Arad, Jasi, Bacau, Neustadt, Valea Lunga, Satu Mare, Kreuzstetten, Engelsbrunn, Wiesenheid, Klausenburg, Medias, Vatra Dornej, Cimpolung, Gura Humora, Suceava, Radasti, Schelten, Lipova, Giarmarta, Reghin.

Vorwiegend wurden Klinken, Waisenhäuser, Kindergärten, Kirchengemeinden und Altenheime beliefert. Finanziell ermöglicht wurden diese zahlreichen Hilfsgütertransporte durch die Organisationsstellen des ASB und Spenden von Bürgern und Firmen.

Landes- und Ortsverbände, die Hilfsgüter nach Rumänien gebracht haben:

OV Stormann	OV Tuttlingen
OV Darmstadt	OV Heilbronn
OV Karlsruhe	KV Würzburg
KV Nürnberg	OV Ulm
KV Rhein.-Berg.-Kreis	OV Worms
KV Hannover-Land	OV Essen
LV Rheinland-Pfalz	LV Saarland
	OV Frankenthal

Breitenausbildung wird noch effizienter

Neben ihrem innovativen Engagement in den Sozialen Diensten entwickelt die Johanniter-Unfall-Hilfe auch ihre klassischen Aufgabengebiete konsequent weiter. So gibt es eine Reihe von Ansätzen, die Breitenausbildung in Erster Hilfe noch effizienter zu gestalten: Ein neuer Ausbildungsleitfaden steigert die Lehrgangattraktivität, Führerscheinbewerber erlernen auch die Herz-Lungen-Wiederbelebung, das Thema „Beatmungshilfen“ wird intensiv diskutiert.

Bewährungsprobe bestanden

Im April war es endlich soweit: Der neue Ausbildungsleitfaden „Erste Hilfe“ und der dazugehörige Foliensatz konnten vorgestellt und Ausbilder, die lange auf dieses neue Werk gewartet hatten, zur Verfügung gestellt werden.

Was waren die Ursachen, die zu einer neuen Themenauswahl und zu einem veränderten methodisch-didaktischen Konzept geführt hatten? Bereits seit einigen Jahren wurden die vier ausbildenden Hilfsorganisationen zunehmend kritisiert und es wurde ihnen vorgeworfen, daß die Effizienz

ihrer Lehrgänge in Erster Hilfe zu gering sei und die Ausbildung insgesamt sich nicht mehr an den Erfordernissen der Realität orientiere.

Anlässlich verschiedener Tagungen und Veranstaltungen stellten die ausbildenden Hilfsorganisationen die Ergebnisse ihrer Überlegungen zu einer konkreten Verbesserung der Situation vor; der Durchbruch konnte im Oktober 1987 anlässlich der Fachtagung „Erste Hilfe“ in Hennef/Sieg verzeichnet werden. Die wesentlichen Aussagen damals:

- Steigerung der Lehrgangattraktivität insgesamt durch verstärkte Ansprache bestimmter Zielgruppen;
- stärkerer Praxisbezug der Ausbildung;
- Integration der Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Breitenausbildung.

Unter der Prämisse, die Ausbilder nicht einzuengen und in ihrer Kreativität zu beschneiden, wurde dann in einer Arbeitsgruppe, an der JUH-Bundesschule nach und nach der neue Ausbildungsleitfaden entwickelt, so wie er sich heute darstellt.

Es hat sich im Nachhinein als absolut sinnvoll erwiesen, im Jahre 1989

zunächst mit einem vorläufigen Unterrichtsverlaufsplan zu arbeiten, denn die Ergebnisse dieses „Probelaufs“ waren wertvoll, weil sie Schwachstellen offenlegten und eine sinnvolle Überarbeitung dieses Verlaufsplans gewährleisten konnten.

Es kann heute guten Gewissens behauptet werden, daß sich der neue Ausbildungsleitfaden „Erste Hilfe“ bestens bewährt hat. Der nötige Freiraum für jeden Ausbilder ist gegeben, und indem mit gezielter Auswahl der einzelnen Fallbeispiele das Interesse der Lehrgangsteilnehmer nachhaltig geweckt werden kann, ist eine gewisse zielgruppenorientierte Ausbildung gewährleistet. Durch vermehrte praktische Übungen – die sich an den Erfordernissen einer Notfallsituation orientieren – konnte ein stärkerer Realitätsbezug erreicht werden.

Der neue Ausbildungsleitfaden ist ein rundum gelungenes Werk, das bestens geeignet ist, den Leitgedanken des Bundesausbildungsleiters und des Bundesarztes der JUH umzusetzen, wie sie ihn im Vorwort des Leitfadens beschrieben haben: „Unsere Ausbilderinnen und Ausbilder wünschen wir Freude im Umgang mit dem Leitfaden und Erfolg bei ihrer Arbeit in

einem der interessantesten und wichtigsten Aufgabengebiete der Johanniter-Unfall-Hilfe, in dem auch die Möglichkeit genutzt werden sollte, einem sich scheinbar abzeichnenden Wertewandel in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.“

Lebensrettende Sofortmaßnahmen

Das Bundesministerium für Verkehr informierte im April darüber, daß die Maßnahmen der Herz-Lungen-Wiederbelebung zukünftig in die Sofortmaßnahmen-Ausbildung für Führerscheinbewerber einfließen werden und daß somit dem Antrag der vier ausbildenden Hilfsorganisationen stattgegeben wurde.

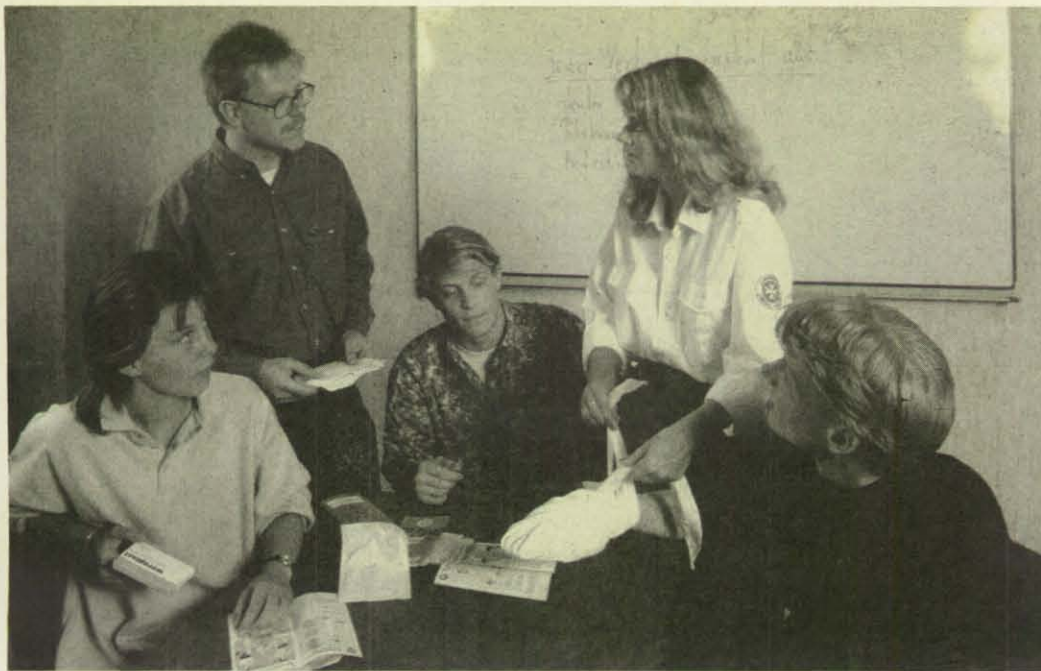
In der Konsequenz bedeutet dies, daß die ausbildenden Hilfsorganisationen gemeinsam ab 1. Januar 1991 einen neuen Lehrgang unter der Bezeichnung „Lebensrettende Sofortmaßnahmen für Führerscheinbewerber“ anbieten werden, der die bisherige Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort ablöst.

Der neue Lehrgang umfaßt vier Doppelstunden, in denen die Herz-Lungen-Wiederbelebung eine der zentralen Maßnahmen darstellt. Derzeit wird an der JUH-Bundesschule ein neues Unterrichtskonzept für die Ausbilder erarbeitet, das rechtzeitig vorliegen wird, um die Ausbilder in die neue Struktur einer altbekannten Thematik einzuweisen. Die Teilnehmerzahl wird beschränkt werden, um ein optimales Training der HLW gewährleisten zu können.

Die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen werden zukünftig ein wichtiger Baustein in der Lehrgangspalette der JUH sein; im vergangenen Jahr wurden über 60 000 Mitbürger in den Sofortmaßnahmen am Unfallort unterwiesen. Die neuen Lebensrettenden Sofortmaßnahmen sind nicht allein unter dem Gesichtspunkt von Straßenverkehrsunfällen zu sehen, vielmehr steht die Abwendung lebensbedrohlicher Zustände – unabhängig von deren Ursache – im Mittelpunkt. Es werden daher zukünftig die lebensrettenden Maßnahmen nur exemplarisch



In Erster Hilfe garantieren die Johanniter eine kompetente Breitenausbildung.



Wirksame Techniken zur Herz-Lungen-Wiederbelebung werden von den Johannitern sinnvoll eingesetzt.

an einem Verkehrsunfall dargestellt und es wird in Ermessen und Verantwortung des Ausbilders stehen, logische Verbindungen zu Notfällen und Notfallsituationen in anderen Lebensbereichen darzustellen.

Weiter ist geplant, die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen auch gruppenspezifisch für Angehörige von Herzpatienten anzubieten. An diesem ebenfalls vier doppelstündigen Lehrgang – der dann auf Dauer die bekannte Sonderausbildung Herz-Lungen-Wiederbelebung ablösen könnte – wird gearbeitet.

Im Zusammenhang mit den Lebensrettenden Sofortmaßnahmen für Führerscheinbewerber hat der Malteser-Hilfsdienst einen Fragenkatalog zur theoretischen Führerscheinprüfung erarbeitet, der mit den anderen Hilfsorganisationen abgestimmt und dem Bundesminister für Verkehr vorgelegt wurde. Wie von dort zu erfahren war, bestehen realistische Aussichten, Fragen aus dem Bereich der Lebensrettenden Sofortmaßnahmen zukünftig in die theoretische Führerscheinprüfung aufzunehmen.

Beatmungshilfen: Wie geht es weiter?

Seit der Einführung der Atemspende in die Maßnahmen der Ersten Hilfe bzw. die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen ist die Diskussion über die Verwendung von Beatmungshilfen nie verstummt und gerade aufgrund der aktuellen Entwicklung der letzten Jahre sehr kontrovers geführt worden.

Die Befürworter der Verwendung von Beatmungshilfen stützen sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

1. Der Laien- bzw. Ersthelfer könne bei Verletzungen des Mund-Nase-Bereiches des zu Beatmenden Ekel empfinden und daher die Atemspende unterlassen.
2. Der Laien- bzw. Ersthelfer könnte sich bei einer Erkrankung des Verletzten bei der Atemspende infizieren.
3. Speziell konstruierte Beatmungshilfen könnten die Effizienz der Atemspende verbessern.

Als Ergebnis der Diskussionen kam bisher aber noch keine einheitliche Empfehlung zustande. Ein Großteil der Notfallmediziner sprach sich sogar gegen die Verwendung von Beatmungshilfen durch Laien- bzw. Ersthelfer aus. Neue Aspekte ergaben sich durch die theoretischen Möglichkeiten

einer HIV-Übertragung bei der Durchführung der Atemspende, die zwar höchst unwahrscheinlich, aber nicht gänzlich auszuschließen ist.

Um zu konkreten und wissenschaftlich fundierten Ergebnissen zu gelangen, hat das Institut des Rettungsdienstes des Deutschen Roten Kreuzes eine Studie erarbeitet, die alle gängigen Beatmungshilfen unter den Aspekten der Sicherheit, Wirksamkeit und Anwendbarkeit geprüft hat. Das Ergebnis dieser Studie lautet kurzgefaßt: Keine der geprüften Beatmungshilfen war für die Anwendung durch Laien- bzw. Ersthelfer geeignet. Die Studie hat jedoch Verbesserungen bewirkt, denn die Industrie entwickelte ihre Beatmungshilfen weiter, so daß in absehbarer Zeit Produkte vorhanden sein werden, die für den Einsatz durch Laien in Frage kommen.

Die ausbildenden Hilfsorganisationen und deren Bundesärzte haben sich eindeutig dafür ausgesprochen, daß bei der Weiterentwicklung der Beatmungshilfen das Ziel angestrebt werden soll, für Laien- bzw. Ersthelfer ein „Beatmungstuch“ und für Sanitätshelfer, Betriebshelfer usw. eine „Beatmungsmaske“ zur Verfügung zu stellen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Beatmung bei gleichzeitig vorliegenden Gesichtsverletzungen durch den Laien- bzw. Ersthelfer vorgenommen werden muß, ist gering. Es ist auch bis heute kein Fall bekannt, der die HIV-Infektion eines Ersthelfers beschreibt. Unabhängig davon muß aber darauf hingewiesen werden, daß die heute vorhandenen Beatmungshilfen keinen hundertprozentigen Schutz vor Infektionen bieten. Sie stellen eher ein „psychologisches“ Hilfsmittel dar, dienen also der Überwindung von Ekelgefühlen bei direktem Mund-Nase-Kontakt.

Die ausbildenden Hilfsorganisationen werden in absehbarer Zeit eine Zusammenstellung von Beatmungshilfen veröffentlichen, die für die Anwendung von Laien- bzw. Ersthelfern geeignet sind. Auch wenn es sich hierbei vorwiegend um Beatmungstücher handeln sollte, die eine einfache Handhabung gewährleisten, muß die Anwendung im Rahmen der Ausbildung zumindest demonstriert werden.

Inwieweit eine solche Beatmungshilfe dann tatsächlich auch auf breiter Basis angeboten werden kann, ist nicht zuletzt auch eine Frage der Kosten. Realistische Größenordnungen von bis zu 5,- DM sind aber noch nicht erkennbar.

Über die weitere Entwicklung zu diesem Thema werden wir an dieser Stelle in nächster Zeit berichten.



Schwesternhelferinnen-Kurse vermitteln jungen Frauen interessante Perspektiven.

Hilfe für die Erdbebenopfer im Iran

„Nach der Landung schwand die Skepsis“

Vorbildliches Vorgehen der einheimischen Hilfskräfte

Als ich am 1. Juli, knapp eine Woche nach dem verheerenden Erdbeben im Nordwesten Irans, in Ost-Berlin eine Sondermaschine der Interflug bestieg, waren meine Vorstellungen über Land und Bevölkerung dürftig und – bedingt durch wieder in Erinnerung gerufener Berichte der Medien aus früheren Zeiten – bewegte mich auch ein leichtes Gefühl von Unbehagen. Diese Gedanken wurden schnell verdrängt, galt es doch jetzt einen Auftrag zu erfüllen: Wie kann der betroffenen Bevölkerung sinnvoll und rasch geholfen werden?

Mit der Erfahrung mehrerer Auslandseinsätze, darunter auch in den Erdbebengebieten von Jugoslawien und Italien, erhielt ich vom Malteser-Auslandsdienst einen Erkundungsauftrag. Gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Caritas-Auslandsdienstes hatten wir vor Ort in Erfahrung zu bringen, inwieweit zum Beispiel ein sofortiger Einsatz eines abrufbereiten Feldlazarettes inklusive medizinischem Personal noch notwendig ist und ob – und wenn ja wo – gezielt Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen benötigt werden.

Die Sondermaschine, eine Ilyushin IL 18, Baujahr 1964, ehemals offizieller „Flieger“ von Walther Ulbricht,

hatte 17 Tonnen Hilfsgüter in Form von Decken, Zelten und Medikamenten an Bord, gespendet von der DDR-Caritas. Dies war nur einer von mittlerweile über 280 Hilfsgüterflügen aus aller Welt.

Schon nach der Landung in Teheran auf dem eigens dafür hergerichteten Militärflughafen schwand ein Teil meiner Skepsis. Es erfolgte eine zügige Abfertigung und von einer leitenden Ärztin des Roten Halbmondes wurden wir freundlich begrüßt. Sehr schnell merkte ich, wie straff und vorbildlich die Vorgehensweise der Iraner war.

Im nachhinein habe ich zum Beispiel Verständnis für die Zurückhaltung der Iraner, was den Einsatz ausländischen Hilfspersonals betrifft. Würden wir in Deutschland anders reagieren? Was wäre, wenn sich hier eine Katastrophe ereignete, von den internationalen Medien schnell verbreitet und in kürzester Zeit mit Hilfsangeboten aus aller Welt überlagert? Würde unser Krisenleitungsstab (vermutlich selber in ein Kompetenzgerangel zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden verstrickt) diesen Hilfskräften, Rettungsteams, Ärzten sofort freien Zutritt ins Schadensgebiet gewähren?

Nicht nur Politik und Religion spielen im Iran eine gewichtige Rolle, auch das Problem der Verständigung, Orientierung, Übersicht, Klima, Unterkunft und Verpflegung und vieles mehr.

Und noch eines: So grausam auch Kriege sind, die Iraner haben hiervon auch viel gelernt, was zum Beispiel Mobilmachung, Evakuierung, Sofortmaßnahmen auf den Gebiet der medizinischen Notversorgung angeht. Innerhalb kürzester Zeit wurden über 5000 Kräfte des Roten Halbmondes mobilisiert, noch vor dem Militär erfolgte ihr Einsatz.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die unter anderem auch durch das unbefugte Betreten des Schadensgebietes durch Schaulustige und „Privat Helfer“ auftraten (das Schadensgebiet umfaßt 11000 Quadratkilometer), werden die Hilfen sehr gut koordiniert und die wichtigsten Probleme sind unter Kontrolle.

Bei den Gesprächen mit den jeweiligen Einsatzleitern vor Ort schlug uns keine Abneigung entgegen. Im Gegenteil: Unsere Hilfe wurde gern angenommen, besonders materielle Unterstützung. Nach der jeweiligen Besprechung vor Ort erfolgte dann auch eine Begehung des Katastrophengebietes,

um detaillierte Eindrücke zu gewinnen. Ein zum Abschluß des Erkundungsauftrages geführtes Gespräch mit dem Gesamteinsatzleiter ergab, daß die medizinische Versorgung gesichert und die Verladung des Feldlazarettes nicht notwendig ist. In den abgelegenen Regionen bereitet jedoch die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser noch Probleme. In Gegenden, die von Tankwagen noch nicht angefahren werden können, ist oft das Brunnenwasser verseucht und muß aufbereitet werden. Ab September beginnt der Winter mit Regenfällen und Schnee; im Oktober sind Temperaturen von minus 20 Grad Celsius nichts Außergewöhnliches.

Bemühungen seitens der iranischen Regierung, zerstörte Häuser schnellstmöglich wieder aufzubauen, sind bereits angelaufen. Die Richtigkeit unserer Vorgehensweise, zunächst eine Inspektion vorzunehmen und erst dann gezielt zu liefern, bestätigte sich bald. Unnötige lange Wartezeiten für Formalitäten wurden vermieden. Erschwernisse für die jetzt nachfolgenden Techniker sind nicht zu erwarten.

Klaus Ringleb



Nach der jeweiligen Besprechung vor Ort ...



... erfolgte die Begehung des Katastrophengebietes.

(Fotos: Ringleb)

Bezirksbrandmeister Hans Schröder, Köln

Feuerwehrtechnik für ein geeintes Europa

Die Gründungssitzung des Technischen Komitees „Ausrüstung für die Feuerwehr“ (TC 192) im Europäischen Komitee für Normung (CEN) fand in Manchester/Großbritannien statt. Der nachstehende Bericht gibt einen Einblick in den Ablauf der Veranstaltung.

Der Vorsitzende, Her Majesty's Chief Inspector of Fire Services in England and Wales, Sir Reginald Doyle, eröffnete die Sitzung und begrüßte die aus zwölf Ländern der EG und EFTA angereisten Delegationen, und zwar Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und Spanien.

Die Delegation der Bundesrepublik

Deutschland setzte sich wie folgt zusammen:

- Herr Branddirektor Dip.-Ing. Falke, BF München, Sprecher der deutschen Delegation;
- Herr Dipl.-Ing. Zacher, Institut für Normung e. V., Berlin;
- Herr Dipl.-Ing. Grigull, Firma Ziegler GmbH & Co. KG;
- Herr Dipl.-Ing. Heidenreich, Bayerisches Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz;
- Herr Dipl.-Ing. Kill, Firma Iveco Magirus;
- Herr Branddirektor Dipl.-Ing. Kornfeld, Landesfeuerwehrschule NRW;
- Herr Dipl.-Ing. Schmedt, Firma Jakob Eschbach GmbH und der Berichterstatte.

Verständigungsschwierigkeiten tra-

ten kaum auf, da eine Übersetzung in den drei amtlichen Verkehrssprachen Englisch, Französisch und Deutsch gegeben war.

Tagesordnung (gemäß Dokument CEN/TC 192 Nr. 2)

1. Eröffnung der Sitzung
2. Namentlicher Aufruf der Delegierten
3. Annahme der Tagesordnung
4. Bestimmung des Beschlußfassungsausschusses
5. Bestimmung des Herausgeberkomitees
6. Bekanntgabe der CEN-Regel
7. Bestätigung des Rechtsanspruchs und -umfangs
8. Arbeitsprogramm, Arbeitsorganisation, Bildung von Arbeitsgruppen, Zusammenarbeits- und Zieldaten

9. Verschiedenes
10. Vorbereitung für das zweite Treffen der TC 192
11. Resolutionen
12. Schlußwort

In einem kurzen Einleitungsvortrag führte der *Vorsitzende* aus, daß es sich bei der Erstellung von europaweiten Normen zweifellos um eine sehr schwierige, jedoch nicht unlösbare Aufgabe handelt. Er appellierte an die Delegierten, stets den obersten Grundsatz der Normung zu beachten, wörtlich: „Normung heißt Kompromißbereitschaft, ohne diese können und werden keine Normen zustandekommen.“

Ein Vertreter des Zentralsekretariats in Brüssel erläuterte umfassend die Regeln (Richtlinien) der gesamten CEN-Arbeit. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß es bei



Blick in die Tagung.

der Harmonisierung im Feuerwehrbereich auch darauf ankommt, die übrigen technischen Vorschriften und Richtlinien, z. B. des Gesamtmaschinenbaus in die Überlegungen einer Feuerwehnorm einfließen zu lassen.

Gründung des Technischen Komitees TC 192

Der Arbeitstitel sollte gem. Dokument CEN/TC 192 Nr. 20 heißen: „Ausrüstung für die Feuerwehr“. Nach mehreren Wortmeldungen (England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Italien), in denen insbesondere von Deutschland und Frankreich die Forderung erhoben wurde, die Technische Hilfeleistung und die Rettung zu berücksichtigen – wogegen Italien lediglich die „nackten“ Fahrzeuge und nicht die feuerwehrtechnische Beladung wie Schläuche und Armaturen erfaßt wissen möchte (das sei zu zeitaufwendig) –, wurde der Arbeitsbereich mehrheitlich beschlossen und lautet nunmehr: „Normung von Ausrüstung und Fahrzeugen für technische Hilfeleistung und Brandbekämpfung, ausgenommen persönliche Schutzausrüstung“.

Künftige Normungsvorhaben

Die TC 192 beschloß, folgende Normungsvorhaben in Angriff zu nehmen:

1. Druckschläuche, Saugschläuche, formstabile Schläuche
2. Feuerlöschpumpen
3. Feuerwehrfahrzeuge
 - a) Allgemeine Anforderungen
 - b) Einteilung der Feuerwehrfahrzeuge in Kategorien
 - c) Spezielle Anforderungen an die einzelnen Kategorien von Feuerwehrfahrzeugen
 - d) Spezielle Normen für einzelne Feuerwehrfahrzeuge
4. Hubrettungsfahrzeuge
 - a) Allgemeine Anforderungen
 - b) Drehleitern
 - c) Hubrettungsbühnen
5. Tragbare Leitern
6. Begriffe aus dem Brandschutz- und Feuerwehrbereich

Es wurde darüber diskutiert, in welcher CEN-Arbeitsgruppe die *Feuerwehreinsatzschläuche* und in welcher die übrigen Schläuche künftig behandelt werden sollen. Mehrheitlich wurde beschlossen, daß *Flach-, Saug- und formstabile Schläuche* in der CEN/TC 192 behandelt werden. Hierbei ging die deutsche Delegation davon aus, daß die Kupplungen selbstverständ-

lich dazu gehören. Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit der Delegierten nicht an.

Man vertrat vielmehr die Meinung, daß, auch wenn die Schläuche genormt (vereinheitlicht) werden, die nationalen Kupplungen vorerst verwendet werden sollten, weil die Normung der Kupplungen viel zu zeitaufwendig sei.

Schon bei der Aussprache über die Behandlung der *Löschdecken* wurde von der deutschen Delegation auf die bereits bestehende nationale Norm hingewiesen. Schon hier folgte eine längere, äußerst kontrovers geführte Diskussion, in der deutlich wurde, daß bei der Normenarbeit auf europäischer Ebene ein „eiskalter Wind weht“.

In der Aussprache über *Feuerlöschpumpen* wurde festgelegt, daß die bereits ausgearbeiteten Vorlagen der EUROFEU und die bestehenden internationalen Normen Berücksichtigung finden müssen.

Bei den *Feuerwehrfahrzeugen* wurden die verschiedenen Vorschläge gemäß CEN/TC 192 Nr. 6, 7, 12, 16 und 18 behandelt. *Deutschland* schlug vor, daß zunächst Grundfestlegungen – ähnlich wie in DIN 14502 – erfolgen müssen, da offensichtlich die nationalen Interessen sehr unterschiedlich sind. *Frankreich* war der gleichen Meinung und schlug vor, erst nach der Verabschiedung einer solchen Grundnorm die einzelnen Fahrzeugtypen, z. B. Löschfahrzeuge mit und ohne Wasser, zu normen. In diesem Zusammenhang wurde von deutscher Seite ausdrücklich auf das Arbeitspapier EUROFEU Nr. 7 hingewiesen. *Frankreich* war ebenfalls der Meinung, daß EUROFEU Nr. 7 als Arbeitsgrundlage dienen sollte, beantragte aber die Bildung einer Arbeitsgruppe, von der diese allgemeinen Grundanforderungen konkretisiert werden.

Schweden erhob hiergegen Einspruch, da dieses Papier dort noch nicht vorliegt. Außerdem könnten z. B. Sitzbreiten und -höhen in Fahrzeugen nicht unter allgemeinen Anforderungen akzeptiert werden, da das doch wohl zu weit führe. Von deutscher Sicht wurde diesem Einwand mit Vehemenz widersprochen.

England schlug vor, zunächst lediglich eine *Checkliste* über allgemeine Anforderungen an Feuerwehrfahrzeuge zu erstellen, erklärte sich aber schließlich mit dem deutschen Vorschlag einverstanden. Von französischer Seite wurde die Auffassung vertreten, daß kein Unterschied bestehe zwischen allgemeinen Fahrzeugen und Hubrettungsfahrzeugen. Diese

Einschätzung wurde von der deutschen Delegation nicht geteilt. Nach Abstimmung wurde der deutsche Vorschlag mehrheitlich angenommen.

Anschließend betonten *Frankreich* und *Italien* noch einmal ausdrücklich, daß sämtliche nationalen Normen bei der Erstellung von Europannormen berücksichtigt werden müssen. Dies erhielt allgemeine Zustimmung.

Aus *Italien* wurde berichtet, daß sich teilweise die Feuerwehrleute weigern, Hubrettungsfahrzeuge zu besteigen, weil ihnen die Standsicherheit dieser Geräte nicht ausreichend erscheint. Dieses wurde von der deutschen Delegation u. a. als Bestätigung ihrer Beiträge in der vorangegangenen Diskussion gewertet und es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach den EG-Richtlinien ab 1993 in allen Mitgliedsländern die gleichen *Sicherheitsanforderungen* gelten. Danach muß unter allen Umständen auch die Feuerwehnormung ausgerichtet sein.

England stellte den Entwurf einer Resolution vor, wonach drei Arbeitsgruppen gebildet werden sollen. Hiernach war vorgesehen, daß die allgemeinen Anforderungen sowohl für Feuerwehrfahrzeuge als auch für Hubrettungsfahrzeuge in einer Arbeitsgruppe behandelt werden sollen. Weil dieses nicht dem Ergebnis der vorausgegangenen Abstimmung entsprach, erhob *Deutschland* hiergegen lautstarken Protest. Daraufhin zeigte sich *England* kompromißbereit und erklärte, daß zunächst in einer ersten Arbeitsgruppe die allgemeinen Anforderungen für sämtliche Feuerwehrfahrzeuge und anschließend in einer weiteren Gruppe die *speziellen* Anforderungen an Hubrettungsfahrzeugen erarbeitet werden könnten.

Frankreich unterstützte den deutschen Antrag ausdrücklich, erklärte sich jedoch mit dem zweiten englischen Vorschlag einverstanden.

Tragbare Leitern der Feuerwehr sollen auf englischen Antrag in einem speziellen Arbeitskreis behandelt werden. Dieser Vorschlag wurde einstimmig unterstützt. England muß hierfür einen formellen Antrag an das Technische Sekretariat in Brüssel richten.

Durchführung der Normungsarbeiten

Zur Durchführung der Normungsarbeiten hat das Technische Komitee (TC 192) für jedes der vorgenannten Vorhaben eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Lediglich der Bereich „Begrif-

fe“ wird auf schriftlichem Weg im Kurzverfahren abgehandelt werden.

Es wurde beschlossen, daß jede Arbeitsgruppe einen europäischen Normentwurf erarbeitet, welcher der TC 192 in Deutsch, Englisch und Französisch vorgelegt werden muß.

Jedes Land soll für eine Experten- gruppe höchstens zwei Experten benennen, und zwar einen Vertreter der Anwenderseite (Feuerwehr) und einen der Herstellerseite (Industrie).

Da Frankreich in der Arbeitsgruppe „Feuerwehrfahrzeuge“ den Vorsitz führt, wurde den Vertretern der französischen Delegation von deutscher Seite die besondere Situation in der Bundesrepublik dargelegt – Freiwillige Feuerwehr/Berufsfirewehr – und beantragt, je einen Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehr (DFV) und der Berufsfirewehr auf deutscher Seite zuzulassen. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Die deutsche Delegation meldete ihre Anwartschaft auf den Vorsitz in den Arbeitsgruppen „Feuerlöschpumpen“ und „Hubrettungsfahrzeuge“ an. Die Abstimmung über den Vorsitz der Arbeitsgruppen zeigte folgendes Ergebnis:

1. Schläuche:
Vorsitz Spanien
2. Feuerlöschpumpen:
Vorsitz
Bundesrepublik Deutschland
3. Feuerwehrfahrzeuge:
Vorsitz Frankreich
4. Hubrettungsfahrzeuge:
Vorsitz
Bundesrepublik Deutschland
5. Tragbare Leitern:
Vorsitz Großbritannien

Folgende Resolutionen wurden beschlossen:

Resolution 1 (Manchester 1990-1)

Das CEN/BT ist gebeten, folgenden Titel und Arbeitsbereich für das TC 192 auf seiner nächsten Sitzung zu bestätigen.

Titel: Ausrüstung für die Feuerwehr

Arbeitsbereich: Normung von Ausrüstung und Fahrzeugen für technische Hilfeleistung und Brandbekämpfung, ausgenommen persönliche Schutzausrüstung und die Arbeiten des CEN/TC 191.

Resolution 2 (Manchester 1990-2)

Das CEN/TC 192 ersucht das CEN/BT um die Entscheidung, den Antrag CEN N628 „Löschdecken“ dem TC 192 als Aufgabe „Löschdecken für den Gebrauch in Gebäuden“ zuzuord-

nen und nicht als „Löschdecken für den Feuerwehreinsatz“ zu betiteln.

Resolution 3 (Manchester 1990-3)

Das Thema CEN N645 „Druckschläuche für die Brandbekämpfung“ soll erweitert werden auf Saugschläuche und formstabile Schläuche, z. B. für Wandhydranten etc. Für die ersten beiden Themen soll eine Verbindung mit CEN/TC 218 „Gummi- und Kunststoffschläuche und Zubehör“, für Schläuche und Wandhydranten eine Liaison mit CEN/TC 191 „Ortsfeste Löschanlagen“ erreicht werden.

Resolution 4 (Manchester 1990-4)

Die Arbeit für CEN N686 „Feuerlöschpumpen“ soll auf der EUROFEU-Empfehlung Nr. 4 „Prüfung von Feuerlöschpumpen“ basieren und soll auch den EUROFEU-Entwurf Nr. 5 „Feuerlöschkreiselpumpen“, Definitionen und Leistungskurven sowie national relevante Normen berücksichtigen.

Resolution 5 (Manchester 1990-5) (Grundanforderungen)

Unter Bezug auf CEN N687 wird zugestimmt, daß der Bereich Feuerwehrfahrzeuge in verschiedene umfassende Kategorien eingeteilt wird.

1. Feuerwehrfahrzeuge mit Pumpen und Löschwasserbehältern;
2. Drehleitern und Hubarbeitsbühnen;
3. Spezielle Fahrzeuge für die Brandbekämpfung und für die technische Hilfeleistung, ausgerüstet mit eingebautem oder tragbarem Stromerzeuger;
4. Andere Spezialfahrzeuge.

Erste Priorität soll die Festlegung solcher allgemeinen Anforderungen haben, welche für alle Fahrzeuge gelten. Die zuständige Arbeitsgruppe muß über die Zuordnung der Fahrzeuge zu den einzelnen Kategorien entscheiden.

Es wird notwendig sein, weitere Normen für spezielle Anforderungen an die Fahrzeugkategorien zu erarbeiten und anschließend spezielle Normen für die einzelnen Fahrzeuge in jeder Kategorie festzulegen.

Resolution 6 (Manchester 1990-6)

Das Thema CEN N688 „Feuerwehdrehleitern“ soll erweitert werden auf Hubrettungsfahrzeuge für die Feuerwehr.

Die Norm soll in drei Punkte eingeteilt werden:

1. Allgemeine Anforderungen an Hubrettungsfahrzeuge
2. Drehleitern

3. Hubrettungsbühnen

Die Punkte 2 und 3 sollen nicht in Angriff genommen werden, bevor Punkt 1 nicht vollständig vorliegt. Teil 1 soll die besonderen Anforderungen für Drehleitern und Hubrettungsbühnen enthalten, z. B. Standsicherheit, Raddruck, die nicht durch die allgemeinen Anforderungen (CEN N687) für die Feuerwehrfahrzeuge abgedeckt sind.

Resolution 7 (Manchester 1990-7)

CEN/TC 192 stimmt zu, daß ISO/DP 10085 „Symbole für Zustandsanzeigen und andere Anzeigen“ auch an die CEN-Mitglieder im PQ-Verfahren verteilt wird (sobald es als ISO/DIS veröffentlicht ist), damit die CEN-Mitglieder das Dokument gleichzeitig für beide Abstimmungen prüfen können.

Resolution 8 (Manchester 1990-8)

Das TC 192 stimmt zu, daß die Normung für tragbare Leitern für die Feuerwehr erforderlich ist. Es fordert England auf, einen Antrag (Vordruck A) für tragbare Leitern für die Feuerwehr vorzulegen.

Resolution 9 (Manchester 1990-9)

Bei der Nominierung von Experten für eine Arbeitsgruppe soll sich jedes Mitgliedsland auf zwei Experten beschränken, es sei denn, der Federführende dieser Arbeitsgruppe hat entschieden, daß für Themen, die gerade

in der Arbeitsgruppe beraten werden, zusätzliche Experten zulässig sind.

Wenn möglich, soll ein Experte die Herstellerseite, der andere die Anwenderseite vertreten. Einer der Experten soll eine der Verkehrssprachen Englisch, Französisch oder Deutsch beherrschen. Ist dies nicht möglich, dürfen die Experten einen Dolmetscher mitbringen (dieser ist kein Mitglied der Arbeitsgruppe und nimmt nicht an der Facharbeit teil).

Resolution 11 (Manchester 1990-11)

Der Federführende einer Arbeitsgruppe muß der Projektleiter für die Themen sein, mit der seine Arbeitsgruppe betraut ist. Er muß sicherstellen, daß seine Arbeitsgruppe einen Europäischen Normentwurf für jedes Thema bis zu dem Zeitpunkt vorlegen kann, der vom TC 192 vorgegeben wird.

Der Normentwurf soll mit den CEN-Regeln für die Erarbeitung von Normenentwürfen übereinstimmen und soll in den drei CEN-Verkehrssprachen zur Verfügung stehen.

Resolution 12 (Manchester 1990-12)

Das TC 192 fordert folgende Mitgliedsländer auf, baldmöglichst die Federführenden für folgende Arbeitsgruppen zu benennen:

WG 1 Schläuche – Spanien

WG 2 Feuerlöschpumpen –

Bundesrepublik Deutschland

WG 3 Feuerwehrfahrzeuge – Frankreich

WG 4 Drehleitern und Hubarbeitsbühnen – Bundesrepublik Deutschland

WG 5 Tragbare Leitern für die Feuerwehr – Großbritannien

Resolution 13 (Manchester 1990-13)

Das CEN/TC 192 empfiehlt dem CEN/BT, eine Verbindung mit EUROFEU (Europäisches Komitee der Hersteller von Fahrzeugen, Geräten und Anlagen für den Brandschutz) zuzulassen.

Typenreduzierung unverzichtbar

Abschließend ist festzustellen, daß diese erste Veranstaltung im europäischen „Feuerwehr-Normenwesen“ sehr aufschlußreich war und gezeigt hat, wie hart und engagiert jede nationale Delegation ihre Standpunkte vorträgt und vertritt.

Insbesondere wurde deutlich, daß die auf deutscher Seite quasi „in letzter Minute“ erarbeitete Fahrzeugtypenreduzierung einen unverzichtbaren Schritt in Richtung europäische Annäherung darstellt.

Der deutschen Delegation ist es gelungen, ihre grundsätzlichen, inhaltlichen und verfahrensmäßigen Vorstellungen in allen Bereichen zu verwirklichen. -



Die deutsche Delegation im Bild (von links): stehend Dipl.-Ing. Heidenreich, Branddirektor Kornfeld, Bezirksbrandmeister Schröder, Dipl.-Ing. Schmedt; sitzend: Dipl.-Ing. Grigull, Dipl.-Ing. Zacher, Branddirektor Falke und Dipl.-Ing. Kill.

DLRG zieht positive Bilanz

352 Menschen von DLRG-Mitgliedern vor dem Ertrinken gerettet

Die ehrenamtlichen Helfer der DLRG haben 1989 352 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. 42 Lebensretter, das sind 44,8 Prozent mehr als im Vorjahr, riskierten dabei ihr Leben. In den über zwei Millionen Wachstunden an Küsten, Binnengewässern, in Frei- und Hallenbädern leisteten die freiwilligen Wächter den Wassersportlern 8241mal vorbeugende Hilfe und 37481mal Erste Hilfe. Dies entspricht einer Steigerung von 7,6 bzw. 10,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Das duale System aus Wasserrettungsdienst und Schwimmausbildung ist weiter erfolgreich. Das zeigt die Statistik der Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen. 368758 Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben bei der DLRG ihre Scheine gemacht, darunter allein 56258 Rettungsschwimmabzeichen der Stufen Bronze, Silber, Gold. Das Frühschwimmerabzeichen „Seepferdchen“ legten 98915 Schul- und Kindergartenkinder ab.

Die Freizeit- und Breitensportangebote der DLRG kommen bei der Bevölkerung nach wie vor gut an. Zu 6135 Aktionen kamen 347827 Teilnehmer aller Altersgruppen und hielten sich im und am Wasser fit.

Tauchen hat Konjunktur. Das belegen 1968 erfolgreiche Prüfungen für das Schnorchelabzeichen, 623 Gerätetauch-Grundscheine und 199 Rettungstauchscheine. 400 Personen bestanden ihre Bootsführerausbildung.

Die DLRG, weltweit größte ehrenamtliche Wasserrettungsorganisation, verzeichnete auch 1989 eine positive Mitgliederentwicklung. Mit 10147 Neuzugängen, oder einem Plus von 2,08 Prozent, stieg die Mitgliederzahl auf 488990. Das ist das beste Ergebnis in der 76jährigen Geschichte. Den kräftigsten Zuwachs mit 3682 neuen ehrenamtlichen Helfern erhielt der Landesverband Baden. Elf von 13 Landesverbänden konnten ihr Mitgliederpotential steigern.

BILANZ 1950-1989

Schwimmprüfungen	17.206.217
Rettungsschwimmprüfungen	3.267.754
Erste Hilfe an Land	1.183.346
Rettungen vor dem Ertrinkungstode	52.832
Rettungen unter Lebensgefahr (in Gesamtrettungszahl enthalten)	7.866
Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen	20.473.971





HILFELEISTUNGEN

Lebensrettungen vor dem Ertrinken	352
davon unter Lebensgefahr	42
Vorbeugende Hilfeleistungen bei Wassersportlern	8.241
Erste Hilfe	37.481

WASSERRETTUNGSDIENST

Wachstunden an der Küste	39.801
Wachstunden an Frei-/Binnengewässern	1.458.803
Wachstunden in Frei-/Hallenbädern	562.962
Wachstunden gesamt	2.061.566

AUSRÜSTUNG

 Feste Stationen	847
 Bewegliche Stationen	215
 Einsatzwagen	568
 Motorboote	1.059



Kompakte Hilfe

Stellen Sie sich vor: Sie werden Zeuge eines Unfalls und können einen stark blutenden Verletzten aus einem Autowrack befreien. Ein Abbinden der Wunde ist dringend notwendig. Im Verbandkasten suchen Sie das notwendige Material, Mullbinden, Dreiecktücher, einen Stab. Kostbare Zeit vergeht.

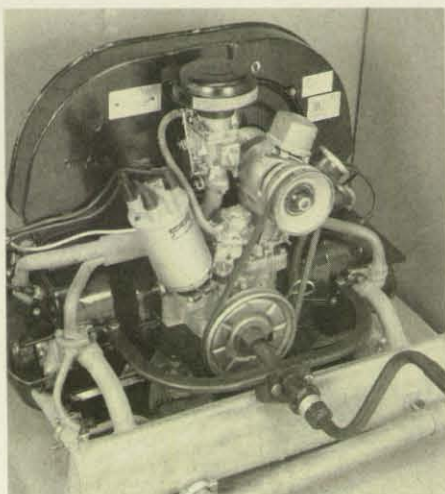
Michael Höllering hat sich über diese Situation Gedanken gemacht und so kam ihm die Idee einer beiderseitig verschließbaren Röhre, in der das Verbandmaterial für eine Abbindung drinsteckt und die selbst als Knebel dient. Obwohl das Abbinden nicht mehr im Lehrplan des BVS und der Hilfsorganisationen enthalten ist, sieht der Tüftler Bedarf für seine Erfindung.

So fand er innerhalb kurzer Zeit den Weg zum Patentanwalt. „So ein Patentprozeß dauert zwar lange, aber schließlich hat er ja auch ein Ergebnis“, meint der ehrenamtliche Ausbildungshelfer der BVS-Dienststelle Mainz.

Eine Urkunde bescheinigt jetzt dem Patentinhaber seine Leistung. Doch das war noch nicht alles. Das Gerät existiert bis dato nur in einer Reißzeichnung. Jetzt muß noch eine DIN-Nummer beantragt und ein Produzent gefunden werden. Aber auch das ist schon längst in die Wege geleitet. Die Einladung zum medizinischen Erfinderkongreß liegt vor. Da spätestens wird sich dann das Interesse an der neuen Erfindung erweisen.

Sicheres Arbeiten mit der TS

Die Handkurbel als Starteinrichtung für die Tragkraftspritze TS 8/8 wies bisher den Nachteil auf, daß die Handkurbel aufgrund einer Fehlzündung schlagartig zurückdrehte. Die damit verbundene Unfallgefahr wird



durch eine neue rückschlagdämpfende Andrehkurbel ausgeschaltet.

Bei auftretendem Rückschlag verhindert ein in der Andrehkurbel integriertes Sperrelement die bisherige große Rückwärtsbewegung der Andrehkurbel. Durch den rückdrehenden Motor wird die gesperrte Andrehkurbel über die Andrehklaue automatisch außer Eingriff gebracht. Die Verletzungsgefahr wird somit praktisch ausgeschlossen. Bei normalem Start des Motors erfolgt das Ausrücken der Kurbel wie gewohnt.

Alle Neumotoren können mit der für die rückschlagdämpfende Kurbel erforderlichen Abstützung mit dem neuen Führungslager ausgerüstet werden. Bei allen im Einsatz befindlichen Geräten ist die Nachrüstung leicht möglich. (Foto: Farymann Diesel)

Lastprüfungen vor dem Transport

Überall und immer wieder müssen Behälter, Konstruktionen und andere Lasten bewegt und transportiert werden, deren Gewichte nicht bekannt sind. Die Wahl der richtigen Anschlag- und Transportmittel kann man aber erst dann treffen, wenn auch das Gewicht bekannt ist.

Für diese Problemstellung bietet sich jetzt eine Lösung an. Unter Einsatz eines in der

Regel bereits vorhandenen Hebezeuges, gleich ob hydraulisch oder mechanisch, wird der „Last-Block“ zwischen Last und Heber eingefügt.

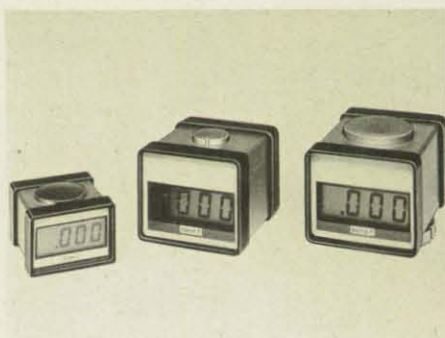
Damit steht dem Anwender eine präzise Waage zur Verfügung – bei einer Meßgenauigkeit von $\pm 0,1\%$ – in einem Bereich zwischen 200 Kilogramm und 20 Tonnen. Die Lastangabe kann auf einer großen Digitalanzeige am Gerät oder über Fernanzeige abgelesen werden. Die Ausstattung mit einer EDV-Schnittstelle ist ebenfalls vorgesehen. Die eingebaute Batterie bietet eine Bereitschaft von 100 Betriebsstunden. (Foto: Heidkamp)

Signale vom Autodach

Einsatzfahrzeuge neuerer Bauart sind nicht mehr nur mit blauen Blinkleuchten, Tonfolgeanlage und Megaphon ausgestattet. Sie haben heute oft einen „Warnbalken“ auf dem Dach, in den außer den Blinkleuchten auch Sirene und Lautsprecher für Durchsagen sowie eine elektronische Digitalanzeige integriert sind.

Die Warnbalkenleuchten sind als elektronisches Baukastensystem konzipiert. Von der einfachen Ausführung, bestehend aus zwei gelben Leuchten beispielsweise für Abschleppwagen bis zum vollelektronischen Informationssystem für Polizeifahrzeuge, sind alle Kombinationen möglich. In die gelben oder blauen Hauben lassen sich Rundumkennleuchten oder Blitzleuchten einsetzen. Im Mittelstück können Aufschriften wie „Notarzt“, Anzeigetafeln mit erleuchteter Digitalchrift sowie Lautsprecher und Sirenen untergebracht werden. Die Tonart der Sirenen entspricht dabei den verschiedenen Ländernormen.

Der c_w -Wert der neuen Warnbalkenleuchten ist, dank des eiförmigen Querschnitts und des Abstands zwischen Balken und Dach, sehr günstig. Im Gegensatz zu direkt am Dach angebrachten Warnbalken kann die Luft über und unter der Warnbalkenleuchte vorbeiströmen. Dies erhöht die Fahrstabilität bei höheren Geschwindigkeiten. (Foto: Bosch)



Im Verein mit dem Feuer

Die Sozialgeschichte der
Freiwilligen Feuerwehr von 1830 bis 1950
Von Tobias Engelsing
Ekkehard Faude Verlag, 7750 Konstanz

Dies ist das Buch eines doppelt qualifizierten Fachmanns: Als promovierter Historiker und aktiver Feuerwehrmann hat sich der Autor eingehend mit der ereignisreichen Feuerwehrgeschichte beschäftigt. Er hat den bislang gut gehüteten Aktenbeständen, alten Protokollbüchern und Originaldokumenten spannende Details zur Geschichte einer bürgerschaftlichen Institution entlockt.

Keine Festschrift zu einem Feuerwehrjubiläum also und keines jener Feuerwehrbücher, die sich überwiegend auf die technische Entwicklung beschränken. In diesem Sachbuch wird vielmehr ein anschauliches Bild vom „inneren Leben“ der Freiwilligen Feuerwehren geboten: Eine ebenso ereignisreiche wie überraschende Geschichte im Zeitraum zwischen den Anfängen in den Bürgermilitär-Corps des frühen 19. Jahrhunderts und dem Wiederaufbau nach 1945.

Wer sich für die Entwicklung des Bürgertums, seine Wertvorstellungen und Organisationsformen in den vergangenen 150 Jahren interessiert, wird in dieser Sozial- und Kulturgeschichte der Freiwilligen Feuerwehr einen profunden und kritischen Beitrag finden. Gezeigt werden die gesellschaftlichen und politischen Strategien zur Durchsetzung dieser bürgerlichen Maximen im Leben einer Gemeinde. Die Würdigung bedeutender Initiativen hat darin ebenso Platz wie die bisher sorgsam verschwiegenen Kapitel im Gefolge der großen Geschichte.

Katastrophenschutz- Handbuch 1990

E. Thomé Verlag GmbH,
8000 München 15

Das Katastrophenschutz-Handbuch ist jetzt neu verlegt worden. Auf 190 Seiten werden in dem Nachschlagwerk in 153 detaillierten Produkttabellen die Angebote von 493 Fachfirmen aufgeschlüsselt.

Das Katastrophenschutz-Handbuch hat sich bereits in der Vergangenheit als Helfer all derjenigen bewährt, die für Hilfsorganisationen die Beschaffung organisieren, als Si-

cherheitsingenieure tätig sind oder den Katastrophenschutz in ihrer Kommune wahrnehmen müssen.

Das Handbuch führt in überschaubarer Form auf, was es in Sachen Fahrzeuge, Bekleidung, persönlicher Ausrüstung, Fernmeldegeräte, Fachdiensttausrüstung, Ausbildungsmaterial und Fachliteratur am Markt gibt und ermöglicht einen übersichtlichen Vergleich der Produkte unter Einbeziehung der technischen Fakten.

Deutschlands Freiwillige Feuerwehr und ihr Opel Blitz

Von Udo Paulitz
Schrader Verlag,
3113 Suderburg 2



Von den 30er bis zu den 60er Jahren war der Opel Blitz das meistgefahrte Einsatzfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr. Der Autor hat die schönsten, besterhaltenen und auch wohl interessantesten Exemplare aufgetan und in attraktiven Farbfotos festgehalten.

Vom 1,5-Tonner bis zum allradgetriebenen LF 12 sind sie in seinem Buch alle vertreten, und nicht etwa in Briefmarkengröße, sondern in ganz- und zum Teil doppelseitigen Aufnahmen. Jedes Detail ist zu sehen, alle Aufbau-Varianten vom Pritschen-Lkw bis zur Drehleiter sind vertreten.

Im Einführungstext wird ausführlich die Geschichte des Opel Blitz geschildert, und die Akribie des Autors wird nicht zuletzt auch aus der genauen Angabe der Aufnahme-Daten erkennbar.

Toxikologie der Haushaltsprodukte

Von Josef Velvart
Verlag Hans Huber GmbH,
7000 Stuttgart 50

Die erste Auflage dieses Buches schloß eine Lücke im einschlägigen Schrifttum: in toxologischen Handbüchern fand der Arzt wohl Angaben über einzelne Giftstoffe, doch fehlten Grundlagen zur Beurteilung der unzähligen und komplizierten Rezepturen, wie sie in den Haushaltsprodukten zur Anwendung gelangen.

Nach zwei Nachdrucken liegt jetzt eine zweite Auflage vor, die um die folgenden 13 Kapitel erweitert wurde: Büromaterialien, Desinfektionsmittel, Farben und Lacke, Feuerlöschmittel, Feuerwerkskörper, Hausreparaturarbeiten, Hauptpflegemittel, Nahrungsmittelkonservierung, Photochemikalien, Selbstverteidigungsspray, spezielle Reiniger, Wäschestärke, Wohnungsdekorationsmittel.

Die übersichtlich dargestellte Symptomatologie und Therapie bei Zwischenfällen besonders im Kleinkindesalter ermöglichen es, rasch und angemessen zu handeln.

Zum Umgang mit der Presse

Ein Wegweiser für Vereine, Verbände
und Unternehmen
Von Willi Richarz
Richard Boorberg Verlag,
7000 Stuttgart 80

Die neu erschienene Pressefibel hilft beim Abbau von Berührungängsten und liefert wertvolle Tips, die der Verfasser aus Beobachtungen und eigenen Erfahrungen gewonnen hat. Er gibt zunächst Hinweise, wie man den Kontakt zur Presse aufnimmt und pflegt und behandelt dann die Organisation von Pressekonferenzen und die verschiedenen Formen von Presseveröffentlichungen, wie Veranstaltungsbericht, Pressegespräch, Leserzuschrift und Interview. Abschließend gibt er rechtliche Informationen.

Die Inhaltsübersicht kann zugleich als Check-Liste verwendet werden. Randbemerkungen erleichtern dem Leser das schnelle Auffinden der gesuchten Stelle im Text.

Erkundungskraftwagen (ErkKW)

Der sogenannten „Erkundungsgruppe“ im ABC-Zug sind zwei „Erkundungskraftwagen“ (ErkKW) zugeteilt, die eingesetzt werden zur speziellen Lageerkundung im ABC-Fall, darüber hinaus für allgemeine Aufgaben des Verbandes.

Vom Bund beschafft wurden für diesen Aufgabenbereich zwei Fahrzeugtypen: einmal der VW 181, zum anderen Fahrzeuge vom Typ VW-Kombi. Die Fahrzeuge sind in den Fachdienstfarben des ABC-Zuges lackiert (RAL 2004, Reinorange/Schwarz). Beide Fahrzeugtypen sind derzeit bei den ABC-Zügen noch weit verbreitet, zunehmend jedoch wird der VW 181 durch den VW-Kombi ersetzt.

Die Modelle

Beide Vorbildfahrzeuge lassen sich relativ leicht und ohne großen Umbaufwand als Modelle im Maßstab 1:87 (HO) darstellen. Als Grundmodelle werden dabei benötigt: VW 181 (Nr. 10029) und VW-Kombi der Firma Wiking (Nr. 12320) bzw. der Firmen Herpa (Nr. 4105) oder Roco (1355 u. a.).

Erwähnt werden muß dabei, daß der VW 181 in der geschlossenen und in der geöffneten Version (Bedachung) geliefert wurde – für die Modelldarstellung eine Alternative. Beide Modelle sind jedoch nicht mehr im Lieferprogramm der Firma Wiking enthalten, können derzeit aber noch auf Modellmessen oder gar Flohmärkten gekauft werden.

Während der VW-Kombi in der Regel mit einer Dachwarnanlage „Hella“ (Zubehör von Herpa und Roco) versehen wird (andere Blaulichtarten sind gerade auch bei älteren Fahrzeugen möglich), muß beim VW 181 eine



Erkundungskraftwagen (ErkKW) des ABC-Zuges im THW Heidelberg – der VW 181, hier mit herabgelassenem Verdeck, wurde vom Bund an die Katastrophenschutzeinheiten ausgeliefert. Zur Beachtung die Blaulichtanlage und die Schutzgitter an den Fahrscheinwerfern.

Blaulichtstange an der linken Fahrzeugseite in Höhe der Windschutzscheibe angebracht werden (dünner Rundstab aus dem Zubehör). Aufgesteckt wird dann ein kleines Roco-Blaulicht (siehe Fotos). Der VW 181 erhält zudem Schutzstangen vor den Fahrscheinwerfern, ebenfalls aus dünnen Rundstäben hergestellt (siehe auch hier das Vorbildfoto).

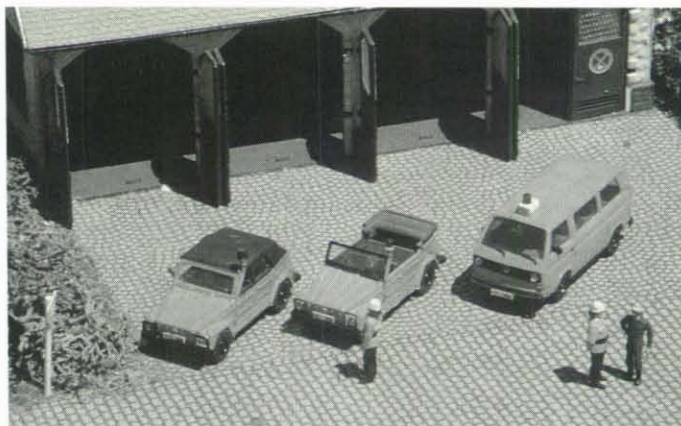
Die Modelle werden nunmehr in Weißmatt grundiert und später in Reinorange (RAL 2004) lackiert. Stoßstangen und Radkappen beider Fahrzeuge erhalten eine schwarze Farbgebung, ebenso die bereits genannten Schutzstangen des VW 181. Der Dachlautsprecher des VW-Kombi bleibt weiß, jedoch erhalten die Forder- und Rückseite ebenfalls die orange Farbgebung. Die farbliche Detailierung entspricht der bereits in dieser Serie beschriebenen Standard-Fahrzeuge: Türgriffe schwarz-matt (bei älteren Fahrzeugen Silber), gleiches gilt für Scheibenwischer und

Rückspiegel. Je nach Vorbildfahrzeug müssen weitere Einzelheiten farblich abgesetzt werden, z. B. Tankverschluß, Typenemblem, Lüftungsschlitze und anderes. Generell in Silber erscheinen Fahrscheinwerfer, in Rot beziehungsweise Orange Rückleuchten und Blinker. Für die Beschriftung der Fahrzeuge stehen – je nach Vorbild – entsprechende Beschriftungssätze der Firma Müller, Siegen, oder der Firma Preiser zur Verfügung. Da ABC-Züge weitgehend dem THW zugehörig sind, aber auch bei der Feuerwehr und den Sanitätsorganisationen zu finden sind, muß hier für organisationsgerechte Beschriftung gesorgt werden.

Zusammen mit dem im „Minimagazin 11/89“ beschriebenen „Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug“ (DMF) stellen die genannten Modelle den vom Bund ausgelieferten Teil des ABC-Zuges im Katastrophenschutz dar.



Weitgehend abgelöst wurde der VW 181 durch den VW-Kombi. Unser Foto zeigt ein Vorbildfahrzeug der FF Oberkirch/Baden (ABC-Zug). Außergewöhnlich an diesem Fahrzeug ist die Beschriftung und die optisch-akustische Warnanlage.



Drei Versionen eines ErkKW im Modell: links der VW 181 (Wiking) in der geschlossenen Ausführung, in der Mitte das gleiche Fahrzeug mit offenem Verdeck (Wiking), rechts der VW-Kombi in der Standardausführung (Herpa).

Spielend helfen lernen



Ein attraktives und vielseitiges Programm hatten die Initiatoren des III. Bundesjugendlagers der THW-Jugend ausgearbeitet. Für die rund 700 aus allen Bundesländern angereisten Jugendlichen standen vom 21. bis 31. Juli 1990 auf dem Schul- und Sportgelände der Gemeinde Schwaigern bei Heilbronn Spiel und Spaß im Mittelpunkt. So konnten sich alle Gruppen an einer Lagerolympiade mit fünf Stationen, an einem Tischtennis- und Kleinfeld-Fußballturnier sowie einer Fotosafari durch die Innenstadt von Heilbronn beteiligen. Zahlreiche Ausflüge in die Umgebung boten die Möglichkeit, Land und Leute näher kennenzulernen und interessante Firmen und Museen zu besichtigen.

Höhepunkt der zehntägigen Veranstaltung war der Bundeswettkampf der THW-Jugend am 28. Juli in Heilbronn. Insgesamt elf Jugendgruppen, die sich zuvor in Landeswettkämpfen als Landessieger qualifiziert hatten, kämpften um die beste Platzierung bei sechs verschiedenen Aufgaben.

Unser Titelbild zeigt den Präsidenten der THW-Bundeshelfervereinigung e. V., Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster (links), mit den strahlenden Siegern des Wettkampfes, der THW-Jugendgruppe Freisen (Saarland). Auf den Fotos dieser Seite sind drei der kniffligen Wettkampfaufgaben zu sehen (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

(Fotos: Hilberath)